

Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Department Sozialwissenschaften
Institut für Politische Wissenschaft

Diplomarbeit

State Bonus und Social Credit

Zwei frühe Grundeinkommensvorschläge in diskurstheoretischer Perspektive

vorgelegt von:

Sören Kiel

Gärtnerstr. 115, 20253 Hamburg

Matrikelnummer: 5410790

am 29.12.2008

Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Th. Greven

Zweitgutachter: Prof. Dr. Friedbert W. Rüb

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Theoretische Grundlagen: Laclaus und Mouffes Diskurskonzeption.....	7
3	Diskussion und Wahl der methodischen Vorgehensweise.....	15
3.1	Anforderungen und theoretische Möglichkeiten.....	15
3.2	Positionen zu methodischen Fragen.....	18
3.3	Verwendete Methoden in der Literatur.....	19
3.4	Konzeption meiner Vorgehensweise.....	29
3.5	Suche nach Intentionen.....	32
4	Zwei Grundeinkommensvorschläge und ihr historischer Kontext: Ein Überblick.....	35
5	State Bonus und Social Credit: Diskursanalyse.....	43
5.1	Materialauswahl.....	43
5.2	Diskursive Ausgangslage.....	48
5.2.1	E. Mabel und Dennis Milner.....	48
5.2.2	C. H. Douglas.....	65
5.2.3	Labour Party.....	77
5.3	Interaktion.....	92
5.3.1	Milner / Milner: Labour and a Minimum Income for all.....	92
5.3.2	Labour Party: Memorandum on State Bonus.....	98
5.3.3	Labour Party: Labour and Social Credit.....	103
5.3.4	Douglas: The Labour Party and Social Credit.....	108
6	Fazit.....	110
7	Literaturverzeichnis.....	115
8	Eigenständigkeitserklärung.....	120

1 Einleitung

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist in deutschen Tageszeitungen und Talkshows angekommen, wo sie von Menschen aus unterschiedlichen Bereichen des politischen Spektrums vertreten wird. Unter den Anhänger_innen¹ eines BGE finden sich Personen, deren politische Selbstverständnisse zum Teil höchst unterschiedlich sind – beispielhaft sei auf Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Partei *Die Linke* einerseits, und Thomas Straubhaar, den Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), andererseits verwiesen. Die in der Liste der BGE-Befürworter_innen gemeinsam Genannten bemühen sich allerdings, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, sie seien Verbündete für dieselbe Sache. So beschimpfte Kipping in einem taz-Interview im Jahr 2007 Straubhaars Grundeinkommensmodell als »Karikatur eines Grundeinkommens«, eine »schlechte neoliberale Kopie«, die mit dem »linken Original« nichts zu tun habe².

Sich selbst als Verfechter_innen einer eigentlichen Idee und die Konzepte politischer Gegner_innen als Kopie darzustellen, gehört zur politischen Alltagsrhetorik. Wer wie der Verfasser dieser Arbeit davon ausgeht, dass die Bedeutungen von Begriffen relational und im ständigen Wandel begriffen sind, wird sich nicht den Kopf darüber zerbrechen, ob ein »Grundeinkommen« *an sich* links oder rechts ist. Dass ideologische Elemente nie untrennbar mit einer politischen Strömung zusammenhängen, sondern in unterschiedlichen Verknüpfungen in den Dienst unterschiedlicher Projekte gestellt werden können, ist keine neue Einsicht, sondern eine Idee, die sich sinngemäß schon in der Hegemonietheorie des Marxisten Antonio Gramsci finden lässt (vgl. Torfing 1999: 29f). Ein Blick in die Geschichte kann folglich keine unveränderliche »Essenz« des Begriffs »Grundeinkommen« zutage fördern, wohl aber Einblicke in die Art und Weise, auf die Grundeinkommensideen in der Vergangenheit mit anderen Ideen und Kategorien des politischen Denkens verknüpft wurden. Untersuchungen dazu, ob die Zuordnung des BGE zu einem politischen Lager in der Vergangenheit weniger umstritten war und

1 In Übereinstimmung mit den theoretischen Annahmen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, vertrete ich die Sicht, dass Sprachmuster und gesellschaftliche Machtverhältnisse untrennbar miteinander verwoben sind. Deshalb bemühe ich mich, möglichst geschlechtsneutrale Formulierungen zu verwenden – wohl wissend, dass dies nie konsequent gelingen kann. Schreibweisen mit Unterstrich, wie z.B. »Anhäng_{er_innen}«, sollen deutlich machen, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint sind, auch explizit unabhängig davon, ob sie sich selbst innerhalb des binären Schemas »Mann/Frau« einordnen oder nicht.

2 Erschienen in der taz vom 28.3.2007. URL: <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/03/28/a0157> (Abfrage 11.11.2008)

auf welche Weise Verbindungen zu welchen Konzepten hergestellt wurden, könnten für die Einordnung und Beurteilung heutiger Debatten um ein BGE fruchtbare Anknüpfungspunkte bieten³.

Für Untersuchungen in diesem Sinne ist zunächst begriffliche Klarheit erforderlich. Politische Vorschläge sind in Bezug auf mein Untersuchungsinteresse nicht nur dann relevant, wenn sie ursprünglich unter der Bezeichnung »Grundeinkommen« (bzw. einer anderssprachigen Entsprechung wie »basic income«) vorgebracht wurden. Was soll also in dieser Arbeit unter einem Grundeinkommen verstanden werden? Das *Basic Income Earth Network* (BIEN)⁴ definiert ein Grundeinkommen (*basic income*) als »an income paid by a political community to all its members on an individual basis, without means test or work requirement«⁵. An dieser Definition werde ich mich in dieser Arbeit orientieren, weil sich die Vorstellungen der weitaus meisten Personen und Organisationen, die sich heute nach eigenem Selbstverständnis für ein »bedingungsloses Grundeinkommen« einsetzen, darunter subsumieren lassen. Auch das *Netzwerk Grundeinkommen*, die deutsche Mitgliedsorganisation von BIEN, legt für das angestrebte »Grundeinkommen« die Kriterien der oben zitierten Definition zugrunde – fügt allerdings die Bedingung hinzu, dass das BGE »die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen« solle⁶. Welche Höhe ein Grundeinkommen heute haben müsste, um diese Bedingung zu erfüllen, ist im Netzwerk selbst höchst umstritten. Eine Anwendung dieser sehr interpretationsfähigen Formulierung für die Kategorisierung von politischen Vorschlägen, die vor anderem sozio-ökonomischen Hintergrund entwickelt wurden, würde im Kontext meiner Arbeit mehr Schwierigkeiten aufwerfen als Nutzen stiften, weshalb ich bei der BIEN-Definition bleibe.

Diese Definition liegt auch dem umfassendsten Überblick zur Geschichte von Grundeinkommensvorschlägen zugrunde, der bisher publiziert wurde. Er findet sich in dem Band *Ein Grundeinkommen für alle?* von Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs (2005)⁷. Die Chronologie ist umfassend in dem Sinne, dass die Autoren viele

3 Ich will nicht suggerieren, ich wäre in Bezug auf das Thema BGE neutral. Da ich selbst in der entstehenden Grundeinkommensbewegung engagiert bin, steht neben dem rein wissenschaftlichen Interesse an der Analyse von Grundeinkommensdebatten auch ein im engeren Sinne politisches Interesse.

4 Die 1986 als *Basic Income European Network* gegründete Organisation versteht sich als Verbindung zwischen Einzelpersonen und Gruppen, die sich für ein Grundeinkommen einsetzen oder an dem Thema interessiert sind. URL: <http://www.basicincome.org/bien/aboutbien.html#na> (Abfrage 11.11.2008)

5 <http://www.basicincome.org/bien/aboutbasicincome.html> (Abfrage 11.11.2008)

6 <https://www.grundeinkommen.de/die-idee> (Abfrage 12.11.2008)

7 Ähnlich informativ ist nur ein weiterer Überblickstext: *A history of income guarantees*, das

Personen und Initiativen erwähnen; allerdings reißen sie deren Vorschläge und Aktivitäten im Einzelnen nur kurz an. So verweisen sie unter anderem auf den 1918 veröffentlichten Vorschlag des Ehepaars Dennis und Mabel Milner eines an alle Einwohner_innen Großbritanniens auszuzahlenden *State Bonus* – eine Idee, die in Kreisen der *Labour Party* diskutiert und schließlich von der Partei abgelehnt wurde (vgl. Vanderborght / Van Parijs 2005: 26). Eine genauere Betrachtung gerade dieser Kontroversen erscheint nicht nur interessant, weil es sich um das erste in Buchlänge ausgearbeitete Grundeinkommenskonzept handelt⁸, sondern auch, weil die Aufnahme in die Programmatik einer Partei diskutiert wurde, die in einem Links-Rechts-Schema agierte, das wesentliche Grundzüge bis heute beibehalten hat – mit der Konservativen Partei und der Liberalen Partei (bzw. deren Nachfolgeorganisation *Liberal Democrats*) als den Hauptkonkurrentinnen von Labour.

Im selben Zeitraum war in Kreisen der Labour Party die vielfach mit dem Schlagwort *Social Credit* bezeichnete ökonomisch-philosophische Theorie von Major C. H. Douglas ein Thema, eines Zeitgenossen der Milners, der von Vanderborght und Van Parijs (2005: 26f) ebenso knapp erwähnt wird. So wurde auf dem Parteitag 1921 außer drei Anträgen zum *State Bonus* auch ein Antrag gestellt, Douglas' Vorschläge – die unter anderem die universelle Zahlung einer »Nationaldividende« umfassten – »wohlwollend« zu untersuchen (Labour Party 1921: 30, 212f). Auch Douglas' Vorschläge wurden schließlich abgelehnt (vgl. Labour Party 1922).

Vor dem Hintergrund dieser Parallelen bietet es sich an, »State Bonus« und »Social Credit« gemeinsam zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen. Thema dieser Arbeit sollen daher die Grundeinkommensvorschläge des Ehepaars Milner sowie von Major Douglas sein, wobei besonderes Augenmerk auf die jeweiligen Interaktionen mit der Labour Party gelegt werden soll. Wie meine bisherigen Ausführungen bereits nahelegen, interessiert mich in diesem Zusammenhang besonders die Verwendung und Verknüpfung von Begriffen durch die verschiedenen Beteiligten – verstanden als Praktiken, in denen um die Bedeutung des Grundeinkommens gerungen wird. Statt eine

neunte Kapitel des Werkes *Income insecurity* von John Tomlinson (2001). Tomlinson fokussiert dabei allerdings die Debatten der 1960-er und 70-er Jahre in Großbritannien, den USA und Australien, während er die Geschichte früher Grundeinkommensideen weniger umfassend abhandelt als Vanderborght und Van Parijs.

8 Vgl. Tomlinson 2001. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es handelt sich keineswegs um das erste Grundeinkommenskonzept überhaupt. Schon der Vorschlag, den Thomas Spence in seiner 1797 erschienenen Schrift *The rights of infants* einer wütenden Frau in den Mund legte, die gegen die Privilegien der Aristokratie streitet, entspricht der BIEN-Definition eines Grundeinkommens (vgl. Spence 1982 [1797]: 51; Vanderborght / Van Parijs 2005: 22f).

a priori gegebene Bedeutung des BGE anzunehmen, gehe ich davon aus, dass dessen Bedeutung durch die Praktiken der Beteiligten geschaffen und verändert wird. Dieses gilt auch und gerade für Zuordnungen zu Konzepten, die für bestimmte politische Strömungen jeweils von zentraler Bedeutung sind. Um gerade diese Zuordnungen, die mich besonders interessieren, zu erhellen, stelle ich eine Frage in den Mittelpunkt meiner Untersuchung, die einen höchst umkämpften Begriff fokussiert, der für politische Identifikation eine überragende Bedeutung hatte und noch heute hat: *Auf welche Weisen wurde die bedingungslose Zahlung eines Grundeinkommens im Zeitraum zwischen 1918 und 1922 von Dennis und Mabel Milner, von Major C. H. Douglas sowie von der britischen Labour Party jeweils mit dem Begriff »Sozialismus« in Verbindung gebracht?*⁹

Mein Vorhaben besteht in einer theoretisch fundierten Aufbereitung des empirischen Materials, die besonders die Unterschiedlichkeit der – nicht nur theoretisch denkbaren, sondern von den Beteiligten tatsächlich realisierten – Möglichkeiten von Begriffsverknüpfungen im Zusammenhang mit der Idee eines Grundeinkommens deutlich macht. Dass für dieses Vorhaben nicht nur die ggf. erfolgten direkten Einbindungen des Begriffs »Sozialismus«, sondern auch die Verwendung semantisch nahestehender Elemente sowie die Strukturen der von den jeweiligen Subjekten vertretenen Argumentationen in ihrer Gesamtheit von Bedeutung sind, versteht sich von selbst.

Für meine Untersuchung bediene ich mich Analysekonzepten, die auf die diskurstheoretischen Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe aufbauen bzw. auf diese zurückgehen. Diese Wahl bietet sich zunächst wegen des von Laclau und Mouffe vertretenen Grundverständnisses politischer Prozesse als diskursiver Praktiken an, in denen um Bedeutung gerungen wird. Laclau und Mouffe richten dabei das Augenmerk auf Prozesse, die auch im Zentrum meines Interesses stehen: Besetzungen, Umdeutungen und Neuverknüpfungen von Begriffen. Bedeutung ist für Laclau und Mouffe rein relational und kontingent – sie ist Begriffen nicht inhärent, sondern wird in Praktiken geschaffen und verändert, in denen sich die Identität aller beteiligten bzw. betroffenen Elemente ändert. Die Setzung von der Bedeutungsoffenheit aller Begriffe

9 Die Interaktion zwischen den Milners und der Labour Party fällt komplett in den angegebenen Zeitraum. Mit *Social Credit* setzte sich die Labour Party in Folge der Weltwirtschaftskrise in den 1930-er Jahren erneut auseinander (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 106-114); da sich jedoch an der offiziellen ablehnenden Haltung der Partei nichts wesentliches änderte, beschränke ich den Zeitrahmen meiner Untersuchung auf die Periode, in der zwei verschiedene Grundeinkommensvorschläge diskutiert wurden.

entspricht nicht nur auf theoretischer Ebene meinen eigenen Grundannahmen, sondern ist auch ganz konkret für die Konzeptualisierung der von mir betrachteten empirischen Phänomene ein fruchtbarer Ansatzpunkt: In den Auseinandersetzungen um State Bonus und Social Credit stand nicht nur die Bedeutung eines Grundeinkommens zur Debatte, sondern zugleich auch die Bedeutungen zentraler Konzepte, anhand derer dieses eingeordnet werden könnte.

Zudem entwickelten Laclau und Mouffe systematische, theoretisch begründete Kategorien, anhand derer sich die – als politisch verstandenen – Verknüpfungen von Begriffen analysieren lassen. Diese Konzepte bieten einen Ansatz, meinen Anspruch theoretischer Fundierung mit einer ebenso übersichtlichen wie informativen Darstellung der Befunde in Einklang zu bringen. Wie zu zeigen sein wird, sind allerdings für eine sinnvolle praktische Anwendung der Konzepte von Laclau/ Mouffe weitere Überlegungen erforderlich. In diesem Zusammenhang greife ich auf Arbeiten anderer Autor_innen zurück. Während ich in wichtigen Punkten bewusst andere Akzente setze als Laclau und Mouffe, ist mein Anspruch, dass mein Vorgehen dennoch mit deren theoretischen Grundannahmen zur Entstehung von Bedeutung und zur Rolle des Subjekts vereinbar ist.

Bisher gibt es keine Studien, die sich den Debatten um State Bonus und Social Credit auf vergleichbaren theoretischen Grundlagen nähern. Auch mit anderen theoretischen Fundierungen wurden bisher keine systematischen Vergleiche der mich interessierenden Ideologien bzw. Argumentationsstrukturen veröffentlicht. Überhaupt ist die Literatur zum Thema nicht sehr umfangreich. Zur Geschichte von Dennis Milner und seiner State Bonus League ist nur eine einzige Untersuchung erhältlich – eine historische Arbeit des belgischen Wirtschaftswissenschaftlers Walter Van Trier (1991). Ansonsten finden sich nur kurze Erwähnungen Milners (vgl. Paul Douglas 1924, Macnicol 1980, Finlay 1972). Über die Social-Credit-Bewegung gibt es insgesamt mehr Werke – wobei der zeitliche Fokus der Betrachtung jeweils unterschiedlich liegt. Die ausführlichsten Informationen über die mich interessierenden Geschehnisse der frühen Phase finden sich bei Finlay (1972) und Hutchinson / Burkitt (1997). Letztere bieten auch eine thematisch geordnete Aufbereitung der Inhalte von Douglas' Schriften. Die beiden Autor_innen, die ihre Sympathien für Social Credit nicht verheimlichen (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 182), wollen damit den Zugang zu Douglas' Gedankengut erleichtern, denn sie stellen in Bezug auf die Originaltexte selbst fest: »Certain passages are unintelligible, whilst

others acquire meaning only in conjunction with material in previous chapters or texts.«
(ebd.: 30)

Während die genannte Sekundärliteratur für einen ersten Überblick hilfreich ist und für einzelne Aspekte meiner Analyse unterstützend herangezogen werden kann, muss meine Untersuchung aller Schwierigkeiten zum Trotz notwendigerweise an Originaldokumenten ansetzen. Es war mir möglich, die wichtigsten Veröffentlichungen von den Milners und Douglas zu beschaffen, ebenso wie relevante Dokumente der Labour Party aus dem mich interessierenden Zeitraum¹⁰. Die Auswahl derjenigen Texte, auf die ich meine Analyse aufbaue, werde ich erst im Hauptteil der Arbeit erörtern (Kapitel 5.1), weil sich die Kriterien für diese Auswahl erst aus der Diskussion meiner Herangehensweise ergeben.

Letztere soll, wie bereits erläutert, in den diskurswissenschaftlichen Arbeiten von Laclau und Mouffe begründet sein. Deren Werk werde ich zunächst kurz vorstellen und in den theoretischen Hintergrund seiner Entstehung einordnen. Den Schwerpunkt lege ich auf diejenigen Konzepte, die für mein diskursanalytisches Vorhaben von zentraler Bedeutung sind, so dass ich dieses am Ende von Kapitel 2 in diskurstheoretischen Begriffen umformulieren kann. Die Grundlage für die Entwicklung einer konkreten Herangehensweise im nächsten Kapitel ist damit gelegt. Nach einer expliziten Darlegung meiner eigenen Kriterien für mein Vorgehen klopfe ich die Werke anderer Autor_innen nach Ansatzpunkten für die methodologische Umsetzung der Konzepte von Laclau / Mouffe ab. Ich betrachte explizite Stellungnahmen diskurstheoretisch orientierter Wissenschaftler_innen zu Fragen der Operationalisierung, gleiche sie mit den Vorgehensweisen von veröffentlichten Studien ab, und nutze die Befunde, um die Anforderungen an mein eigenes Vorgehen weiter zu präzisieren. Auf die Studien von Georg Glasze (2007, 2008) und Martin Nonhoff (2006) gehe ich genauer ein, weil diese beiden Wissenschaftler methodologische Fragen relativ ausführlich diskutieren und interessante Ansatzpunkte für mein Vorhaben liefern. Für mein eigenes methodisches Konzept, das ich in Unterkapitel 3.4 umreiße, übernehme ich schließlich wesentliche Elemente aus Nonhoffs Arbeit, ergänzt um Analyseschritte, die ich an Elemente von Quentin Skinners Vorgehen bei der Analyse und Interpretation historischer politischer Texte anlehne (Unterkapitel 3.5).

¹⁰ Den sehr hilfsbereiten Mitarbeiter_innen des Archivs der *British Library of Political and Economic Science* gilt mein herzlicher Dank.

Danach wende ich mich meinem Untersuchungsgegenstand zu – zunächst mit einem kurzen historischen Überblick über die mich interessierenden Geschehnisse um State Bonus und Social Credit (Kapitel 4). Vor diesem Hintergrund und mit Bezug auf die Anforderungen meines methodischen Konzepts erläutere ich die Materiallage bezüglich der Originalquellen und meine Auswahl der Dokumente für die Detailanalysen in Kapitel 5. Diese erfolgt meiner Methodologie zufolge in zwei großen Abschnitten. Im ersten identifiziere ich die »diskursive Ausgangslage« der Kontroversen, indem ich anhand von Texten, die als repräsentativ gelten können, die zentralen Elemente und die Grundstruktur der jeweiligen Hauptdiskurse nachzeichne, mit denen sich das Ehepaar Milner, C. H. Douglas und die Labour Party jeweils in der Öffentlichkeit präsentierten. Im zweiten Abschnitt erfolgt die Analyse von Texten, in denen die Beteiligten direkt aufeinander reagierten. In diesem Zusammenhang bringe ich mit Hilfe einer lockeren Anlehnung an von Quentin Skinner vertretene Analyseprinzipien ergänzend eine Perspektive auf mögliche Intentionen hinter den diskursiven Operationen in die Betrachtung hinein.

Die zentralen Ergebnisse meiner Untersuchung, die nicht nur die Unterschiedlichkeit der realisierten diskursiven Verknüpfungen zeigen, sondern auch den Zusammenhang der zeitlichen Veränderung diskursiver Formationen mit konkreten Intentionen beteiligter Subjekte plausibilisieren, werden in Kapitel 6 zusammengefasst.

2 Theoretische Grundlagen: Laclaus und Mouffes Diskurskonzeption

Das Werk, in dem Ernesto Laclau und Chantal Mouffe den Kern der konzeptionellen Grundlagen entwickelten, auf die ich in mich in dieser Arbeit beziehe, ist das 1985 erschienene Buch *Hegemony and socialist strategy*, in der die beiden Autor_innen eine Kritik am essenzialistischen Geschichts- und Gesellschaftsverständnis des Marxismus entwickeln und sich für eine Neukonzeption linker Politik um den Begriff der Hegemonie aussprechen. Einige Weiterentwicklungen und Systematisierungen des Analyseansatzes, die ich in meine theoretischen Grundlagen einbeziehe, finden sich in Laclaus Aufsatzbänden *New reflections on the revolution of our time* (1990) und *Emancipation(s)* (1996a).

Für den theoriegeschichtlichen Hintergrund der Entstehung von *Hegemony and socialist strategy* ist das Werk Louis Althusser von zentraler Bedeutung. Dieser hatte mit seinen Arbeiten zur Funktion »ideologischer Staatsapparate« dazu beigetragen, gesellschaftliche Bereiche außerhalb der Ökonomie in das Blickfeld marxistischer Analyse zu rücken. Mouffe hatte in Paris bei Althusser studiert, und auch Laclau hatte sich mit dessen Schriften auseinandergesetzt. Angesichts der komplexen gesellschaftlichen Realitäten, denen sie sich gegenüber sahen, wurden sie sich zunehmend der Grenzen der Erklärungskraft des »strukturellen Marxismus« Althusser bewusst (vgl. Torfing 1999: 15f).

Ihr gemeinsam verfasstes Werk *Hegemony and socialist strategy* beinhaltet nicht nur eine Kritik an Althusser, sondern bestreitet eine der wesentlichen Grundannahmen marxistischer Theorie: die »ontologisch privilegierte Position einer 'universellen Klasse'« (Laclau / Mouffe 1985: 4). Laclau und Mouffe unternehmen eine »dekonstruktivistische« Analyse der Geschichte des marxistischen Denkens, in der sie die Veränderungen des Konzepts der *Hegemonie* als roten Faden nehmen und zu dem Schluss kommen, dass dieses Konzept eine »Logik des Gesellschaftlichen« impliziere, die mit den grundlegenden Kategorien marxistischer Analyse unvereinbar sei. Geschichte und gesellschaftliche Wirklichkeit seien nicht auf ein einziges Prinzip – wie die »Logik des Kapitals« – zurückzuführen (vgl. ebd.: 3f).

Laclau und Mouffe denken die Konsequenzen des Wegfalls eines ordnenden Prinzips der (gesellschaftlichen) Wirklichkeit weiter und entwickeln auf diese Weise eine neue theoretische Konzeption der Schaffung von Bedeutung. Als entscheidende Kategorie identifizieren sie »Artikulation«, die sie als jede Praxis definieren, die eine Beziehung zwischen Elementen herstellt, so dass deren Identität dadurch verändert wird (vgl. ebd.: 93, 105). Für die strukturierte Gesamtheit, die aus der artikulatorischen Praxis entsteht, führen sie den Begriff *Diskurs* ein, und argumentieren, dass Bedeutung durch Diskurse nie endgültig fixiert werden könne (vgl. ebd.: 105, 111).

Die so konzipierte »Schaffung von Bedeutung« umfasst die Bildung von Bewusstsein, und zugleich die Herstellung jeder »Wirklichkeit«, der sich Menschen gegenüber sehen. Laclau und Mouffe (1985: 107) lehnen – in bewusster Abgrenzung von Michel Foucault – eine Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht diskursiven Praktiken ab. Jedes Objekt sei als diskursives Objekt konstituiert. Laclau und Mouffe (1985: 108) betonen, dass sie damit nicht behaupten, es gäbe keine Welt außerhalb von Gedanken. Menschen trafen Objekte nur innerhalb diskursiver Artikulationen an, nie in

ihrer »nackten Existenz«; die bloße Existenz einer Entität hänge jedoch nicht von diskursiven Artikulationen ab (vgl. Laclau / Mouffe 1990: 103f). »[T]he mountain will be protection from enemy attack, or a place for a touring trip, or the source for the extraction of minerals, etc. The mountain would not be any of these things if I were not here; but this does not mean that the mountain does not exist.« (ebd.: 104)

Im akademischen Sprachgebrauch ist oft von Laclaus und Mouffes »Diskurstheorie« die Rede (vgl. z.B. Glasze 2008). Es handelt es sich jedoch nicht um eine empirische Theorie im engeren Sinne. Laclau und Mouffe stellen keine Behauptungen auf, die falsifizierbar und geeignet sein sollen, bestimmte Phänomene zu erklären, wie Howarth (2005: 317) betont. Eher handele es sich um ein »Forschungsprogramm« oder »Paradigma«, bestehend aus einem System ontologischer Annahmen, theoretischer Konzepte und methodologischer Richtlinien. Torfing (1999: 12) schlägt vor, Laclaus und Mouffes theoretische Aussagen als »theoretical analytic« – einen Analyserahmen im foucauldianischen Sinn – zu verstehen, und betont, die Aussagen seien »substantively empty, in the sense that they are not organized around a set of substantiated claims about, say, the development of advanced industrial societies« (ebd.).

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Autor_innen einerseits mit ihrem Diskursbegriff das Feld, auf das sie ihre Aussagen beziehen, denkbar weit fassen, und dass sie andererseits explizit die Idee einer essenziellen Bedeutung der Geschichte zurückweisen, erscheint eine Charakterisierung weniger als Theorie, sondern eher als Analyserahmen nicht nur als plausibel, sondern auch als vereinbar mit Laclaus und Mouffes eigener Intention. Letztere steht dabei allerdings klar im Kontext einer politischen Parteinahme. Laclau und Mouffe (1985: 3) versprechen sich von ihrem Konzept der Hegemonie eine »Verankerung«, von der aus zeitgenössische soziale Kämpfe »denkbar« werden. Dabei richten sie sich an ein marxistisch orientiertes Publikum, das sie dazu drängen, den ihrer Ansicht nach hinderlichen »Klassenreduktionismus« aufzugeben und an seine Stelle ein Konzept der Hegemonie zu setzen, von dem sie sich Nutzen im Kampf für eine »radikale, libertäre und plurale Demokratie« erhoffen (ebd.: 4). *Hegemony and socialist strategy* kann insgesamt als eine Intervention in Debatten marxistisch orientierter Kreise gelten. Diese Einschätzung findet Bestärkung durch die Tatsache, dass Laclau und Mouffe, die für ihren Ansatz die Bezeichnung »post-marxistisch« wählen, trotz ihrer Abkehr von wesentlichen Punkten

marxistischen Denkens Wert auf die Feststellung legen, dass sie sich weiterhin in der »großen intellektuellen Tradition« des Marxismus verorten (ebd.).

Was bedeutet diese Charakterisierung der Aussagen von Laclau und Mouffe – als ein Analyserahmen, der nach dem Willen der Autor_innen politische Kämpfe unterstützen soll – in Bezug auf mein Untersuchungsvorhaben? Mein Untersuchungs*interesse* ist zugegebenermaßen in einem Zusammenhang mit meiner eigenen (nicht marxistisch orientierten) politischen Positionierung entstanden. Meine Analyse steht dazu jedoch nur in einem indirekten Zusammenhang. Zwar würde ich mich freuen, wenn meine Arbeit nützliche Erkenntnisse für die Strategieentwicklung der Grundeinkommensbewegung liefern sollte; mein Anspruch beschränkt sich jedoch auf eine wissenschaftliche Aufbereitung der Debatten um *State Bonus* und *Social Credit*. Kann sich ein politisch motivierter Analyserahmen, wie ihn Laclau und Mouffe vorlegen, hierfür eignen? Ich möchte diese Frage bejahen. Gerade der von Torfing als »substantively empty« beschriebene Status des Aussagesystems spricht dafür, dass die Kategorien im Prinzip keine Positionierung innerhalb derselben politischen Strömung wie Laclau und Mouffe voraussetzen. Die Wahl eines Analyserahmens, der den Blick auf bestimmte Fragen und Aspekte lenkt, lässt sich in Übereinstimmung mit Laclaus und Mouffes Grundannahmen zwar selbst als politisch begreifen – dieses würde allerdings auch für jede andere Wahl gelten (s.u.). Dass die Analysekategorien prinzipiell für mein Vorhaben geeignet erscheinen, sagt zwar noch nichts über ihren tatsächlichen Nutzen aus – dieser kann sich erst im Zuge der Anwendung herausstellen. Doch gerade die zentrale Kategorie »hegemonialer Kämpfe« bietet, wie im Folgenden deutlich werden wird, einen vielversprechenden Ansatzpunkt, um die Politik der mich interessierenden Subjekte zu konzeptualisieren – unabhängig davon, ob ich mich als Analysierender selbst mit deren Bestrebungen identifiziere oder nicht.

Die Praxis der Artikulation, wie sie von Laclau und Mouffe konzipiert wird, setzt ein Feld von Identitäten voraus, die nie vollständig fixiert werden können. Ein »Überschuss« an Bedeutung, die nicht fixiert werden könne, bilde das *Feld der Diskursivität*, mache artikulatorische Praxis erst möglich und führe gleichzeitig dazu, dass die so geschaffene relationale Logik immer unvollständig und von Kontingenz durchdrungen sein werde (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 111). Ein Diskurs sei damit »an attempt to dominate the field of discursivity, to arrest the flow of differences« (ebd.: 112), was nur temporär und niemals vollständig gelingen könne. Differenzbeziehungen, die nicht diskursiv artikuliert seien – in Laclaus und Mouffes Terminologie *Elemente* –

würden durch die Einbindung in einen Diskurs als *Momente* fixiert (vgl. ebd.: 105). Es gebe jedoch nach wie vor einen Bedeutungsüberschuss, der sich nicht in dem Diskurs repräsentieren lasse, und der, indem er die Grenzen der Bedeutungsfixierung sichtbar mache, den gesamten Diskurs bedrohe (vgl. ebd.: 125f, Laclau 1990: 17).

Eine diskursive Antwort auf diese »Dislokation der gesellschaftlichen Ordnung« sei die Konstruktion eines *Antagonismus*, mittels derer die Ursache der Dislokation auf eine antagonistische Gegner_in projiziert werde (vgl. Laclau 1990: xvi).¹¹ Die differenzielle Logik des Diskurses sei durch das Sichtbarwerden der »Begrenztheit jeder Objektivität«¹² insgesamt in Frage gestellt und könne nur stabilisiert werden, wenn es gelinge, der »Unmöglichkeit des Wirklichen« eine diskursive Präsenz zu geben. Da die »Negativität als solche« nicht in einem differenziellen System repräsentierbar sei, so Laclau und Mouffe, sei eine diskursive Form erforderlich, die die differenzielle Natur der signifizierenden Einheiten und dabei alle Positivität ihres Objekts aufhebe. Die Einheiten müssten in eine Beziehung *vollkommener Äquivalenz* eingebunden werden, in der sie sich ihrer Bedeutung entleerten und das »reine Sein« des Systems repräsentierten (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 128; Laclau 1996c: 39). Mit einer Gleichsetzung zweier Signifikanten in Bezug auf einen dritten ist es nicht getan, denn in einer auf solche Weise konstruierten Äquivalenzrelation behielten die Signifikanten trotz der Gleichsetzung in einer Hinsicht ihre Differenz in anderer Hinsicht; Äquivalenz ist nicht gleich Identität (vgl. Laclau 1996c: 38).

Die Repräsentation des »reinen Seins« muss – im Zusammenhang mit Laclaus (1990: 71f) Charakterisierung jeder Gesellschaft als »wesentlich unvollständig« – als Symbolisierung der abwesenden »Fülle« bzw. Vollkommenheit der Gemeinschaft verstanden werden. Laclau verwendet in diesem Zusammenhang auch den Begriff »universality« (vgl. Laclau 1996b: 28). Damit eine Äquivalenzbeziehung die so konzipierte Universalität repräsentieren könne, sei eine strenge Zweiteilung des diskursiven Raums erforderlich: Es dürfe nichts außer zwei sich antagonistisch gegenüberstehenden Äquivalenzketten geben (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 129). Nur so seien die Momente der einen Äquivalenzkette ausschließlich durch ihren negativen

11 Diese Differenzierung zwischen den Begriffen der Dislokation und des Antagonismus nimmt Laclau in Reaktion auf Kritik von Slavoj Žižek vor. In *Hegemony and socialist strategy* war der Antagonismus sinngemäß mit dem Durcheinanderbringen (*dislocation*) einer diskursiven Struktur gleichgesetzt worden (vgl. Torfing 1999: 128).

12 Laclau und Mouffe halten an der Verwendung des Begriffs der »Objektivität« fest, während sie darauf bestehen, dass jene nur eine prekäre »Objektivierung« sei (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 125).

Bezug zur reinen Negativität definiert, für die die antagonistische Äquivalenzkette stehe. Da diese Bedingungen allerdings nie vollständig erfüllbar seien, wie Laclau und Mouffe (ebd.) selbst deutlich machen, bleibe jeder Versuch, einen Diskurs durch die Konstruktion eines Antagonismus zu schließen, unvollkommen und prekär.

Vor dem Hintergrund dieser Konzepte verstehen Laclau und Mouffe (1985: 135) unter *hegemonialer Praxis* jede artikulatorische Praxis, die in Konfrontation mit antagonistischen artikulatorischen Praxen stattfindet. Jede hegemoniale Praxis beruht damit auf der Konstruktion von zwei einander entgegengesetzten Äquivalenzketten. Während die partielle Bedeutungsfixierung in jedem Diskurs – ob im Zuge eines *hegemonialen Projekts* oder nicht – die Konstruktion eines *Knotenpunktes* als Zentrum umfasse, sei ein hegemonialer Diskurs darüber hinaus darauf angewiesen, dass ein Knotenpunkt die Funktion eines »leeren Signifikanten« annehme, der die (vermeintlich durch die Präsenz der antagonistischen Kraft verhinderte) Vollkommenheit der Gesellschaft repräsentiere und um den deshalb eine Vielzahl untereinander verschiedener Signifikanten in einer Äquivalenzkette vereinigt werden könnten (vgl. Laclau 1996c: 39, 43). Weil die im Zuge dieses Prozesses stattfindende Leerung des als Knotenpunkt fungierenden Signifikanten von seinem partikularen Inhalt nie vollständig erfolge, spricht Laclau an verschiedenen Stellen auch von »tendenziell leeren Signifikanten« (z.B. Laclau 2000: 207; vgl. auch Nonhoff 2006: 132). Als Beispiele für Signifikanten, deren Bedeutung so wenig spezifisch sei, dass sie in einem entsprechenden politischen Kontext die fehlende Universalität repräsentieren könnten, nennt Laclau (1996c: 44) »Ordnung«, »Einheit«, »Befreiung« und »Revolution«.

Welcher politischen Kraft es gelinge, dass ihre eigenen Ziele mit der Gesellschaft insgesamt identifiziert würden, sei Gegenstand *hegemonialer Kämpfe*. Weil ständig verschiedene hegemoniale Projekte miteinander konkurrierten, sei hierfür die punktuelle Herstellung entsprechender Verknüpfungen nicht ausreichend – es bedürfe zudem weitreichender Akzeptanz (vgl. Laclau 1990: 66). Eine Hegemonie kann in diesem Sinne als erfolgreich etabliert gelten, wenn z.B. »Arbeiterkampf« ein Signifikant für »Befreiung« an sich wird und somit alle auf »Befreiung« gerichteten Kämpfe auf den Signifikanten des »Arbeiterkampfes« Bezug nehmen (vgl. Laclau 1996c: 44f). Mit einer solchen Konzeption von Hegemonie knüpfen Laclau und Mouffe an Überlegungen Gramscis an, allerdings ohne dessen Annahme zu übernehmen, dass nur eine durch ihre Position in den Produktionsverhältnissen definierte Klasse hegemonial werden könne (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 136-138; Torfing 1999: 29, 36).

Da Laclau und Mouffe von Hegemonie nicht nur im Sinne des eben beschriebenen »hegemonialen Sieges« (Laclau 1996c: 45), sondern auch in einem allgemeineren Sinne einer »gesellschaftlichen Logik« (Laclau / Mouffe 1985: 3) oder »Form von Politik« (ebd.: 138) sprechen, ist eine definitorische Klarstellung erforderlich, um Verwirrung zu vermeiden. Ein *hegemoniales Projekt* bezeichnet in Laclaus und Mouffes Terminologie ein politisches Projekt, das auf die Etablierung einer Hegemonie im Sinne einer moralischen, intellektuellen und politischen Vorherrschaft durch die Fixierung von Bedeutung um Knotenpunkte *zielt*; hegemoniale Praxis bezeichnet die mit diesem Ziel vorgenommenen Artikulationsversuche (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 135; Torfing 1999: 302). Beide Definitionen sind nicht auf den Grad des jeweiligen Erfolges, sondern auf die jeweilige Intention bezogen.

Der Hinweis auf Ziele und Intentionen bringt uns zu der Frage, wer bei Laclau und Mouffe das artikulierende Subjekt ist. In Analogie zu der bereits erläuterten Aussage, dass wir Objekte nie in ihrer »nackten Existenz«, sondern nur innerhalb von diskursiven Artikulationen antreffen, ist ein Subjekt in Laclaus und Mouffes Verständnis nicht als ein außerhalb aller Diskurse stehendes physisches Individuum zu verstehen (vgl. Nonhoff 2006: 156f). Vielmehr erscheinen Subjekte – ebenso wie Objekte – in diskursiven Artikulationen. Statt von einem als prä-diskursiv konzipierten Subjekt gehen Laclau und Mouffe (1985: 115) von diskursiven *Subjektpositionen* aus. Gleichzeitig schufen und veränderten Subjekte jedoch die Diskurse, auf denen ihre Identität beruhe (vgl. Laclau 1990: 30). Subjekt und Diskurs können damit, wie Nonhoff (2006: 157) es ausdrückt, »als gleichursprünglich gelten«.

Wie jede Identität sei auch die Identität eines handelnden Subjekts mehrdeutig und unvollständig. Sie beruhe jeweils auf verschiedenen Subjektpositionen, deren Verbindung nicht a priori gegeben sei (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 121). Aufgrund immer wieder auftretender Dislokation könne das Subjekt nicht von der diskursiven Struktur determiniert werden, denn Dislokation mache Akte »radikaler Konstruktion« erforderlich (Laclau 1990: 29).¹³ Das Subjekt sei der »Ort« dieser kontingenten Entscheidungen, die nicht von der Struktur determiniert seien. Es könne die diskursive Struktur und damit die eigene Identität auf die eine oder andere Weise

13 Die von Laclau und Mouffe in *Hegemony and socialist strategy* theoretisch begründete Unmöglichkeit einer vollständigen, geschlossenen Identität setzt Slavoj Žižek (1990: 249, 252) mit der Konzeption des Subjekts in den psychoanalytischen Arbeiten von Jacques Lacan in Beziehung, nach der jede Identität in sich blockiert sei – ein Hinweis, der von Laclau und Mouffe (1990: 98) positiv aufgenommen wurde.

weiterentwickeln, weshalb Laclau (1990: 43) verkündet: »Dislocation is the very form of freedom.«

Laclau legt große Betonung darauf, dass diese Entscheidungen nicht auf einen absoluten, objektiven Grund zurückgeführt werden könnten, und spricht – in Übereinstimmung mit den theoretischen Überlegungen Jacques Derridas – von »Unentscheidbarkeit«, die in jeder diskursiven Struktur stecke (Laclau 1990: 21-23, 30; vgl. auch Laclau / Mouffe 1985: 111f; Torfing 1999: 67). Das von Antagonismen geprägte Terrain, in dem das Subjekt durch Entscheidungen zwischen »unentscheidbaren« Alternativen Ordnung herzustellen versucht, ist nach Laclau und Mouffe das Feld des *Politischen* (vgl. Laclau 1990: 35; Mouffe 2005: 9).

Vor diesem theoretischen Hintergrund, auf den ich meine Untersuchung stütze, lässt sich mein Vorhaben als eine Analyse bestimmter Aspekte von drei hegemonialen Projekten reformulieren. Die Labour Party, das Autor_innenduo Dennis und Mabel Milner sowie Major C. H. Douglas verstehe ich vorläufig als je ein Subjekt, das jeweils ein hegemoniales Projekt verfolgt. Dass ein Subjekt analytisch nicht mit einem physischen Individuum gleichzusetzen ist, habe ich deutlich gemacht; eine Analyse von Gruppensubjekten ist folglich mit den theoretischen Kategorien vereinbar.¹⁴ Die vorläufige Charakterisierung der analysierten artikulativen Praxen als »hegemonial« im Sinne der obigen Definition erscheint mir gerechtfertigt, weil der Bezug der Subjekte auf Interessen der Allgemeinheit und die Konfrontation mit konkurrierenden politischen Projekten im Laufe meiner folgenden Analysen schnell sehr deutlich zu Tage treten.

Ich werde die jeweiligen als hegemonial verstandenen Artikulationen analysieren, was in der Praxis einer Analyse der *Diskurse*, wie sie von den mich interessierenden Subjekten präsentiert und verändert wurden, gleichkommt. Hierbei wird es unter anderem um die Fragen gehen, welche Signifikanten jeweils als Knotenpunkte angeboten wurden, und inwiefern versucht wurde, den Signifikanten »Sozialismus« selbst als leeren Signifikanten zu nutzen oder mit anderen leeren Signifikanten zu artikulieren. Meine Befunde bieten Grundlagen für eine erneute Reflexion der Charakterisierungen als »hegemoniale Projekte« im Sinne von Laclau und Mouffe.

¹⁴ Da ich mich in dieser Arbeit vor allem für die erfolgten diskursiven Verknüpfungen interessiere, sind Subjekte für mich unter dem Blickpunkt relevant, dass sie in den mich interessierenden diskursiven Formationen als Artikulierende erscheinen. Aus dieser Perspektive können z.B. Dennis und Mabel Milner zusammen als ein Subjekt analysiert werden, wenn sie mit gemeinsam verfassten Texten als Autor_innenduo im politischen Raum in Erscheinung treten. Welche Rolle das gemeinsame diskursive Auftreten für die jeweilige individuelle Identitätssuche der Menschen Dennis Milner und Mabel Milner spielte, ist nicht Teil meines Untersuchungsinteresses.

Meine Perspektive auf Artikulationen, wie sie von bestimmten Subjekten vorgenommen wurden, soll keineswegs implizieren, dass die genannten Subjekte in der Lage gewesen seien, einen ggf. weite Akzeptanz findenden Diskurs in seiner Gesamtheit zu kontrollieren. Ich beschränke mich auf direkt von den jeweiligen Subjekten vorgenommene und damit der Öffentlichkeit angebotene Verknüpfungen. Die Abgrenzung von »Diskursen« zu Analysezielen unterliegt immer Entscheidungen der analysierenden Person – Entscheidungen, deren Sinnhaftigkeit diskutiert werden kann. Hierbei kommen wir zu Fragen der methodischen Umsetzung des theoretischen Ansatzes, die Gegenstand des nächsten Kapitels sind.

3 Diskussion und Wahl der methodischen Vorgehensweise

3.1 Anforderungen und theoretische Möglichkeiten

Zu Fragen der Anwendungsweise ihres Analyserahmens in empirischen Zusammenhängen finden sich von Laclau und Mouffe selbst keine konkreten Äußerungen (vgl. Glasze 2008: 195). Dass sich konkrete soziale Kämpfe im Prinzip in den von ihnen entwickelten Kategorien denken lassen, zeigen sie anhand der Beispiele, die sie verwenden – im Zuge ihrer Diskussion der Logiken der Äquivalenz und Differenz in *Hegemony and socialist strategy* etwa anhand der »one nation«-Politik des britischen Premierministers Benjamin Disraeli (vgl. Laclau / Mouffe 1985: 130). Meine Analyse muss jedoch anderen Maßstäben von Wissenschaftlichkeit genügen als eine zur Illustration vorgenommene Schilderung von Ereignissen in einer bestimmten Semantik. Daher werde ich im Folgenden zunächst meine eigenen Ansprüche an meine Herangehensweise offen legen, und in der anschließenden Diskussion von Möglichkeiten der methodologischen Umsetzung auf die Arbeiten anderer Autor_innen als Laclau und Mouffe selbst zurückgreifen.

Meine zentrale Fragestellung bedeutet Fokussierung auf einen bestimmten Begriff, »Sozialismus«. Die verwendete Methodologie muss einen solchen Fokus erlauben. Das heißt allerdings nicht, dass der Blick nur auf die diskursiven Verknüpfungen gerichtet werden soll, die unmittelbar den Signifikanten »Sozialismus« zum Gegenstand haben.

Aus meinen Ausführungen im vorangegangenen Kapitel sollte deutlich geworden sein, dass die Funktion von einzelnen Verknüpfungen nur mit Blick auf die Struktur der betreffenden Diskurse in ihrer Gesamtheit beurteilt werden kann. Und gerade, weil es auf unterschiedliche Arten der Einbindung in einen Gesamtzusammenhang ankommt, sollte meine Aufbereitung des empirischen Materials systematisch anhand einheitlich angewendeter Kategorien erfolgen, so dass klare Vergleiche möglich sind.

Schon um den theoretischen Grundlagen gerecht zu werden, in denen die Unvollkommenheit und die daraus folgende Instabilität diskursiver Formationen von zentraler Bedeutung ist, muss ich die mich interessierenden Diskurse in dynamischer Perspektive betrachten, also gerade ihre Veränderungen ins Blickfeld rücken. Das bedeutet im Zusammenhang meines Themas notwendigerweise einen Blick auf die *Interaktion* zwischen den Beteiligten, denn diese nehmen an einigen Stellen unverkennbar direkt aufeinander Bezug. Aus diesem Umstand ergibt sich, dass eine sinnvolle Beantwortung meiner zentralen Fragestellung nach den Artikulationen von »Sozialismus« und »Grundeinkommen« durch die verschiedenen Subjekte auch eine Antwort auf die Frage umfassen muss, welche Rolle der Signifikant »Sozialismus« in deren Interaktion spielte. Durch diese Perspektive trage ich zugleich der Tatsache Rechnung, dass mein Erkenntnisinteresse im Zusammenhang mit *Streit* über Bedeutung des BGE entstanden ist, also im Zusammenhang mit der konflikträchtigen Interaktion verschiedener Subjekte.

Nun könnten grundsätzliche Zweifel geäußert werden, ob es möglich ist, auf Grundlage der Analysekategorien von Laclau und Mouffe ein methodisches Konzept zu erarbeiten, das für die Analyse konkreter Interaktion unterschiedlicher handelnder Subjekte geeignet ist. Mit Reiner Keller (2007: 160) lässt sich formulieren, dass Laclau und Mouffe eine »Makro-Perspektive auf Diskurse« einnehmen. Keller (2007: 109) subsumiert Laclaus und Mouffes Aussagesystem unter der Kategorie »Diskurstheorien«, welche sich »mit der gesellschaftlichen Meso- und Makroebene des Sprachgebrauchs« beschäftigen, und stellt diese Ansätze der »discourse analysis« gegenüber, die »einzelne Sprachsequenzen der Detailanalyse« unterziehe. Während die Charakterisierung als »Theorie«, wie ich im vorangegangenen Kapitel gezeigt habe, problematisch ist, ergibt sich ein Kontrast zwischen Laclaus und Mouffes »post-marxistischer« Perspektive einerseits und sprachwissenschaftlichen Perspektiven andererseits schon aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Diskurskonzeptionen. Die von Laclau und Mouffe als diskursiv konzipierte gesellschaftliche Sinnproduktion

umfasst mehr als die Bedeutungskonstruktionen, die in einzelnen Texten von deren Autor_innen vorgenommen wurden. Eine Analyse entsprechend meines Erkenntnisinteresses, das sich eben auch auf konkrete Interaktion erstreckt, muss jedoch Material zum Gegenstand haben, das auf eben dieser konkreten Ebene angesiedelt ist.

Heißt dieses, dass die Sprechakte der Interaktion einer Ebene der Sinnproduktion zuzuordnen sind, die so wenig mit Laclaus und Mouffes Diskurskonzeption zu tun hat, dass sie sich nicht in deren Kategorien darstellen lässt? Ein solcher Einwand im Sinne der Behauptung einer grundsätzlichen, auf theoretischer Ebene begründeten Inkompatibilität würde implizieren, dass das Handeln von Subjekten in Laclaus und Mouffes Ansatz keine wesentliche Rolle spiele und dass Identitäten nach Laclau und Mouffe unabhängig vom situativen Kontext bestimmter Sprechakte entstünden. In eine solche Richtung zielt zum Beispiel eine Kritik der sozialpsychologisch orientierten Diskursanalytikerin Margaret Wetherell an Mouffes Aussagen zur Bildung von Identität. Deren Tenor mache den Diskurs zum konstituierenden Handelnden, so Wetherell (1998: 401). In Bezug auf die von Mouffe und Laclau betonte kontingente, prekäre Natur von Identität und die Offenheit sozialer diskursiver Praxen schreibt Wetherell (ebd.), diese Merkmale gingen weniger auf die Natur von Bedeutung *per se* zurück, sondern vielmehr auf die Reflexivität sozialer Interaktion.

Auf theoretisch-konzeptioneller Ebene trifft diese Kritik den von Laclau und Mouffe entwickelten Analyserahmen nur sehr bedingt. Ein Verständnis der Konstruktion von Bedeutung ohne Beteiligung von Subjekten stünde in offenem Widerspruch zu Laclaus und Mouffes Annahmen. Wie in Kapitel 2 dargestellt, findet die großflächige gesellschaftliche Sinnproduktion, für die sich Laclau und Mouffe interessieren, in deren eigener Konzeption keineswegs ohne Subjekte statt, sondern ist auf »unentscheidbare«, also in letzter Instanz unbegründete Entscheidungen von Subjekten zurückzuführen, die zwar selbst diskursiv konstituiert, aber gerade nicht von der diskursiven Struktur determiniert sind. Diese Entscheidungen müssen jeweils in bestimmten diskursiven Zusammenhängen getroffen werden; und da Diskurse in Laclaus und Mouffes Verständnis immer im Fluss sind, muss dieses bedeuten, dass Entscheidungen von Subjekten zu bestimmten Zeitpunkten, also auch und gerade im Kontext »reflexiver« sozialer Interaktion getroffen werden.

Laclau und Mouffe kann also nicht stichhaltig vorgeworfen werden, dass sie mit ihrer Diskurskonzeption auf theoretischer Ebene die Bedeutung des Handelns von Subjekten in bestimmten Situationen sozialer Interaktion leugneten. Dass auch einzelne

Sprachsequenzen zu weitreichenden diskursiven Formierungen beitragen, lässt sich aus Laclaus und Mouffes eigenem Aussagesystem ableiten. Gegen die Entwicklung eines Vorgehens, das auf Grundlage dieses Aussagesystems auch die Analyse konkreter Interaktion einschließt, ist also aus theoretisch-konzeptionellen Gründen nichts einzuwenden.

Wetherells Anmerkungen ist gleichwohl zuzustimmen, wenn diese weniger als auf theoretischer Ebene begründete Kritik an Laclaus und Mouffes gesamtem Ansatz, sondern eher als Kritik an deren geringem Interesse an einer expliziten Auseinandersetzung mit konkreten Situationen verstanden werden, in denen Konstruktion von Bedeutungen und Identitäten stattfindet. Wenngleich die Einbeziehung einer »Mikro-Perspektive« in mein Analysekonzept theoretisch-konzeptionell akzeptabel ist, kann angesichts der von Laclau und Mouffe eingenommenen »Makro-Perspektive« nicht als sicher gelten, ob dieses auf eine Weise gelingt, die praktisch fruchtbar ist. Um die Möglichkeiten hierzu auszuloten, betrachte ich im Folgenden Texte unterschiedlicher diskursanalytisch arbeitender Wissenschaftler_innen.

3.2 Positionen zu methodischen Fragen

An der Verbreitung und zunehmenden Etablierung von Diskursforschung mit Bezug auf den von Laclau und Mouffe entwickelten Analyserahmen hatten und haben Absolvent_innen des über viele Jahre von Laclau geleiteten PhD-Programms zu »Ideology and Discourse Analysis« an der *University of Essex* wesentlichen Anteil (vgl. Torfing 2005: 3; Torfing 1999: ix). Der von David Howarth, Aletta Norval und Yannis Stavrakakis herausgegebene Band *Discourse theory and political analysis* (2000) und der von David Howarth und Jacob Torfing herausgegebene Band *Discourse theory in European politics* (2005) präsentieren eine große Bandbreite von Studien aus dem Umfeld dieser »Essex School«. Im letztgenannten Buch findet sich auch ein Text mit dem Titel *Applying discourse theory*, in dem sich der Laclau-Schüler Howarth zu Fragen der Methodologie äußert (Howarth 2005). Dabei geht es ihm allerdings nicht um die Skizzierung praktischer Prozeduren (vgl. ebd.: 329). Wichtig ist ihm vor allem, das methodische Vorgehen selbst im Sinne von Laclaus und Mouffes Ansatz diskurstheoretisch zu denken – so schlägt er für die Durchführung diskursanalytischer Studien eine »artikulatorische Praxis« in Verbindung mit einer »Logik der

Formalisierung« vor (ebd.: 326). Dabei ist für ihn selbstverständlich, auf theoretische Ansätze zurückzugreifen, die nicht auf Laclaus und Mouffes Konzepten aufbauen. Diese unterschiedlichen Theoriebausteine müssten nur zwecks Vereinbarkeit mit den diskurstheoretischen Grundlagen einer »Formalisierung« unterzogen werden – bestehend aus der »Reaktivierung« der ihnen zugrunde liegenden Annahmen, der »Dekonstruktion« essenzialistischer und deterministischer Aspekte sowie der Erarbeitung rein formeller Konzepte und Logiken in Übereinstimmung mit diskurstheoretischen Grundannahmen (»abstraction« und »commensuration«). Die so entwickelten »modularen Elemente« seien das »Rohmaterial«, durch dessen Artikulation ein Explanans konstruiert werden könne (vgl. ebd.: 327).

Diese bisher ausführlichste methodologische Positionierung aus dem Kreis der »Essex School« zeigt, dass meine schon in der Einleitung angekündigte Einbeziehung unterschiedlicher theoretischer Ansätze mit Hilfe des Begriffs der »Artikulation« diskurstheoretisch gedacht werden kann. Außerdem ist bemerkenswert, dass Howarth Laclaus und Mouffes Analyserahmen allein nicht für geeignet hält, *Erklärungen* zu produzieren, sondern zu diesem Zweck die Einbeziehung anderer Theorien explizit empfiehlt. »Erklärungen«, wie sie Howarth (ebd.) anstrebt, sollen dabei aus vielen Bestimmungsfaktoren bestehen; er wendet sich die Suche nach Gesetzmäßigkeiten (vgl. auch Howarth / Stavrakakis 2000: 6f).

Torring (1999: 291f) nimmt eine ähnliche Position ein, wenn er vor dem Versuch warnt, eine allgemeine Methodologie zu entwickeln, und wenn er Laclaus und Mouffes Konzepte als »metatheoretischen Rahmen« charakterisiert, der nicht direkt in empirischen Studien anwendbar sei. Für die erforderliche Entwicklung neuer, mit diskurstheoretischen Annahmen vereinbarer Theorien sei die Zuhilfenahme »traditioneller« Theorien unabdingbar.

3.3 Verwendete Methoden in der Literatur

In den von Vertreter_innen der »Essex School« durchgeführten Diskursanalysen konkreter empirischer Fälle spiegeln sich diese methodologischen Grundsätze zum großen Teil nicht wieder. Als typisches Beispiel kann die in *Discourse theory and political analysis* veröffentlichte Untersuchung *The political frontiers of the social* von Sebastián Barros und Gustavo Castagnola (2000) gelten. Die Autoren stellen die »Hypothese« auf, dass der Grund der politischen Stagnation in Argentinien nach 1955

in der spezifischen Weise liege, in der die Bildung politischer Identitäten in Folge des peronistischen Populismus die politischen Grenzen geformt habe (vgl. Barros / Castagnola 2000: 29). Um diese These zu stützen, erzählen sie unter Verwendung von Laclaus und Mouffes diskurstheoretischer Terminologie die Geschichte von der peronistischen Interpretation von Staatsbürgerrechten, von deren Dominanz im politischen Denken Argentiniens und von vergeblichen Versuchen verschiedener politischer Kräfte, vor diesem Hintergrund Unterstützung für ihre Politik zu finden (vgl. ebd.: 29-34). Ihre Zurückführung des politischen »Patts« auf die von Perón eingeführte »Überdeterminierung zwischen dem Sozialen und dem Politischen« klingt plausibel. Insofern erreichen Barros und Castagnola ihr proklamiertes Ziel, nämlich zu zeigen, dass ein diskursiver Ansatz die Mittel für ein alternatives Verständnis des politischen Patts in Argentinien nach der Regierungszeit Juan Peróns bietet (vgl. ebd.: 35). Doch eine »Erklärung« in Howarths Sinne liefern sie dadurch nur sehr bedingt. Dass »Bestimmungsfaktoren« in Identitäten liegen, ist kein Erkenntnisgewinn einer empirischen Studie, sondern Teil der gewählten Analyseperspektive. Für Antworten auf weitergehende Fragen, etwa in die Richtung, wieso es Perón stärker als beispielsweise marxistischen Gruppen gelang, die Massen der Armen an sich zu binden, erscheint in der Tat, wie Howarth und Torfing betonen, die Arbeit mit Theorien erforderlich, die über eine Übersetzung einer Geschichte in diskurstheoretische Semantik hinausgehen. Barros und Castagnola leisten dieses ebenso wenig wie ein Großteil ihrer diskurstheoretisch arbeitenden Kolleg_innen.

Insofern ist Reiner Kellers Kritik an der methodischen Umsetzung des Ansatzes von Laclau und Mouffe berechtigt: Diese gerate häufig »zu einem deduktionistischen, im konkreten Vorgehen unbestimmt bleibenden Interpretationsvorgang, der – bezogen auf die untersuchten Diskurse – in redundanter Weise auf diejenigen Konzepte und funktionalen Momente abzielt, die aus Sicht des kategorialen Bezugsrahmens der Theorie als 'relevante Elemente' von Diskursen und Identifikationsprozessen vorab bestimmt sind: Knotenpunkte, leere Signifikanten, Äquivalenz- und Differenzketten usw. Die Daten dienen zur Illustration der theoretischen Zusammenhänge bzw. zur Auffüllung der Konzepte mit Beispielen, werden aber nicht als eigenständige Ebene der Theoriebildung einbezogen.« (Keller 2007: 165)

Diese Kritik trifft auf explizite Zustimmung bei dem Geografen Georg Glasze, der Laclaus und Mouffes Ansatz für empirische Studien nutzbar machen will und sich dabei um die Gefahr von Zirkelschlüssen sorgt, die dadurch aufträten, dass die Forscher_in

nur das Textmaterial einbeziehe, das zu ihren Erwartungen passe (vgl. Glasze 2008: 195, 2007: 664). Unter Berufung auf den Diskursanalytiker Michel Pêcheux regt Glasze (2007: 664) zur Verringerung der Wahrscheinlichkeit von Zirkelschlüssen die Verwendung korpusbasierter Verfahren an, wie sie in den Sprachwissenschaften entwickelt wurden, und schlägt ein Operationalisierungskonzept auf der Grundlage einer Triangulation von lexikometrischen Verfahren und der Analyse narrativer Muster vor.

In Verfahren der *Lexikometrie* bzw. *Korpuslinguistik* werden *Textkorpora* untersucht – im Voraus klar abgegrenzte Gesamtheiten von Texten in digitaler Form (vgl. Glasze 2008: 198). Glasze (2008: 201-203) schlägt für Arbeiten mit Bezug auf Laclaus und Mouffes »Diskurstheorie« drei Arten von Analysen vor: *Frequenzanalysen* der relativen Häufigkeiten von Wörtern und Wortfolgen im Zeitverlauf, Analysen von Charakteristika einzelner *Teilkorpora*, die zeigen, »welche Wörter und ggf. Wortfolgen in einem Teilkorpus im Vergleich zum Gesamtkorpus spezifisch häufiger bzw. seltener vorkommen«, sowie Analysen von *Kookkurenzen*, dem gemeinsamen Auftreten bestimmter Wörter. Induktive Verfahren wie die Analysen von Teilkorpora bieten aus Glaszes (2008: 202f) Sicht »die Chance, auf Strukturen zu stoßen, an die nicht schon vor der Untersuchung gedacht wurde«. Während bei Inhaltsanalysen die Interpretation in der Regel an den Anfang einer Untersuchung gestellt werde, würde durch die Einbeziehung quantitativer Methoden der Lexikometrie immerhin der Schwerpunkt der Interpretationsarbeit im Forschungsprozess nach hinten verlagert. Glasze räumt explizit ein, dass dieses nicht für alle interpretativen Entscheidungen gelte, da solche Entscheidungen auch schon in die Formulierung einer Fragestellung und die Zusammenstellung der Textkorpora einfließen (vgl. ebd.: 198f).

Die lexikometrischen Verfahren finden nach Glaszes (2008: 204) Ansicht sinnvolle Ergänzung durch eine in der Narratologie bzw. Erzähltheorie begründete Analyse »narrativer Muster«, verstanden als »regelmäßige Verknüpfungen von Elementen [...], die Beziehungen einer spezifischen Qualität herstellen«. Auf diese Weise könne man untersuchen, »inwieweit die lexikometrisch ermittelten Wörter bzw. Wortfolgen als Knotenpunkte dienen«, und nach Mustern suchen, die Hinweise auf die Ursache von Dislokationen liefern, die den lexikometrisch ermittelten Brüchen und Verschiebungen eines Diskurses zugrunde lägen (ebd.: 205f).

Glasze wendet die von ihm vorgeschlagene Methodologie in einer Studie zur diskursiven Konstitution der »Frankophonie« als »weltumspannender Region« an

(Glasze 2007: 656). Er versteht das Aussagesystem von Laclau und Mouffe dabei als »Theorie«, die er mit seinem Rückgriff auf korpuslinguistische und narratologische Verfahren operationalisiert. Damit nimmt Glasze eine Gegenposition zu den Laclau-Schülern Howarth und Torfing ein, wenngleich er sich nicht direkt auf diese bezieht. Glaszes Verständnis des Ansatzes als »Diskurstheorie« bzw. »Gesellschaftstheorie« (Glasze 2008: 194) spiegelt sich nicht nur in seiner Wortwahl, sondern auch in seinem Anspruch wider, mit der Triangulation von Lexikometrie und Analyse narrativer Muster unter anderem »Erklärungen« für Brüche und Verschiebungen des untersuchten Diskurses zu finden (vgl. Glasze 2007: 665).

Die lexikometrischen Untersuchungen führt Glasze (ebd.) anhand von vier geschlossenen Textkorpora durch – der Diskussionen der allgemeinen Konferenzen der Vorläuferorganisation der *Organisation mondiale de la Francophonie*, der Eröffnungs- und Abschlussreden der Gipfeltreffen der »Frankophonie«, der Reden der französischen Präsidenten und der Texte der Tageszeitung *Le Monde*, jeweils aus einem bestimmten Zeitraum. Für die Analyse narrativer Muster bezieht er hingegen noch weitere Texte ein, um einen »Teil des 'Kontextes' der geschlossenen Korpora« und auch »subalterne, marginalisierte Stimmen« in die Analyse zu integrieren – unter anderem Texte der NGO *Survie France* und des französisch-kamerunischen Schriftstellers Mongo Beti, die sich als Gegner_innen der »Frankophonie« positionieren (vgl. Glasze 2008: 205, 2007: 677 Fn. 31).

Als einen der zentralen Befunde der lexikometrischen Analyse präsentiert Glasze (2007: 667) die ab den frühen 1970-er Jahren abnehmende Häufigkeit des Signifikanten »französische Sprache« (*langue française*) und eine stärker werdende Verwendung des Wortes »Frankophonie«. Die Analyse narrativer Muster liefert daraufhin eine »Erklärung« für diese Verschiebung – in Glaszes (2007: 665) Worten: »[T]he analysis revealed the events that led to the dislocation of the discourse«. Es handele sich um eine Reaktion auf von Kritiker_innen vorgenommene Verknüpfungen des Signifikanten »französische Sprache« mit dem Signifikanten »Neokolonialismus« (vgl. Glasze 2008: 213, 2007: 668f). Diese »Erklärung« konnte deshalb gefunden werden, weil kritische Texte, in denen der Vorwurf des Neokolonialismus erhoben wird, als »Teil des 'Kontextes' der geschlossenen Korpora« in die Analyse eingezogen wurden. Doch wieso wählte Glasze gerade diese Texte aus? Die Vermutung liegt nahe, dass er sie als relevanten »Teil des 'Kontextes'« betrachtete, weil er ihren Einfluss bereits vermutete. »Interpretative Entscheidungen« im Zuge der Textauswahl schließt Glasze zwar, wie

wir gesehen haben, explizit nicht aus. Dennoch hat diese wahrscheinlich im Vorfeld erfolgte »interpretative Entscheidung« Auswirkungen auf den Status seiner Befunde: Wenn er nur illustriert, dass ein von ihm im Vorfeld vermuteter Zusammenhang denkbar ist, aber nicht diskutiert, inwiefern alternative Einflussfaktoren in Frage kommen und wie plausibel die »Erklärungen« jeweils sind, lässt sich der Vorwurf, das empirische Material nicht genug in die Theoriebildung einzubeziehen, auch an ihn richten. Howarth und Torfing behalten darin Recht, dass mit der direkten Anwendung des Analyserahmens als Theorie (mit einer hierfür ausgearbeiteten Methodologie) keine »Erklärungen« zu generieren sind. Dafür müssen in der Tat weitere Theorien bzw. Erklärungsansätze hinzugezogen werden – wie es Glasze zum Beispiel mit der Vermutung eines Einflusses des »Neokolonialismus-Diskurses« tut.

Für mein eigenes methodisches Vorgehen bedeutet das zunächst, dass ich nicht wie Glasze den Fehler machen sollte, den Status meiner Befunde zu überschätzen. Ich muss davon ausgehen, dass »Erklärungen« in Howarths Sinne einer Kombination von Bestimmungsfaktoren aufgrund einer alleinigen Anwendung von Laclaus und Mouffes Analyserahmen nicht zu gewinnen sind. Solche »Erklärungen« zu liefern, ist allerdings auch nicht mein Anspruch. In erster Linie geht es mir in dieser Arbeit nicht darum, Gründe zu identifizieren, aus denen bestimmte diskursive Verknüpfungen vorgenommen wurden, sondern vielmehr darum, die Unterschiedlichkeit erfolgter diskursiver Verknüpfungen auf plausible Weise transparent zu machen. Damit meine Analyse zu einem umfassenden Bild dieser Unterschiedlichkeit führt, ist auch im Kontext meiner Untersuchung eine Begrenzung der Wahrscheinlichkeit von Zirkelschlüssen wünschenswert – in dem Sinne, dass ich die Chance habe, mehr als nur das zu finden, wonach ich aufgrund meiner impliziten Erwartungen suche. Die Erwartungen bezüglich einer solchen Ergebnisoffenheit dürfen selbstverständlich nicht zu hoch sein: Im Sinne meiner theoretischen Grundlagen generiere ich nie ein »objektives« Abbild einer empirischen Wirklichkeit, sondern entwickle auch in einer wissenschaftlichen Arbeit diskursive Formationen auf der Grundlage mehr oder weniger bewusster Entscheidungen, mit denen ich jeweils mögliche Alternativen ausschließe. Es gibt kein Entrinnen aus der »imposition of theorists' categories and concerns«, wie es Wetherell (1998: 403) formuliert.

Durch eine klare Vorabdefinition von Kriterien, wonach ich suche, und deren möglichst systematische Anwendung könnte dennoch im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten die Wahrscheinlichkeit erhöht werden, auf Unerwartetes zu stoßen – in

diesem Sinne bietet Glasze mit der vollständigen Analyse bestimmter im Voraus definierter Korpora und der Einbeziehung quantitativer Methoden interessante Ansatzpunkte. Während die Validität quantitativer Daten in meinem Zusammenhang grundsätzlich diskutiert werden kann, dürfte allerdings klar sein, dass lexikometrische Analysen, wie sie Glasze vornimmt, wenn überhaupt, dann nur bei einem umfangreichen Korpus sinnvoll sind. Ganz davon abgesehen, dass ein solches Vorhaben meine Möglichkeiten im Rahmen dieser Arbeit übersteigen würde, gibt die Materiallage, wie in Kapitel 5.1 deutlich werden wird, für ein solches Vorgehen keinen ausreichend großen Textkorpus her.

Auf jeden Fall findet mein weiter oben formuliertes Kriterium, dass meine Vorgehensweise möglichst systematisch sein soll, durch die Diskussion von Glaszes Beitrag Bestätigung. Eine im Voraus erfolgende, transparente Definition des zu untersuchenden Materials ist dafür ein erster Schritt. Für die systematische Analyse lässt sich eine Einbeziehung einzelner quantitativer Betrachtungen als Indizien für Relevanz, die nicht aus meinen eigenen Erwartungen hervorgehen, als Idee festhalten, deren konkrete Sinnhaftigkeit aber kritisch geprüft werden muss.

Für die Suche nach weiteren Anregungen für mein methodisches Konzept empfiehlt sich eine Suche nach Studien, deren Autor_innen mit dem Analyserahmen von Laclau und Mouffe arbeiten und die wenigstens insofern systematisch vorgehen, als dass sie die Auswahl ihres Materials begründen und vor der Präsentation der Auswertungsergebnisse transparent machen, wonach sie suchen. Diesen Kriterien werden die meisten Texte, die sich auf Laclaus und Mouffes Arbeiten beziehen, nicht gerecht. Das mag bei manchen Texten daran liegen, dass sie von ihren Verfasser_innen mehr als politische Interventionen im engeren Sinne und weniger als Beiträge zur Forschung geschrieben wurden. Das trifft zum Beispiel auf einen frühen Beitrag von David Howarth und Aletta Norval zu *Subjectivity and strategy in South African resistance politics* (1992) zu. Die Autor_innen »dekonstruieren« ideologische Dimensionen der Bestrebungen verschiedener linker Gruppierungen in Südafrika und greifen dabei auf von Laclau und Mouffe entwickelte Konzepte zurück, um anschließend in derselben Terminologie ein alternatives, ihrer Ansicht nach vorzuziehendes politisches Projekt für das vom Apartheid-System befreite Südafrika vorzuschlagen. Ähnlich verhält es sich mit einem Artikel von Katharine McKinnon unter dem Titel *Postdevelopment, professionalism, and the politics of participation* (2007), in dem diese zeigt, wie Laclaus und Mouffes Konzeptualisierung hegemonialer

Kämpfe für das Denken von ihrer Ansicht nach fruchtbaren politischen Perspektiven hilfreich sein kann. Manche anderen Autor_innen legen ihre politischen Intentionen nicht so explizit offen wie Howarth / Norval und McKinnon, wobei einzelne explizite politische Empfehlungen in Verbindung mit der geringen Systematik der Vorgehens die Untersuchung doch mehr als politisches Engagement erscheinen lässt, weniger als methodologisch fundierte Studie. Dieses gilt etwa für Jonathan Pughs kritischen Artikel zu »kommunikativer Planung« in St. Lucia, an deren Ende er für die Transformation gesellschaftlicher und materieller Beziehungen politisches Engagement und Konfrontation empfiehlt (vgl. Pugh 2005: 320).

Die wenigen Studien, die ich in meiner Recherche gefunden habe, die meinem als Suchkriterium formulierten Mindeststandard an Systematik wenigstens ansatzweise entsprechen, verfolgen allesamt Erkenntnisinteressen, die zumindest zum Teil auf der Ebene der Theorieentwicklung angesiedelt sind. Ein solches Interesse kann sich mit einer im engeren Sinne politischen Intention überschneiden, wie bei Anthony Lowries Studie zur Entwicklung von Universitätsidentitäten (2007). Lowrie macht seine gewählte Methode, eine Mikrodiskursanalyse einer Reihe von Interviews, explizit – wobei er wie ich davon ausgeht, dass Identitätskonstruktion im Sinne von Laclau und Mouffe unter anderem in bestimmten Gesprächssituationen stattfindet (vgl. Kapitel 3.1 dieser Arbeit). Leider erschöpft sich Lowries Analyse dann weitgehend in einer Kommentierung einzelner Passagen, bei der die Kriterien für deren Auswahl ebenso unklar bleiben wie die Kriterien, nach denen er seine Analyse strukturiert. So drängt sich der Eindruck auf, es handele sich auch hier zum großen Teil nur um Illustrationen im Dienste eines politischen Kampfes.

Bei einem Text von Todd Bridgman zum gleichen Themenbereich, unter dem Titel *Freedom and autonomy in the university enterprise* (2007), verhält es sich insofern ähnlich, als dass auch Bridgman seine Methodologie zunächst erläutert, die daran anschließenden Abschnitte jedoch enttäuschen. Bridgman verkündet allgemeine Ergebnisse seiner empirischen Untersuchung und illustriert diese durch einzelne Befunde; sein konkretes methodisches Vorgehen bleibt jedoch unklar. Margaret Wetherell (1998) verkündet in ihrem schon oben zitierten Artikel, nach was sie das empirische Material durchsuchen wolle, darauf folgt eine Wiedergabe einzelner Fragmente und deren willkürlich erscheinende Kommentierung mit Sekundärliteratur. Wie in den meisten betrachteten Untersuchungen hat das empirische Material auch hier vor allem die Funktion, bereits feststehende Aussagen zu illustrieren.

Außer Georg Glasze findet sich nur ein Autor, der bei seiner Untersuchung empirischen Materials mit den Analysekatoren von Laclau und Mouffe Fragen der Methodologie ausführlich diskutiert, klare Analyseschritte definiert, und tatsächlich erkennbar nach diesen vorgeht. Es handelt sich um Martin Nonhoff, der sich in seiner Dissertation *Politischer Diskurs und Hegemonie* (2006) mit der »Sozialen Marktwirtschaft« beschäftigt – verstanden als hegemoniales Projekt in Laclaus und Mouffes Sinne. Nonhoffs Untersuchungsvorhaben ist dabei zweigeteilt. Zum einen geht es ihm um einen Beitrag zur Theorieentwicklung. Er will »in theoretischer Weise erhellen, wie diskursive Muster, die im Zuge hegemonialer Praxis artikuliert werden, typischerweise aussehen« (Nonhoff 2006: 16). Zum anderen will er »das Operieren der hegemonialen Strategie« in der Frühphase des hegemonialen Projekts um die »Soziale Marktwirtschaft« aufgrund einer empirischen Untersuchung nachvollziehen (ebd.). Hierbei betont Nonhoff, es gehe ihm nicht darum, »weshalb sich bestimmte Hegemonien in bestimmten Kontexten konstituieren«, es gehe »nicht um das weshalb, sondern um das wie« (ebd., Hervorhebung im Original). Insofern ist Nonhoff in Bezug auf die Möglichkeit, Erklärungen zu generieren, vorsichtiger als Glasze – einerseits. Andererseits hat er den Anspruch, dass die Gültigkeit seiner Aussagen über die von ihm untersuchten Diskurse hinaus reicht. Mit seiner empirischen Untersuchung will er nicht zuletzt »die Plausibilität der theoretischen Erwägungen zum Phänomen der Hegemonie [...] verdeutlichen« (ebd.: 22).

Nonhoffs Vorgehensweise im empirischen Teil, in dessen Zentrum die Analyse verschiedener Texte von Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard und der CDU stehen, ist eng mit den theoretischen Überlegungen in den vorhergehenden Kapiteln verbunden. Das Verbindungsglied bilden neun »Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie«, die Nonhoff theoretisch entwickelt und schließlich am empirischen Material rekonstruiert (vgl. ebd.: 207, 213).

Im (größeren) theoretischen Teil der Arbeit erläutert Nonhoff zuvor Laclaus und Mouffes Analyserahmen und bemüht sich um die Plausibilisierung ihrer theoretischen Aussagen. Er ordnet Laclaus und Mouffes Werk in weitere theoretische Zusammenhänge ein und integriert Überlegungen anderer Autor_innen in das Aussagesystem. An verschiedenen Punkten entwickelt Nonhoff den Analyserahmen durch eigene Argumentationen weiter. Seine Schlüsse zieht er dabei im Wesentlichen aus Elementen von Laclaus und Mouffes Schriften und deren Zusammenführung mit anderen Aussagen, die als allgemein akzeptiert gelten können. Ein Beispiel hierfür ist

Nonhoffs Entwicklung des Begriffs der *politisch-gesellschaftlichen Kräfte*, mit dem er Subjekte bezeichnet, die »innerhalb von politischen Diskursen wahrnehmbar sind« (ebd.: 177). Aus Laclaus und Mouffes Verständnis von Hegemonie ergibt sich, dass für die erfolgreiche Etablierung einer hegemonialen Formation das bloße Vorhaben bestimmter Artikulationen durch beliebige Subjekte nicht ausreicht, sondern dass die damit verbundenen Angebote neuer Subjektpositionen auch angenommen werden müssen (vgl. meine Ausführungen in Kapitel 2). Folglich ist die Möglichkeit von Subjekten, ihre Artikulationen *wahrnehmbar* durchzuführen, eine wichtige Voraussetzung für ihren Erfolg. »In allen Demokratien«, schreibt Nonhoff (2006: 177) in Anschluss an diese Überlegungen, »spielen quantitative Faktoren gepaart mit diskursiver Kompetenz eine wichtigere Rolle für die politisch-diskursive Wahrnehmbarkeit als in anderen Regierungsformen; am auffälligsten ist dies vielleicht hinsichtlich der Anzahl der Individuen und der finanziellen Mittel; aber z.B. auch bezüglich des Zugangs zu den Orten politischer Entscheidung«. Für diese Konkretisierung der Kriterien der Wahrnehmbarkeit zieht Nonhoff keine empirischen Daten oder weitere Literatur heran; vielmehr vertraut er darauf, dass seine Aussagen unmittelbar einleuchten.

Auf ähnliche Weise entwickelt Nonhoff weitere Differenzierungen des Analyserahmens. So bemerkt er im Hinblick auf die Überlegungen Laclaus zur Repräsentation des »reinen Seins« eines Systems, dass viele Diskurse nicht auf eine allumfassende Universalität, sondern auf einen spezifischen Aspekt derselben wie beispielsweise »außenpolitische Sicherheit«, »ökonomische Prosperität« oder eine »gesunde Umwelt« bezogen seien. Aus diesen Gründen übersetzt Nonhoff »the universal« nicht als »universell«, sondern als »das Allgemeine«, und fasst darunter auch das jeweils »spezifische Allgemeine« bestimmter diskursiver Räume (vgl. ebd.: 116). Im Zusammenhang mit deren gegenseitiger Abgrenzung, die immer wieder in Frage gestellt werde, führt Nonhoff (2006: 87) als weitere Art der Beziehung zwischen diskursiven Elementen die *Superdifferenz* ein, mit der kein Gegensatz konstruiert, sondern zum Ausdruck gebracht werde, dass die jeweiligen Elemente nichts miteinander zu tun hätten. Eine weitere von Nonhoff vorgenommene Differenzierung, die ebenfalls darauf verweist, dass nicht bei jeder hegemonialen Artikulation alle Aspekte der gesellschaftlichen Ordnung verhandelt werden, ist sein Konzept des Kampfes um *Hegemonie zweiter Ordnung*, bei der innerhalb einer hegemonialen diskursiven Formation etwa um die »eigentliche Bedeutung« des leeren Signifikanten

gerungen werde, der die Universalität bzw. das Allgemeine repräsentiere (vgl. ebd.: 204).

Ein Großteil von Nonhoffs theoretischen Überlegungen aus den ersten Kapiteln fließt in seiner Präsentation von neun *Strategemen* als theoretisch hergeleitete und anhand des empirischen Materials zu rekonstruierende Hypothesen zusammen (vgl. ebd.: 207, 249). Es handelt sich um (I) »Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen«, (II) »antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums«, (III) »Repräsentation«, (IV) »superdifferenzielle Grenzziehung«, (V) »emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen«, (VI) »Einrichtung / Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte«, (VII) »gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze«, sowie (VIII) das »Strategem des eigentlichen Verfechters« und (IX) das »Strategem der eigentlichen Bedeutung« (ebd.: 213). Nach Nonhoffs (2006: 207) eigener Einschätzung lässt sich dieser Komplex von Strategemen als Rekonstruktion von Grundzügen der »Hegemonietheorie« von Laclau und Mouffe lesen, wobei »einige der Einzelaspekte und vor allem deren Strukturierung« von ihm selbst erbracht worden seien. Gerade diese von Nonhoff geleistete Differenzierung und Präzisierung sowie die damit verbundene Strukturierung des Analyserahmens macht es möglich, für eine Analyse und Aufbereitung von Diskursen, wie ich sie vorhabe, an seinen formulierten Strategemkomplex anzuknüpfen.

Wenn ich davon ausgehe, dass die mich interessierenden Diskurse um das Grundeinkommen Nonhoffs Strategeme widerspiegeln, erleichtern mir diese, die Strukturen der diskursiven Formationen Schritt für Schritt zu identifizieren. In vielen Aspekten gehen Nonhoffs Überlegungen so weit ins Detail, dass sie unmittelbar als Anleitung für ein methodisches Vorgehen dienen können. Im Zusammenhang mit Strategem I erörtert Nonhoff zum Beispiel so konkret, was unter »Forderungen« zu verstehen sei, dass ich daraufhin alle Forderungen entsprechend dieses Verständnisses zusammentragen kann, die in einem Text enthalten sind. Ebenso ausführlich diskutiert er, in welchen Formen »Äquivalenzierung« und »Orientierung am Allgemeinen« in einem Dokument in Erscheinung treten können – sodass die spezifische Artikulation gefundener Forderungen direkt anhand dieses Maßstabs eingeordnet werden kann.

Im empirischen Teil seiner eigenen Arbeit geht Nonhoff im Prinzip auf diese systematische Weise vor. An einigen Stellen zeigt sich jedoch ein Spannungsverhältnis zwischen den beiden Aspekten seines Untersuchungsinteresses – theoretisch begründete

Aussagen zur Funktionsweise hegemonialer Strategien im Allgemeinen einerseits und deren Plausibilisierung anhand eines empirischen Falles andererseits. Indem er die Gültigkeit seiner theoretischen Überlegungen beim Zuschnitt seiner Methode als gegeben voraussetzt, analysiert er das empirische Material anhand von Kategorien, die in keiner anderen Diskursstruktur als der von ihm erwarteten resultieren können. Dieses gilt nicht nur für formelle Strukturmerkmale wie den Umstand, dass es einen leeren Signifikanten gibt, sondern auch gerade dafür, dass es sich dabei um einen bestimmten Signifikanten, nämlich »Soziale Marktwirtschaft« handelt. In der Tat schlägt Nonhoff schon im Theorieteil explizit vor, »Soziale Marktwirtschaft« als leeren Signifikanten zu begreifen, der den bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Diskurs schließe (vgl. ebd.: 129). Obgleich er in seinem empirischen Kapitel in einigen Passagen, wie beim Zusammentragen der Forderungen, die analysierten Dokumente genau unter die Lupe nimmt, handelt er die »Prominenz« des Signifikanten »Marktwirtschaft« recht schnell ab (vgl. ebd.: 269f). Als Leser gewinne ich den Eindruck, es handele sich weniger um eine kritische »Prüfung« der Gültigkeit der theoretischen Aussagen, als vielmehr um deren Illustration. Einige von Nonhoffs Formulierungen legen nahe, dass er sich selbst nicht klar zwischen diesen beiden Vorhaben entschieden hat (vgl. z.B. ebd.: 249).

3.4 Konzeption meiner Vorgehensweise

Zusammenfassend lässt sich dennoch sagen, dass – abgesehen von den korpusbasierten Verfahren, die Glasze empfiehlt, die aber für meine Arbeit nicht in Frage kommen – Nonhoff den mit Abstand systematischsten Ansatz für eine reflektierte Anwendung des Analyserahmens von Laclau und Mouffe in empirischen Studien bietet. Für die Verwendung seiner Methodik spricht deren theoretische Fundierung und deren gute Anwendbarkeit. Dagegen könnte sprechen, dass auch Nonhoff, wie ich eben gezeigt habe, mangelnde Sensibilität für die Problematik von Zirkelschlüssen bzw. mangelnde Einbeziehung des empirischen Materials in die Theoriebildung vorgeworfen werden kann.

Diese Probleme sollten jedoch keinen Anlass geben, die Vorteile von Nonhoffs Systematik nicht zu nutzen. Ich werde sein Vorgehen in wesentlichen Teilen übernehmen und versuchen, dabei das empirische Material so einzubeziehen, dass die Möglichkeiten von Zirkelschlüssen nach Möglichkeit begrenzt werden. Hierbei muss ich mir vor Augen halten, dass ich nie eine Analyse von einem neutralen »extra-

diskursiven« Standpunkt aus vornehmen kann. Schon meine Wahl der Kategorien von Laclau und Mouffe bringt mit sich, dass ich bestimmte Dimensionen meines Gegenstandes sichtbar mache und andere nicht. Dies ist nicht als Manko zu verstehen. Vielmehr habe ich schon in der Einleitung offen gelegt, dass in meine Wahl der methodischen Grundlagen Überlegungen dazu eingeflossen sind, worauf Laclau und Mouffe das Augenmerk lenken.¹⁵ Wenn ich nun »Nonhoffs Brille aufsetze«, definiere ich dadurch mein Blickfeld noch enger, finde »Strategeme« und sehe denkbare andere Strukturierungen der Diskurse nicht. Für mein Erkenntnisinteresse muss ich allerdings nicht alle Strategeme voraussetzen; es reicht, wenn ich mich auf die Suche nach der »Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen« (Strategem I), die »antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums« (II), das Strategem der »Repräsentation« (III) und die »Einrichtung / Fortschreibung von Subjektpositionen« (VI) konzentriere. Die damit unmittelbar verbundenen Einschränkungen meines Sichtfeldes erscheinen mir vertretbar, denn im Kern finden sich diese drei Phänomene in Laclaus und Mouffes Schriften selbst, nicht erst bei Nonhoff. Um im Rahmen der so eingegrenzten Möglichkeiten dem empirischen Material die Chance zu geben, Quelle von Befunden zu sein, die ich nicht von vornherein erwarte, werde ich anstreben, in den einzelnen Analyseschritten jeweils alles aus den Texten zusammenzutragen, worauf das Suchkriterium zutrifft. Ebenso will ich bei der Prüfung, was z.B. ein Knotenpunkt sein könnte, so gründlich vorgehen, dass ich möglichst allen in Frage kommenden Signifikanten eine Chance gebe.

So werde ich aus zentralen Texten der mich interessierenden Subjekte jeweils alle »Forderungen« in Nonhoffs Sinn zusammentragen, ebenso wie alle zur Identifikation angebotenen »Subjektpositionen«, die mit diesen verbunden sind. Um »Kandidaten« für Knotenpunkte zu bestimmen, werde ich die »Prominenz« der Forderungen prüfen. Deren Häufigkeit werde ich dabei als ein mögliches Indiz betrachten – entscheidend bleiben aber die Arten der Verknüpfungen. Nachdem ich auf diese Weise die Äquivalenzkette »P« nachgezeichnet habe, werde ich als Ansatzpunkt für die Identifizierung der ihr antagonistisch entgegengestellten Äquivalenzkette »Q« zunächst Signifikanten zusammentragen, die im Textzusammenhang jeweils in direktem Gegensatz zu einem Bestandteil von P stehen. Daraufhin werde ich untersuchen, wie diese Signifikanten mit anderen Konzepten verknüpft sind, um so die Äquivalenzkette

¹⁵ Das trifft auch auf andere Autor_innen zu, die mit Laclau und Mouffe arbeiten. So verweist z.B. auch Bridgman (2007: 480) bezüglich der Wahl seiner theoretischen Grundlagen auf die Dimensionen, die mit Hilfe von Laclaus und Mouffes Kategorien sichtbar gemacht würden.

Q zu rekonstruieren. Dazu gehört auch die Prüfung, was hierbei als antagonistische, in Q eingebundene Subjektposition gelten kann. Schließlich werden alle als »Kandidaten« für Knotenpunkte bestimmte Signifikanten in die Prüfung einbezogen, welcher von ihnen die Funktion eines Knotenpunktes einnimmt, und inwiefern es sich um einen leeren Signifikanten handelt. In diesem Zusammenhang werde ich selbstverständlich auf die Rolle von »Sozialismus« zu sprechen kommen.

Dieses an die Schritte von Nonhoffs (2006: 267-288) erster Einzeltextanalyse angelehnte Vorgehen zielt auf eine »Kartografie« von Diskursen im Sinne einer statischen Darstellung diskursiver Strukturen, aber nicht auf die mir wichtige Analyse erfolgter Interaktion. Wie andere poststrukturalistische Diskursanalytiker_innen vernachlässige auch Nonhoff (2007: 165) die »Gebrauchskontexte« bzw. »Erzeugungszusammenhänge« der Zeichenbedeutung, kritisiert Keller (2007: 165). Genau das will ich mittels einer Perspektive auf konkrete Interaktionen zwischen den Beteiligten vermeiden. Eine Kartografie von Diskursen steht jedoch nicht im Gegensatz zur Einbeziehung einer solchen Perspektive; im Gegenteil ist der Vergleich kartografisch aufbereiteter Diskurse ein optimaler Ansatzpunkt für die Analyse diskursiver Interaktionen. Deshalb unterteile ich die Analyse des empirischen Materials in zwei große Abschnitte. Zunächst werde ich Texte der unterschiedlichen Subjekte analysieren, die nicht unmittelbar im Kontext der Interaktion mit den beiden anderen stehen, und die als so repräsentativ gelten können, dass sie eine allgemeine »Kartografie« der jeweiligen Diskurse erlauben, die die Subjekte im Zuge ihrer jeweiligen hegemonialen Projekte vertraten. Im zweiten Abschnitt untersuche ich Texte, die eindeutiger im Zusammenhang der Interaktionen zwischen den Beteiligten stehen.

Um die Verwendung von Begriffen und deren unterschiedliche Verknüpfungen im Zusammenhang der Interaktion zwischen den Beteiligten zu untersuchen, kann ich die diskursiven Strukturen der zu analysierenden Texte zunächst jeweils mit dem inzwischen »kartografierten« allgemeinen Diskurs desselben Subjekts vergleichen und so vorgenommene Reartikulationen identifizieren. In Anbetracht meines Ausgangsverständnisses der Verwendung von Begriffen als Praktiken, in denen um Bedeutung gerungen wird, sowie angesichts der offensichtlichen Bezugnahme der Subjekte aufeinander liegt die Idee nahe, die in den Texten getätigten Aussagen als Eingriffe in jeweils konkurrierende Diskurse zu betrachten. Eine solche Konzeptualisierung ist allerdings nur gerechtfertigt, wenn ein solcher Eingriff intendiert wurde, die Autor_innen also Subjekte, die sich potenziell oder tatsächlich über den

konkurrierenden Diskurs identifizierten, mit alternativen diskursiven Verknüpfungen konfrontieren wollten. Nur in diesem Fall lässt sich im Unterschied zu bloß theoretisch möglichen von tatsächlich vorgenommen Verknüpfungen sprechen, unabhängig vom Erfolg dieser Identifikationsangebote. Ein »Nachweis« des Vorliegens einer bestimmten Intention, oder auch eine Prüfung, welche von allen theoretisch denkbaren Motivationen mit der größten Wahrscheinlichkeit im Spiel war, überstiege den Rahmen dessen, was ich in dieser Arbeit leisten kann. Deshalb beschränke ich mich darauf, eine Sichtweise der Aussagen als intentionale Eingriffe in den jeweiligen »entgegengesetzten« Diskurs in dem Sinne plausibilisieren, dass ich Möglichkeiten zeige, wie sich durch das Heranziehen von Hintergrundfakten diese Sichtweise bekräftigen lässt.

3.5 Suche nach Intentionen

Ein interessanter Ansatz für das Aufspüren möglicher Intentionen der Autor_innen von Texten findet sich in Quentin Skinners Vorgehen bei der Studie und Interpretation historischer Texte. Er kritisiert Autoren, die in ihren Arbeiten zur Geschichte politischen Denkens nur die »klassischen« Texte betrachten: »[T]hey have rarely supplied us with genuine histories.« (Skinner 1978: xi). Als Alternative entwickelte Skinner einen Analyseansatz, der nach seiner eigenen Darstellung stärker die »Geschichte der Ideologien« in den Mittelpunkt stelle. Dazu stellt er die Werke in den Zusammenhang ihrer »allgemeineren gesellschaftlichen und intellektuellen Matrix« und ihres spezifischeren »ideologischen Kontextes« (ebd.: x-xi). Auf diese Weise lasse sich besser verstehen, was der Autor mit dem Schreiben des Textes tue (vgl. ebd.: xiii). Mit dieser Begrifflichkeit knüpft Skinner an die von John L. Austin, John R. Searle und Herbert Paul Grice entwickelte *Sprechakttheorie* an, nach der eine Person im Vornehmen einer linguistischen Handlung neben der Aussage selbst etwas Weiteres tue (vgl. Tully 1988b: 8). Die Frage nach dieser »illokutionären Kraft« einer Äußerung ist die Frage nach den *Intentionen* ihres Autors, wobei Skinner Wert auf die Unterscheidung zwischen den »illokutionären« Intentionen, die ihn interessieren, und den Motiven eines Autors legt. Es geht ihm zunächst nicht um die Frage, welche Effekte der Autor mit dem Verfassen eines Textes zu erreichen plante, sondern welche Intention eine Aussage unmittelbar verkörpert – zum Beispiel ein Versprechen zu geben oder vor etwas zu warnen (vgl. Skinner 1988a: 86, Skinner 1988b: 73-75).

Skinner's Fokus auf die Intentionen von Autor_innen in ihren Beiträgen zur Entwicklung politischer Ideologien macht sein Werk zu einer potenziell interessanten Quelle für die notwendige Ergänzung meiner Methodologie. Dabei kann ich die Vereinbarkeit seines Verständnisses von Subjekten, sprachlichen Äußerungen und deren Verhältnis zueinander mit den Grundannahmen von Laclau und Mouffe aber nicht als gegeben voraussetzen. Zunächst lässt sich sagen, dass Skinner eine rein instrumentelle Konzeption von Sprache ablehnt: Da zu jeder Zeit nur einige Elemente der Sprache für Veränderungen offen seien, könnten politische Akteure nicht jedes Handeln durch eine maßgeschneiderte Argumentation rechtfertigen, sondern müssten ihre Vorhaben den Beschränkungen der verfügbaren normativen Sprache anpassen. Skinner's von Wittgenstein übernommene Annahme, dass Handlungen und Sprache so eng miteinander verwoben seien, dass sie zusammen den Grund bildeten, auf dem Kritik und Wandel stattfinden, stellt einen Anknüpfungspunkt zu wichtigen Überlegungen von Laclau und Mouffe dar (vgl. Skinner 1978: xii-xiii, Tully 1988b: 8). Bei Skinner's Konzeption der wechselseitigen Beeinflussung von Handlungen und sprachlichen Verknüpfungen scheint aber die Annahme durch, das Subjekt sei selbst vorsprachlich konstituiert – ein deutlicher Kontrast zu der von Laclau und Mouffe vertretenen ausgeweiteten Diskurskonzeption, die keine extra-diskursive Realität mehr kennt. Das ändert jedoch nichts daran, dass auch bei Laclau / Mouffe das Subjekt der Ort von Entscheidungen ist und diskursive Verknüpfungen vornehmen kann bzw. muss. Bei jeder Entscheidung ist wiederum eine Intention im Spiel, wenn auch nicht unbedingt ein durchdachter Plan im Zusammenhang mit vorher gebildeten Motiven. Eine solche Intention ist entsprechend Laclaus und Mouffes theoretischer Grundlagen selbst mit Diskursen verwoben, zu denen das Subjekt – im Unterschied zu Skinner's Vorstellung – nicht in einem externen Verhältnis steht, sondern die seine eigene Identität ausmachen. Solange ich diesen Unterschied im Hinterkopf behalte, muss er mich nicht daran hindern, Skinner's Art der Suche nach den Intentionen von Äußerungen in Teilen für meine Arbeit zu adaptieren.

Die Interpretation von Machiavellis *Principe* im ersten Band von Skinner's Werk *The foundations of modern political thought* ist ein vielzitiertes Beispiel dafür, wie Skinner seine methodologischen Prinzipien in konkreten Untersuchungen anwendet (Skinner 1978: 113-138). Im Zusammenhang mit einer überblicksartigen Darstellung wichtiger politischer Veränderungen im Italien des 15. und frühen 16. Jahrhunderts sowie deren Auswirkungen auf inhaltliche Positionen politischen Denkens sowie Themen und Zielgruppen einschlägiger Schriften umreißt Skinner eine in dieser Zeit entstandene

Ratgeberliteratur für Fürsten, die er zum spezifischen ideologischen Kontext von Machiavellis berühmtem Buch erklärt. Nach der Erläuterung von Machiavellis persönlichem Hintergrund macht sich Skinner daran, Schritt für Schritt, anhand von einem Aspekt nach dem anderen, die in der Fürsten-Ratgeberliteratur vertretenen Positionen zusammenzufassen, und die von Machiavelli zu den einzelnen Themen vertretenen Inhalte jeweils mit diesem ideologischen Kontext abzugleichen. Auf diese Weise wird deutlich, dass Machiavelli die Werte und Sorgen seiner Kollegen in vielen Aspekten teilte, dass sich sein Werk aber in zwei Punkten sehr deutlich vom ideologischen Kontext abhebt. Skinner (1978: 129-131) schließt, dass es Machiavelli in diesen Punkten klar um einen direkten Angriff auf die Theorien seiner Zeitgenossen gegangen sei: Machiavelli wirft ihnen vor, die Rolle militärischer Gewalt für die fürstliche Regierung zu unterschätzen, und bestreitet die Behauptung, dass Fürsten, um erfolgreich zu sein, die konventionellen christlichen und moralischen Tugenden kultivieren müssten.

Die mit Hilfe der Verortung von Machiavellis Werk im Kontext identifizierten »Manipulationen ideologischer Konventionen« bedeuten offensichtlich eine Umbewertung politischer Handlungen. Diese Umbewertungen sind, wie Tully (1988b: 11) es auf den Punkt bringt, »the key to the political point of the text«. Im Beispiel von Machiavelli findet sich der entscheidende Hinweis auf die relevanten Handlungen im Schlusskapitel desselben Buches, in dem er die Medici zur Vereinigung und »Befreiung« von Italien aufruft – ein Unterfangen, das unter Einhaltung der konventionellen Normen der Tugendhaftigkeit nicht umsetzbar wäre.

An welchen Stellen die diskursiven Verknüpfungen, die von den Milners, von Douglas und von der Labour Party in den im zweiten Abschnitt meiner Textanalysen zu betrachtenden Dokumenten vorgenommen wurden, im Gegensatz zu jeweiligen konkurrierenden Diskursen stehen, kann ich nach der erfolgten kartografischen Aufarbeitung leicht feststellen. Wenn ich analog zu Skinners Herangehensweise davon ausgehe, dass es sich bei diesen sich abhebenden Positionierungen um Manipulationen der Diskurse handelt, die ich in Anlehnung an Skinners Terminologie als ideologischen Kontext bezeichnen könnte, kann ich eine Suche des »political point« anschließen, wie sie von Tully skizziert wird. Dafür stelle ich den konkurrierenden Diskurs in seiner bisherigen Form dem gegenüber, wie er sich präsentiert, wenn ich seine erfolgte Manipulation (zunächst nur heuristisch) annehme. Wenn sich mit Blick auf den Hintergrund der Ereignisse politische Handlungen benennen lassen, die im Falle einer

Manipulation des Diskurses auf eine solche Weise umbewertet erscheinen, dass die Umbewertung plausibel als intendiert angenommen werden kann, darf ich davon ausgehen, dass es sich tatsächlich um den Versuch eines Eingriffs in den konkurrierenden Diskurs handelt.

4 Zwei Grundeinkommensvorschläge und ihr historischer Kontext: Ein Überblick

Als Dennis und Mabel Milner 1918 ein Pamphlet mit dem Titel *Scheme for a State Bonus* veröffentlichten, geschah dies vor dem Hintergrund des abzusehenden baldigen Endes des (Ersten) Weltkrieges. Der Quäker Dennis Milner (1892-1956), von Beruf Ingenieur, und seine Frau sahen die bevorstehende Umstellung auf Friedenswirtschaft als massive Herausforderung für Staat und Gesellschaft, insbesondere in Zusammenhang mit dem ungelösten Problem der Armut weiter Bevölkerungsschichten. Als einen ersten Schritt zur Lösung des »sozialen Problems« schlugen sie in ihrer Schrift die wöchentliche Auszahlung einer »Staatsprämie« an alle Bürger¹⁶ Großbritanniens aus. Dieser *State Bonus* sollte nach Vorstellung der Milners an keine Bedingungen geknüpft werden, weder an Bedürftigkeit noch an Arbeitsleistung oder Arbeitsbereitschaft. Die Zahlung sollte nach dem Vorschlag zwar pro Haushalt ausgezahlt werden, wobei jedoch für jede Person der gleiche Betrag gezahlt werden sollte, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Familienstand – weshalb dennoch von einer »individuellen Basis« gesprochen werden kann. Entsprechend kann der *State Bonus*, wie er von den Milners vertreten wurde, als Grundeinkommen im Sinne der BIEN-Definition gelten.

Die Höhe dieses Grundeinkommens sollte, so Milner und Milner, mit der nationalen Wirtschaftsleistung variieren – eine Verknüpfung, die durch die Art der Finanzierung sichergestellt werden sollte: Auf alle Einkommen sollte eine Steuer in Höhe von 20%

¹⁶ Die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Sprache ist nicht möglich, wie ich schon in der Einleitung in Fußnote 1 klargestellt habe. Formulierungen aus einer Zeit, in der geschlechtergerechte Sprache kein Thema war, allgemein mit »Unterstrich-Formulierungen« zu übersetzen, wäre ahistorisch. Deshalb rücke ich beim Übersetzen und Paraphrasieren der historischen Primärquellen von meinem sonst verwendeten weitgehend geschlechtsneutralen Formulierungsstandard ab – auch wenn wie in diesem Fall Frauen wie Männer gemeint waren.

erhoben werden; die so generierten Einnahmen sollten dann in Form des State Bonus zu gleichen Teilen unter allen Bürger_innen verteilt werden.

Im Mittelpunkt des Pamphlets steht klar der Grundeinkommensvorschlag. Die Autor_innen betonen, dass der State Bonus nicht mehr als ein erster Schritt sein könne und dass weitere Reformen notwendig seien; doch sie verknüpfen die Idee ausschließlich mit ihrem Finanzierungskonzept, nicht mit der Forderung nach bestimmten anderen Maßnahmen, die über die Einführung der 20-prozentigen Flat-Tax hinausgingen.¹⁷

Die *State Bonus League*, die Dennis Milner im Sommer 1918 mit gründete, um Kampagnenarbeit für seine Idee zu betreiben, hatte den gleichen thematischen Zuschnitt auf einen Programmpunkt. Das erste Publikum, vor dem die Liga für den State Bonus warb, war die Religiöse Gesellschaft der Freunde, der Dennis Milner angehörte. Die Mitglieder der State Bonus League hatten jedoch Verbindungen zu unterschiedlichen Bereichen des politischen Spektrums. Sie versuchten verschiedenste Zielgruppen zu erreichen, und fanden Zustimmung bei Personen aus unterschiedlichen Kreisen – nicht nur bei Quäker_innen, sondern auch bei Gildensozialist_innen, in Kreisen der Liberalen Partei und in den Reihen der Labour Party.

Etwa zur gleichen Zeit, in der sich die Bewegung für einen State Bonus formierte, schufen Major Clifford Hugh Douglas und Alfred Richard Orage die Grundlage einer anderen sozialen Bewegung, der *Social Credit*-Bewegung (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 1). Douglas war wie Milner von Beruf Ingenieur. Nach Douglas' eigener Darstellung gaben ihm seine Erfahrungen mit Finanzierungsschwierigkeiten verschiedener Projekte, an denen er beteiligt war, Anlass zu seinen Untersuchungen zur Funktionsweise des Finanzsystems, aus denen seine ökonomische Theorie hervorging (vgl. ebd.: 11f). Orage, Mitglied der *Independent Labour Party* (s.u.), hatte den auf Arthur Penty zurückgehenden *Gildensozialismus* für sich entdeckt und trug als Herausgeber der Wochenzeitschrift *The New Age*, die er 1907 kaufte, wesentlich zu dessen Verbreitung und Weiterentwicklung bei. So knüpfte der Gildentheoretiker S. G. Hobson zwischen 1912 und 1914 in einer Reihe von *New Age*-Artikeln an die Theorie von Penty an, der eine Rückkehr zur »organischen« Gesellschaft des Mittelalters mit einer tragenden Rolle von Handwerksgilden ins Auge gefasst hatte. Hobson verwarf Pentys Romantisierung des Mittelalters: Nicht der Industrialismus, sondern der

¹⁷ Auch in Bezug auf sonstige steuerpolitische Fragen legten sich die Milners nicht fest. Sie schlugen die Flat-Tax als eine zusätzliche Steuer vor, die mit anderen Steuern kombiniert werden könne, nicht als Basis einer radikalen Reform des gesamten Steuersystems.

Kapitalismus stehe der menschlichen Erfüllung im Wege. Das System der Lohnarbeit solle überwunden werden, indem die Gewerkschaften in Kooperation mit dem Staat die Kontrolle über die Industrie übernehmen und so zu nationalen Industriegilden würden (vgl. Foote 1985: 105f).

Als Orage Douglas kennen lernte, erschienen ihm dessen Überlegungen für seine eigene Suche nach einer ökonomischen und monetären Theorie, die seine gildensozialistischen Ideen stützen könnte, relevant, so dass er Douglas, der selbst keinen gildensozialistischen Hintergrund hatte, einlud, im *New Age* zu publizieren. In der Entstehung der zwischen 1918 und 1924 unter Douglas' Namen in der Zeitschrift veröffentlichten Artikel habe Orage, wie Van Trier (2006: 200) betont, nicht nur eine »instrumentelle« Rolle gespielt, indem er sein Medium zur Verfügung gestellt und Douglas' Schreibstil verbessert habe. Durch das Hinzufügen von Beispielen, Bildern, Sprachfiguren und Analogien habe Orage fundamental zur Konstruktion und Rezeption von Douglas' Diskurs beigetragen (vgl. ebd.: 214f, 224). In Bezug auf die unter Douglas' Namen veröffentlichte Artikelserie *Economic democracy* bestätigte Orage später seine eigene Rolle als Ko-Autor (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 30); es liegt nahe, dass dieses auf weitaus mehr Texte zutrifft.

In den *Douglas / New Age-Texten*, wie Hutchinson und Burkitt das gemeinsame Werk von Douglas und Orage bezeichnen, werden ein zur neoklassischen Orthodoxie alternativer ökonomischer Theorieansatz entwickelt und darauf aufbauend Empfehlungen zur Reform des Finanzsystems formuliert. Kern der Theorie ist dabei das sogenannte *A+B-Theorem*, nach dem die Zahlungen eines Unternehmens in zwei Kategorien zerfallen: *A* steht für Zahlungen an Individuen in Form von Löhnen, Gehältern und Dividenden, *B* für Zahlungen an andere Organisationen für Rohmaterial und »Zwischenprodukte«, unter die Douglas auch Fabrikanlagen und Maschinen fasst (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 43, 45). Da die Kaufkraft der Individuen auf den *A*-Zahlungen beruhe, aber auch die *B*-Zahlungen in die Preise der Endprodukte einfließen, müsse zusätzliche Kaufkraft geschaffen werden: »[S]ince A will not purchase A + B, a proportion of the product at least equivalent to B must be distributed by a form of purchasing power which is not comprised in the descriptions grouped under A.« (Douglas 1920a: 21f) Diese Lücke an Kaufkraft werde durch Kredite geschlossen, in Form von Darlehen, Überziehungskrediten und Exportkrediten.¹⁸

¹⁸ Entgegen der verkürzten Darstellung bei Vanderborght und Van Parijs (2005: 26) ging es Douglas also nicht um die Gefahr einer Überproduktion. Kaufkraft ist in Douglas' Sicht genug vorhanden; das Problem liege in den Auswirkungen der finanziellen Mechanismen

Genau hierin sieht Douglas einen Zwang zu einem Wirtschaftswachstum begründet, das nicht den Bedürfnissen der Menschen entspreche. Während Douglas (1920c: 21) das Potenzial zur Herstellung von Gütern, die von der Gemeinschaft benötigt werden, als »realen Kredit« definiert, werde den Kapitalisten von den Finanziers »finanzieller Kredit« gegeben, der einen Anspruch auf zukünftige Produktion darstelle. Daraus folgten Investitionen in Maschinen und Rohmaterial für die Produktion dessen, was die »industrielle Maschine« erfordere, nicht dessen, was die Gemeinschaft benötige.

Nach Douglas' Überzeugung muss eine gesellschaftliche Kontrolle des Finanzwesens für Abhilfe sorgen. Dazu gehöre eine staatliche Regulierung der Preise. Diese sollten an das Verhältnis zwischen dem Kreditwert der Kapitalproduktion und dessen Verringerung durch Konsum geknüpft werden. Die Unternehmen sollten also ihre Produkte zu Preisen verkaufen, die die ihnen entstandenen Kosten nicht decken, und als Ausgleich »finanziellen Kredit« vom Staat erhalten. Der Staat solle »Kaufkraft verleihen, nicht entleihen« (vgl. ebd.: 36). Die Banken sollen als Treuhänder der Gemeinschaft agieren und in gesellschaftliche Kontrolle überführt werden. Dabei schwebt Douglas keine gewöhnliche Verstaatlichung vor, sondern Banken, deren Anteilseigner die Mitglieder der Gesellschaft sind. Diese sollten die Aktivitäten der Banken demokratisch mitbestimmen und Dividenden erhalten, wie Douglas im *Draft Mining Scheme* darlegt, einem ausgearbeiteten Vorschlag, wie konkrete Schritte zur Umsetzung seiner Prinzipien in der Bergbaubranche gestaltet werden könnten (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 72). Perspektivisch sollten alle Mitglieder der Gesamtgesellschaft Bankanteile halten und Dividenden beziehen – ein Empfänger von Dividenden gilt für Douglas (1920c: 5) als »prototype of the New Citizen«.

Die Vision »universeller Dividenden« taucht zum einen im Kontext des Vorschlags branchenspezifischer Banken unter Beteiligung der in der Branche Arbeitenden auf, zum anderen im Zusammenhang mit der Diskussion von Staatsschulden und der Forderung, der Staat solle »verleihen, nicht entleihen«. Aus den Zinsen, die er mit seinen Darlehen erwirtschaftete, solle der Staat eine »Nationaldividende« an alle Bürger zahlen – garantiert und unabhängig von ihrer Arbeitsleistung (vgl. Douglas 1919: 208; Hutchinson / Burkitt 1997: 57).

Dass dieser Vorschlag so gemeint ist, dass er sich unter der BIEN-Definition eines Grundeinkommens subsumieren lässt, wird durch Douglas' wiederholte Betonung verdeutlicht, dass Individuen die Zahlung als Individuen erhalten sollen. Es gebe ein

(vgl. auch Hutchinson / Burkitt 1997: 48).

gesellschaftliches Erbe, auf das jeder Einzelne einen Anspruch habe. Im konkreten Produktionsprozess entstehe nicht durch Arbeitseinsatz allein Wert; die Zusammenarbeit von Menschen bringe als solche immer einen Wertzuwachs, der »unverdient« sei (»unearned increment«), und von dem alle profitieren sollten. Dieser Wertzuwachs wachse im Zuge des technologischen Fortschritts. Im Sinne des A+B-Theorems wird der Anteil der an Individuen erfolgenden A-Zahlungen an den gesamten Kosten A+B immer geringer. Folgerichtig ist es unabdingbar, Kaufkraft zunehmend über Dividenden zu verteilen, und nur einen kleinen, immer weiter abnehmenden Anteil über Löhne und Gehälter (vgl. Douglas 1920c: 36; Hutchinson / Burkitt 1997: 55).

Wenngleich die bedingungslose Zahlung von Dividenden als Grundeinkommen – im Unterschied zum State Bonus bei den Milners – in Douglas' Diskurs nicht allein im Zentrum steht, ist die Forderung also dennoch ein sehr zentrales Element in Douglas' Programmatik. Douglas (1920c: 36) selbst sieht in seinen Ausführungen zum unverdienten Wertzuwachs »a fundamental proposition«; für Finlay (1972: 197) ist die Idee, dass eine Grundbezahlung nicht von Knappheit und Mühe, sondern vom Staatsbürgerstatus abhängen solle, gar »the root idea of Douglasism«.

In ihren Bemühungen, für die Idee einer Nationaldividende und ihre anderen Vorschläge Gehör zu finden, sahen sich Douglas und Orage allerdings nicht als Initiatoren einer politischen Bewegung, sondern vielmehr als Berater (Hutchinson / Burkitt 1997: 134). Nach Douglas' Selbstverständnis verlangte sein »technisches« Schema die Umsetzung durch jede Partei. Aus »taktischen Gründen«, so Finlay (1972: 191), sei Douglas erst auf das Ministerium für Wiederaufbau, dann auf die Labour Party zugegangen.

Die Labour Party war am 27. Februar 1900 als *Labour Representation Committee* (LRC) durch verschiedene Organisationen gegründet worden. Erklärtes Ziel war die Repräsentation der Arbeiterschaft im Parlament. Die Initiative zur Gründung des Komitees war vom *Trades Union Congress* ausgegangen; die unter diesem Dach zusammengeschlossenen Gewerkschaften stellten dann auch die wichtigste Gruppe innerhalb des LRC, das sich 1906 in *Labour Party* umbenannte (vgl. Thorpe 1997: 5; Pelling / Reid 1996: 1). Hintergrund waren Sorgen der Gewerkschaften um ihre gesetzliche Stellung. Nach Thorpes Darstellung wollten diese in erster Linie gleichberechtigt mit den Arbeitgebern verhandeln können; sie hätten im Großen und Ganzen keine massiven gesellschaftlichen Veränderungen gewollt (vgl. Thorpe 1997: 5, 7). Neben den Gewerkschaften waren an der Gründung des LRC verschiedene sich als

sozialistisch verstehende Vereinigungen beteiligt – eine Beteiligung, die nach Thorpes (1997: 9) Einschätzung nicht entscheidend, aber hilfreich war. »Sozialismus« hatte in den 1880-er und 1890er Jahren in Reaktion auf zunehmende Wahrnehmung wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der Empfindung des Marktes als willkürlich an Popularität gewonnen (vgl. ebd.: 11). Die Vorstellungen, was »Sozialismus« bedeuten sollte, waren aber in den beteiligten Organisationen unterschiedlich ausgeprägt. So war etwa die *Independent Labour Party* (ILP) von einer radikal-liberalen Tradition beeinflusst, während die *Social Democratic Federation* (SDF) und die *Fabian Society*, von Pelling und Reid beide unter der Kategorie »Staatssozialisten« subsumiert, sich stärker vom Liberalismus abgrenzten und sich in ihren Analysen auf Karl Marx bezogen. Doch auch zwischen diesen beiden einflussreichsten »staatssozialistischen« Organisationen gab es große Unterschiede. Während die SDF eindeutiger als marxistische Gruppierung gelten konnte, verfolgte die Fabian Society einen reformistischen Ansatz und war stark mit praktischen Fragen befasst. Ihre Priorität war eine Änderung der zentralen Regierungspolitik, mit Staatsinterventionen in Bereichen wie Löhnen und Arbeitszeiten, sowie öffentlichem Eigentum an Industrieunternehmen (vgl. Pelling / Reid 1996: 2-4; Thorpe 1997: 9f).

Diese Politiken wurden durch den Ersten Weltkrieg realistischer, der der jungen Labour Party in verschiedener Hinsicht zugute kam. Die vom Kriegskabinett unter David Lloyd George betriebenen Staatsinterventionen in die Wirtschaft ließen kollektivistische Politiken als praktikabel erscheinen (vgl. Thorpe 1997: 42). Zudem bedeutete die Beteiligung Arthur Hendersons als Labour-Vertreter im Kriegskabinett für die Partei praktische Regierungserfahrungen. Die Labour Party profitierte auch vom massiven Anstieg des gewerkschaftlichen Organisationsgrades während des Krieges, als die Wirtschaft auf Hochtouren lief und die Arbeitgeber Gewerkschaftsmitgliedschaft stärker zu tolerieren bereit waren (vgl. ebd.: 38f).

So konnte die Partei bei den Unterhauswahlen 1918 ihre Sitzanzahl von 42 auf 57 vergrößern. Seit der Wahl im Jahr 1900, in der die ersten beiden Labour-Abgeordneten gewählt wurden, hatte sich Labours Sitzanzahl bei jeder Wahl erhöht – diese Entwicklung setzte sich bis 1923 fort, als Labour 191 Sitze gewann und Ramsay MacDonald erster Labour-Premierminister an der Spitze einer von den Liberalen tolerierten Minderheitsregierung wurde (vgl. Pelling / Reid 1996: 200; Thorpe 1997: 57f).

Milner und Douglas trafen also auf eine Partei, die sich im Aufwind befand, ohne dabei jedoch eine einheitliche Ideologie zu verfolgen. Obgleich die Gewerkschaften ein größeres Gewicht in der organisatorischen Struktur hatten, hatte der staatssozialistische Ansatz der Fabian Society – vor allem dank Sidney Webb, deren einflussreichster Figur – die programmatische Ausrichtung der Partei wesentlich geprägt. Diese Ausrichtung war jedoch keineswegs unangefochten (vgl. Thorpe 1997: 45f).

Milners Vorschläge stießen besonders in den Reihen der Labour Party zunehmend auf positive Resonanz, was in der State Bonus League Anlass zu Optimismus gab (vgl. Van Trier 1991: 72). Als der alljährliche Labour-Parteitag (*Annual Conference*) 1919 in Southport stattfand, wurde eine Resolution des *Chesterfield Trades Council* angenommen, die eine Untersuchung des *State Bonus Scheme* empfahl (vgl. Labour Party 1919b: 174; Finlay 1972: 196). In der Folge konzentrierte sich Dennis Milner auf die Bemühungen, den State Bonus in der Labour Party mehrheitsfähig zu machen. Obgleich er eigentlich die Haltung vertrat, seine Idee stehe über den Parteigrenzen, war er selbst in die Partei eingetreten – ohne dass er fest in deren Strukturen integriert gewesen wäre. Auf dem Parteitag 1920 in Scarborough stellte er als Delegierter der *Hendon Labour Party* mit der Unterstützung von 14 Mitgliedsorganisationen einen Antrag, mit Bezug auf die im Vorjahr verabschiedete Resolution das State-Bonus-Modell in das Parteiprogramm aufzunehmen. Auf Antrag eines anderen Delegierten beschloss die Konferenz, das Thema an das *National Executive Committee (NEC)* der Partei zu verweisen (vgl. Labour Party 1920a: 185f; Labour Party 1920b: 24). Dieses legte im folgenden Jahr seinen Bericht zu dem Thema vor, in dem es den Vorschlag des State Bonus ablehnte. Ungeachtet der Tatsache, dass auf der 1921 in Brighton abgehaltenen Parteikonferenz erneut drei Anträge gestellt wurden, die Milners Idee unterstützten, stellte die Ablehnung durch das National Executive für die State Bonus League einen schweren Schlag dar, von dem sie sich nicht wieder erholte: »Since then the State Bonus League has languished from lack of support.« (Paul Douglas 1924: 121)

Während Dennis Milner die Auseinandersetzungen um den State Bonus in der politischen Arena selbst aktiv vorantrieb, unter anderem in der Funktion eines Parteitagsdelegierten, hatte C. H. Douglas, wie Finlay (1972: 191) schreibt, eine »Abneigung gegen Politik«. Gemeint ist politisches Engagement in einem eng verstandenen Sinn. So nahm Douglas in dem Netzwerk von Gruppierungen, das ab den 1920-er Jahren für die Verbreitung seiner Ideen arbeitete, nie eine aktive Rolle ein. Diese politische Bewegung, die wesentlich dazu beitrug, dass sich zur Beschreibung der

»Douglas / New Age-Texte« der erstmals im *Draft Mining Scheme* verwendete Begriff »Social Credit« durchsetzte, bezog sich explizit auf Douglas, während sie von diesem umgekehrt keine offizielle Unterstützung erhielt (vgl. Hutchinson / Burkitt 133, 139). Entsprechend trat Douglas nach seinem Selbstverständnis nicht in der Rolle eines Aktivisten, sondern in der Rolle eines Beraters auf, als er 1920 vor einem Gremium des *Scottish Labour Advisory Committee* seine Vorschläge präsentierte, wo diese positiv aufgenommen wurden. Die *Mining Federation of Great Britain* forderte daraufhin von der Labour Party eine Prüfung des Draft Mining Scheme, wofür die Partei ein Komitee ernannte. Im Mai 1921 ludt dieses *Labour Party Committee of Inquiry into the Douglas-New Age Scheme* Douglas und Orage zu einer seiner Sitzungen ein, die für die darauf folgende Woche angesetzt war. Douglas und Orage lehnten die Einladung ab, weil sie zu kurzfristig sei und nicht klar genug definiere, worüber sie dem Komitee Auskunft geben sollten (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 95f).

Währenddessen nahm das Interesse an Social Credit in den Reihen der Labour Party zu. In der Zeitschrift der ILP war zu lesen, dass kein anderes Thema mehr Leserbriefe bringe (vgl. Finlay 1972: 192). Auf dem Brighton-Parteitag im Juni 1921 wurde ein Antrag zur Untersuchung von Douglas' Vorschlägen gestellt. Sidney Webb verwies daraufhin auf die Arbeit des bereits bestehenden Komitees, das das volle Vertrauen des National Executive genieße, und sprach sich gegen die Verabschiedung der Resolution aus, die eine Festlegung impliziere. Statt des Antrags, der »the fullest and most sympathetic consideration« forderte, beschloss die Konferenz daraufhin, das Komitee solle dem nächsten Parteitag berichten (vgl. Labour Party 1921: 212f). In dem 1922 erschienenen Bericht des Komitees lehnte dieses Douglas' Vorschläge entschieden ab (Labour Party 1922). Douglas und Orage verfassten darauf einen Kommentar, in dem sie nicht nur den Inhalt, sondern auch das Zustandekommen des Berichts kritisierten (Douglas 1922a, vgl. auch Hutchinson / Burkitt 98f). In seiner »Abneigung gegenüber Politik« sah sich Douglas im Effekt bestätigt (vgl. Finlay 1972: 191).

5 State Bonus und Social Credit: Diskursanalyse

5.1 Materialauswahl

Es ist nie möglich, Diskurse im Sinne des weit gefassten Verständnisses von Laclau und Mouffe in ihrer Gesamtheit einer Analyse zu unterziehen. Ein Diskurs ist zunächst ein abstraktes Konstrukt, eine Kategorie, anhand derer sich gesellschaftliche Praxis denken lässt, und kein klar abgrenzbares Analyseobjekt. Da sich Diskurse nicht abschließen lassen, muss die Auswahl des zu analysierenden Materials notwendigerweise pragmatisch begründet sein (vgl. Nonhoff 2006: 251f). Als Analysierender muss ich Entscheidungen über den Grad der Kontextualisierung und über die Grenzen meines Projekts treffen (vgl. Howarth 2005: 337) – Entscheidungen, die sich darauf auswirken, welche Befunde ich generiere, und die umgekehrt selbst auf »Vorab-Wissen über den Diskurs« basieren. Letzteres könnte mich wieder dem Vorwurf aussetzen, Zirkelschlüsse zu produzieren, ist aber unvermeidlich (vgl. Nonhoff 2006: 252). Umso wichtiger ist es, dass ich das Material, das ich den durchzuführenden Diskursanalysen zugrunde lege, sorgfältig auswähle und meine Kriterien für diese Auswahl offen lege.

Diese Kriterien ergeben sich aus meinen Erörterungen in Kapitel 3. Demnach brauche ich für den ersten großen Abschnitt meiner Analyse Texte der unterschiedlichen Subjekte, die als so repräsentativ gelten können, dass sie eine allgemeine »Kartografie« der von den jeweiligen Subjekten im Zuge ihrer hegemonialen Projekte in der Öffentlichkeit vertretenen Diskurse erlauben. Eine solche »Kartografie« im Sinne einer statischen Darstellung eines Diskurses ist dabei als heuristisch zu verstehen. Diskurse sind immer in Bewegung; in der Praxis wird vielfach an einzelnen Verknüpfungen gearbeitet, so dass diskursive Formationen nach und nach entstehen bzw. sich schrittweise verändern. Es gibt jedoch einzelne Texte, in denen eine umfangreiche diskursive Formation *angeboten* wird. Um Missverständnissen vorzubeugen, soll an dieser Stelle nochmals betont werden, dass dieses nicht mit der effektiven Etablierung des gewünschten Diskurses zu verwechseln ist. Für Letztere ist die Annahme der angebotenen Subjektpositionen erforderlich, was wiederum ein schrittweiser Prozess ist. Wann kann also das *Angebot* einer diskursiven Formation sinnvoll heuristisch als ein Diskurs begriffen werden, den ein Subjekt im Zuge seines hegemonialen Projekts allgemein vertritt? Zum einen muss der Beitrag selbstverständlich im Zusammenhang der von mir vorläufig als »hegemoniales Projekt« charakterisierten artikulatorischen Praxen stehen. Zum anderen müssen die Grundzüge

der angebotenen Verknüpfungen im Zuge dieses »hegemonialen Projekts« immer wieder eine Rolle spielen – anderenfalls hätte das untersuchte Dokument den Status eines situationsbedingten Diskursbeitrags, der nicht den allgemeinen Diskurs des betreffenden Subjekts darstellt.

Aus Dennis Milners Sicht stellte seine Idee des State Bonus keine wirklich »politische Angelegenheit« dar – der Vorschlag stehe über den Parteigrenzen (vgl. Van Trier 1991: 134). Mit der State Bonus League betrieb er jedoch klar politische Arbeit, die auf die Organisation öffentlicher Meinung zielte (vgl. Van Trier 1991: 109f). Mit dieser Arbeit muss das von mir zu untersuchende Dokument im Zusammenhang stehen. Van Trier (1991: 108) gibt den Hinweis, dass die Texte *Scheme for a State Bonus* (Milner / Milner 2004 [1918]), *Higher production by a bonus on national output* (Dennis Milner 1920) und *A reasonable revolution* von Bertram Pickard (1919) einen recht vollständigen Überblick über die von der State Bonus League vertretenen Argumente böten. Das Buch von Pickard, einem Mitgründer der State Bonus League, ist für mein Vorhaben nicht geeignet, weil es in meiner Untersuchung explizit um Diskursbeiträge der Initiator_innen und prominentesten Mitglieder dieser Vereinigung, des Ehepaars Milner, gehen soll. *Scheme for a State Bonus* stellt ein programmatisches Pamphlet dar. Da sich außer diesem Pamphlet und Dennis Milners Buch *Higher production* keine weiteren allgemeinen Darlegungen der Idee des State Bonus von Seiten der Milners finden, erscheint es gerechtfertigt, davon auszugehen, dass die State Bonus League weitgehend die Inhalte des Pamphlets vertrat, insofern diese nicht in *Higher production* revidiert wurden. Wie in Kapitel 3.4 dargelegt, will ich im ersten Analyseabschnitt umfassende, gründliche Detailanalysen der Texte vornehmen. Damit ich diesem Anspruch gerecht werden kann, muss ich relativ kurze Texte zugrunde legen, weshalb ich zunächst *Scheme for a State Bonus* einer Detailanalyse unterziehen, und anschließend *Higher production* für einen kurzen Abgleich wichtiger Elemente hinzuziehen werde.

Mit Major Douglas' hegemonialem Projekt verhält es sich in mancher Hinsicht ähnlich wie mit dem der Milners. Douglas verstand sich nicht als politische Figur; vielmehr glaubte er, »technische Informationen« zu haben, die akzeptiert werden müssten (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 13). Im Sinne der theoretischen Grundlagen meiner Arbeit muss die aktive Überzeugungsarbeit, die er mit seinen Artikeln im *New Age* und bei vielen Vorträgen leistete, und in der er konkurrierende Diskurse mitunter hart angriff, jedoch klar als politisch verstanden werden. Bei diesem Engagement ging

es, wie im vorherigen Kapitel dargelegt, keineswegs nur um das Grundeinkommen in Form einer »Nationaldividende«. Douglas wollte die Menschen von seiner ökonomischen Theorie überzeugen, an die er fest glaubte – und im Zusammenhang damit von seinen Vorschlägen zur finanziellen Reform, die die Zahlung einer Nationaldividende umfassten. Ich muss folglich Textmaterial analysieren, in dem Douglas nicht nur die Idee universeller Dividenden, sondern auch den weiteren theoretischen Ansatz vorstellt, aus dem sich diese ergibt. Die Nationaldividende selbst muss angesichts meiner Fragestellung selbstverständlich in dem Text eine Rolle spielen, sodass ich ihre diskursive Einbindung untersuchen kann.

Für die Beschreibung der zwischen 1918 und 1924 unter Douglas' Namen¹⁹ im *New Age* veröffentlichten Texte setzte sich im Laufe der 1920-er Jahre der erstmals im *Draft Mining Scheme* verwendete Begriff »Social Credit« durch (vgl. Hutchinson / Burkitt 1997: 133). Diese Texte waren zentraler Bezugspunkt für die entstehende Social Credit-Bewegung ebenso wie für deren Gegner_innen. Dabei handelt es sich größtenteils um Artikelserien, die zum Teil, wie im Fall von *Economic democracy* (1919), später in Buchform veröffentlicht wurden. Die Texte entwickeln unterschiedliche Themen, wobei sich Argumentationsmuster teilweise wiederholen. Es gibt dabei keinen allgemeinen Text, der die Grundlagen von Douglas' Theorie und Vorschlägen zusammenfassend darstellt, und dem damit möglicherweise eine ähnliche Stellung wie dem Pamphlet *Scheme for a State Bonus* der Milners zukommen könnte. Die Idee der Nationaldividende kommt in drei Artikelserien vor: *Economic democracy* (1919), *These present discontents* (1920c) und *The mechanism of consumer control* (1920b).

Die zwölfteilige Artikelserie *Economic democracy* kann aufgrund ihrer Buchlänge nicht Grundlage der Detailanalyse sein – hier gilt dasselbe Argument wie bei der Auswahl der Milner-Texte. Die jeweils dreiteiligen Artikelserien *These present discontents* und *The mechanism of consumer control* scheinen – obgleich sie unterschiedliche Schwerpunkte setzen – beide einen Überblick über zentrale Elemente der Theorie und der politischen Forderungen von Douglas zu bieten. Vor diesem Hintergrund werde ich zunächst *These present discontents*, den früher erschienenen der beiden Artikel, einer Detailanalyse unterziehen und anschließend für eventuelle

¹⁹ Dass Orage an der Entstehung und Gestaltung der Texte offenbar nicht unwesentlich beteiligt war, habe ich in Kapitel 4 deutlich gemacht. Weil die Texte unter Douglas' alleinigem Namen veröffentlicht wurden und somit Douglas in den betreffenden Diskursen als artikulierendes Subjekt in Erscheinung trat, beziehe ich mich auf Douglas als Autor. Analog zu den Überlegungen über das Autor_innenduo Milner (vgl. Kapitel 2, Fußnote 14) betrachte ich Fragen nach der Rolle der individuellen Beteiligung der einzelnen Personen an gemeinsam verfassten Werken nicht als Teil meines Untersuchungsinteresses.

Ergänzungen und Differenzierungen auf *The mechanism of consumer control* zurückgreifen.

Die Geschichte der frühen Jahre der Labour Party, die ich in einigen wichtigen Aspekten im vorangegangenen Kapitel skizziert habe, könnte Anlass geben, statt von einem hegemonialen Projekt der Labour Party von verschiedenen hegemonialen Projekten zu sprechen, die von den gründenden Organisationen verfolgt wurden. Die Partei trat aber auch als solche im politischen Terrain auf, konkurrierte mit den anderen Parteien um politische Macht und vertrat dabei bestimmte Inhalte. Insofern kann ich von einem hegemonialen Projekt des Gruppensubjekts »Labour Party« sprechen, für dessen Analyse ich Dokumente zugrunde legen muss, in denen die Partei als solche als artikulierendes Subjekt diskursiv in Erscheinung tritt. Ob sich alle Mitglieder der Partei²⁰ mit dem entsprechenden Diskurs identifizieren, ist hierfür unerheblich – ein Gruppensubjekt ist nicht als Summe seiner Mitglieder zu verstehen, sondern als Gruppe bzw. Organisation, die im Diskurs als solche erscheint.

Ein allgemeines Dokument, wie ich es für meine Detailanalyse im ersten Analyseabschnitt brauche, sollte nicht nur eine Positionierung zu einem bestimmten Thema sein, sondern sich auf alle Politikfelder beziehen, die für die Labour Party im betreffenden Zeitraum eine hohe Priorität hatten. Hierfür kommen im Prinzip Wahlmanifeste und Parteiprogramme in Betracht. Dass Wahlmanifeste jeweils auf eine bestimmte Wahl zugeschnitten sind, das hegemoniale Projekt der Labour Party aber länger andauerte, spricht für die Verwendung einer allgemeinen Programmschrift, die länger als Bezugspunkt diente. Es existierte zunächst kein solches Parteiprogramm, bis vom Parteitag im Juni 1918 das Programm mit dem Titel *Labour and the new social order* verabschiedet wurde (Labour Party 1919a [1918], vgl. Thorpe 1997: 13, 45). Dieses Programm werde ich als Grundlage meiner Detailanalyse verwenden, denn es war in dem mich interessierenden Zeitraum aktuell und stellte zugleich eine längerfristig angelegte wichtige Grundlage für die Parteiarbeit dar. Nach der ebenfalls 1918 beschlossenen Satzung (*constitution*) der Labour Party war das vom obersten Parteigremium, der *Annual Conference*, verabschiedete Programm die Grundlage, auf der das von der Konferenz gewählte *National Executive Committee (NEC)* zusammen mit der Gruppe der Labour-Parlamentsabgeordneten vor jeder Unterhauswahl

²⁰ Unter »Mitglieder der Labour Party« subsumiere ich aus Gründen der Einfachheit sowohl die Mitglieder der in der Labour Party zusammengeschlossenen Gewerkschaften und »Socialist Societies«, als auch die nach der Satzung von 1918 in »Constituency Labour Parties« organisierten individuellen Parteimitglieder (vgl. Thorpe 1997: 44).

bestimmte Themen zur Veröffentlichung im Wahlmanifest auswählte (vgl. Labour Party 1919b: 177f; Kavanagh 2000: 2).

Entworfen von Sidney Webb (vgl. Thorpe 1997: 45) und »based on Fabian philosophy« (Hutchinson / Burkitt 1997: 95) spiegelte *Labour and the new social order* nicht die Positionen aller Parteimitglieder wieder; wohl aber Positionen, die in dem mich interessierenden Zeitraum dominant waren und mit denen das Subjekt »Labour Party« diskursiv in Erscheinung trat.

Im zweiten großen Abschnitt meiner Analysen sollen Texte unter die Lupe genommen werden, die im Zusammenhang mit Interaktionen zwischen den Subjekten »Dennis und Mabel Milner«, »Major C. H. Douglas« und »Labour Party« stehen. Die Materiallage ist diesbezüglich sehr überschaubar. Es gibt einen Text der Milners, in dem sie explizit auf das Programm der Labour Party Bezug nehmen und argumentieren, dass es durch ihren eigenen Vorschlag in sinnvoller Weise ergänzt wird: *Labour and a Minimum Income for all* (1920). Umgekehrt nahm die *Annual Conference* als oberstes Entscheidungsgremium der Labour Party auf Dennis Milner Bezug, als sie 1919 die Untersuchung des State Bonus Scheme beschloss und die Angelegenheit 1920 an das National Executive verwies (vgl. Labour Party 1919b: 174; Labour Party 1920a: 185f). Diese jeweils in einem Satz protokollierten Beschlüsse sind keine hinreichende Grundlage für eine aussagekräftige Diskursanalyse. Anders verhält es sich mit dem im Protokoll des Brighton-Parteitags 1921 veröffentlichten, drei Seiten umfassenden Bericht (*memorandum*) zum Thema State Bonus (Labour Party 1921: 60-62). Der vom *Advisory Committee on Trade Policy and Finance* verfasste Bericht wurde vom NEC explizit gebilligt (vgl. ebd.: 60). Es handelt sich also nicht um einen Beschluss des obersten Parteigremiums, doch das National Executive ist laut Satzung »responsible for the conduct of the general work of the party« (Labour Party 1919b: 178) und tritt somit im Namen der Partei in Erscheinung. Das »Memorandum« lässt sich insofern zusammen mit *Labour and a Minimum Income for all* für die Analyse der Interaktion zwischen den Subjekten »Milner / Milner« und »Labour Party« verwenden.

Der Bericht des *Committee on the Douglas-»New Age« Credit Scheme* wurde ebenfalls offiziell vom National Executive, das das Komitee ernannt hatte, angenommen. Er kann somit als die offiziellste ausführliche Positionierung der Labour Party in Bezug auf Douglas' Ideen gelten. Wie schon in Kapitel 4 erwähnt, verfassten Douglas und Orage eine direkte Antwort – auch hier werde ich mich, ähnlich wie Hutchinson und Burkitt (1997: 98f), auf Douglas als artikulierendes Subjekt beziehen,

denn er trat allein als Autor in Erscheinung. Diese beiden ähnlich betitelten Dokumente, der Labour-Bericht *Labour and Social Credit* (Labour Party 1922) und Douglas' Erwiderung *The Labour Party and Social Credit* (Douglas 1922a), die noch im selben Jahr zusammen mit einem Nachdruck der Artikelserie *These present discontents* veröffentlicht wurde (Douglas 1922b), bieten damit eine gute Grundlage für die Analyse der Interaktion zwischen der Labour Party und Douglas.

Inwiefern sich die Milners und Douglas wechselseitig beeinflussten, ist eine spekulative Frage (vgl. Van Trier 1991: 135f). Dokumente, in denen sie aufeinander Bezug nehmen, scheinen nicht zu existieren, weshalb keine direkte Interaktion zwischen ihnen analysiert werden kann.

5.2 Diskursive Ausgangslage

Die angekündigten Analysen der entsprechend meiner Überlegungen im vorangegangenen Unterkapitel ausgewählten Texte können nun erfolgen. Ich gehe anhand der Schritte vor, die ich in Kapitel 3.4 skizziert habe, und die in ihren Grundzügen an Martin Nonhoffs (2006: 267-288) Vorgehen angelehnt sind. Wie Nonhoff beginne ich jeweils mit einer knappen Übersicht über den Inhalt des jeweiligen Textes. In das folgende Unterkapitel, dessen Gegenstand die erste Detailanalyse ist, lasse ich einige weitere präzisierende Erläuterungen zu meinem Vorgehen einfließen.

5.2.1 E. Mabel und Dennis Milner

***Scheme for a State Bonus* (2004 [1918]): Überblick über den Inhalt des Textes.** In ihrem Pamphlet problematisieren die Autor_innen die miserablen Lebensbedingungen der unteren sozialen Klassen und deren gefährliche Auswirkungen für die Gesamtgesellschaft. Große Reformen in verschiedenen Politikfeldern seien nicht geeignet, den drängenden Problemen schnell genug wirksam zu begegnen. Milner und Milner argumentieren, dass den vielfältigen Problemen jeweils ein wirtschaftlicher Faktor zugrunde liege, dessen Beseitigung ein erster Schritt zur Veränderung des gesamten Systems sein könne. Hierzu schlagen sie die Einrichtung eines zentralen Fonds vor, der durch eine 20%-ige Steuer auf alle Einkommen gespeist werden und aus

dem jede Person regelmäßig bedingungslos einen Betrag erhalten solle, der für Nahrung, Obdach und ein Minimum an Freizeitaktivitäten reiche. Sie umreißen zu erwartende positive Auswirkungen eines solchen »State Bonus«, die außer der unmittelbaren Beseitigung der größten Armut eine erfolgreichere wirtschaftliche Entwicklung und ein friedlicheres gesellschaftliches Zusammenleben umfassten.

(Re-)Konstruktion der Äquivalenzkette P. Ganz am Anfang des Pamphlets wird dessen Zweck postuliert: Es gehe um die Lösung des »sozialen Problems«, definiert als »weit verbreitetes Elend der ärmeren Klassen«, das vor allem durch Arbeitsunzufriedenheit in Erscheinung trete und zu Streiks und Gewalt führe (vgl. Milner / Milner 2004 [1918]: 121). Somit findet sich eine Struktur, die Nonhoff (2006: 267f) als Grundmuster jedes hegemonialen Diskurses darstellt: Es werden ein *Mangel* festgestellt und eine Reihe von *Forderungen* zu dessen Behebung erhoben. Diese trage ich im Folgenden zusammen, als ersten Schritt der Identifizierung der Äquivalenzkette P. Dabei folge ich Nonhoff in seinem Verständnis des Begriffs *Forderungen*, nach dem unter diesen Begriff alle Formulierungen zu fassen sind, in denen die Notwendigkeit von etwas festgestellt sowie etwas als wünschenswert oder ideal dargestellt wird (vgl. ebd.: 261). In diesem Sinn kann eine Forderung auch negativ formuliert sein, als Aussage, dass etwas nicht geschehen oder existieren dürfe.

Die Äquivalenzrelation zwischen den unterschiedlichen Forderungen ergibt sich aus ihrem gemeinsamen Bezug auf den Mangel, zu dessen Überwindung sie beitragen sollen. Nach Laclau und Mouffe ist, wie ich in Kapitel 2 deutlich gemacht habe, die Praxis der Äquivalenzierung eine Grundlage für die Strukturierung eines Diskurses in seiner Gesamtheit; folglich wäre es nicht angebracht, bei der Suche nach Äquivalenzrelationen in einem Text den Blick auf die relativ wenigen Fälle zu verengen, in denen unmittelbar verkündet wird, x sei anders als y, gehe aber in Bezug auf a mit y Hand in Hand.²¹ Wenngleich also davon ausgegangen werden kann, dass die Autor_innen durch das Erheben unterschiedlicher Forderungen in ihrem Text zwischen diesen im Grundsatz Relationen der Äquivalenz aufstellen, bedarf es einer genaueren Prüfung dieser Relationen, um festzustellen, ob es plausibel ist, einen der so verbundenen Signifikanten als »leeren Signifikanten« zu verstehen, mit dessen Hilfe versucht wird, zwischen den Forderungen eine Beziehung *vollkommener* Äquivalenz herzustellen und so die abwesende Vollkommenheit oder »Fülle« der Gemeinschaft zu repräsentieren. Diese Funktion eines leeren Signifikanten kann nur ein Signifikant

²¹ Diese Formulierung ist an Nonhoffs Systematik der unterschiedlichen in Diskursen aufzufindenden Relationen angelehnt (vgl. Nonhoff 2006: 86-88; vgl. auch ebd.: 263-265).

einnehmen, der als *Knotenpunkt* eine Vielzahl von Signifikanten miteinander verbindet. Insofern muss seine Stellung im Diskurs *prominent* sein – ein Konzept, das Nonhoff (2006: 269) verwendet, aber nicht spezifiziert. Es liegt nahe, die Häufigkeit als ein mögliches Indiz zu betrachten. Da es um die grundlegende Strukturierung des Diskurses geht, darf jedoch der jeweilige Bezug auf die Behebung des Mangels, der den Ausgangspunkt des Diskurses bildet, insgesamt als wichtiger gelten. Signifikanten, die in diesem Zusammenhang im Text als untergeordnete Aspekte oder Nebeneffekte dargestellt werden, kommen nicht als leere Signifikanten in Frage.

Diese Kriterien sollten genügen, um durch eine Filterung der zusammengetragenen Forderungen eine Teilmenge von Signifikanten zu bestimmen, die als mögliche Knotenpunkte in Frage kommen. Diese »Knotenpunkt-Kandidaten« werde ich später, nach Identifizierung beider Äquivalenzketten, direkt daraufhin prüfen, ob sie als leere Signifikanten gelten können.

Bevor ich beginne, die gefundenen Forderungen aufzulisten, ist eine weitere Bemerkung zu meinem Umgang mit dem Textmaterial erforderlich. Da ich vorhabe, dieses so aufzubereiten, dass bestimmte Aspekte deutlich sichtbar werden, muss ich auf Komplexitätsreduktion setzen. Ich werde die gefundenen Signifikanten deshalb nicht nur ins Deutsche übersetzen und ordnen, sondern zum Teil auch zusammenfassen, weil nur so die erforderliche Übersichtlichkeit entsteht und sinnvolle Aussagen zur Struktur des Diskurses möglich werden. In *Scheme for a State Bonus* finden sich zum Beispiel die Forderung »it must benefit everyone« (Milner / Milner 2004 [1918]: 122) und die Forderung nach »a solution which affected personally each individual of the community« (ebd.). Diese beiden Formulierungen fasse ich zur nunmehr zweimal auftretenden Forderung nach »persönlichem Nutzen für jeden« zusammen. Dass ich dabei nicht bloß vorhandene Strukturierungen rekonstruiere, sondern selbst den Diskurs konstruiere, den ich den Leser_innen dieser Arbeit präsentiere, versteht sich nach allem, was ich über meine Grundannahmen gesagt habe, von selbst. Es kann vorkommen, dass ich aufgrund eigener Einschätzungen über die Zusammengehörigkeit und relative Wichtigkeit bestimmter Signifikanten Zusammenfassungen vornehme und zu deren Bezeichnung Begriffe wähle, die sich nicht wörtlich im Text finden und die möglicherweise nicht im Sinne der Autor_innen gewesen wären. Da es mir in erster Linie jedoch um die tatsächlich von den Autor_innen verwendeten Begriffe geht, muss ich mich im Sinne meines eigenen Anspruchs vorsehen, mich nicht zu weit von den Originaltexten zu entfernen – eine Gratwanderung, um die ich nicht herumkomme. Von

Bedeutung sind mögliche zu große Abweichungen vor allem im Fall von Signifikanten, die eine zentrale Rolle etwa als leerer Signifikant spielen – hierbei ist gegebenenfalls ein zusätzlicher Rückbezug auf Originaltexte erforderlich.

Beim Zusammentragen der im Text enthaltenen Forderungen unterscheide ich in Anlehnung an Nonhoff (2006: 268) zwischen formalen Zielforderungen, »die grundsätzlich durch verschiedene Inhalte ergänzt werden könnten« und substanziellen Zielforderungen einerseits sowie Mittelforderungen andererseits. Letztere unterteile ich wiederum in wenig konkrete und konkrete Mittelforderungen. Der Zweck meiner Grenzziehungen, die nicht eindeutig sind und im Einzelnen vielfach diskutiert werden können, ist eine Verbesserung der Übersichtlichkeit.

Folgende formale Forderungen finden sich in *Scheme for a State Bonus* (Milner / Milner 2004 [1918]) (mit Angabe der jeweiligen Seitenzahlen und, bei mehrfach genannten Forderungen, der Häufigkeit):²²

»umfassende Lösung« (122)

»einfache Lösung« (122)

»persönlicher Nutzen für jeden« 2x (122, 122)

»von jedem zu schätzende Vorteile« (122)

»Appell durch die Familie« (122)

»Vertrauen in Regierungsmethoden« (122)

Die Forderungen, dass die Lösung »umfassend« und »einfach« sein müsse, sind am prominentesten mit der Behebung des Mangels verknüpft: Es handelt sich für die Milners explizit um notwendige Bedingungen, damit die Lösung den Problemen adäquat ist (122). Diese Lösung solle wiederum (die Stärkung von) »Vertrauen« und einen »Appell durch die Familie« umfassen. Es scheint sich um einzelne Aspekte zu handeln, die als solche weniger prominent sind. Der Bezug auf »jeden« fällt durch seine Häufung auf. Das Gewicht dieses Bezuges erscheint noch größer, wenn in die Betrachtung einbezogen wird, dass der prominente Signifikant »umfassend« im Text im Sinne der Möglichkeit einer Maßnahme spezifiziert wird, die verbreitete Unzufriedenheit zu beseitigen, und zwar gerade dadurch, dass sie »jedem« nutzt (122). Ähnliches gilt für die »Einfachheit« der erforderlichen Lösung, die gerade deshalb notwendig erscheint, damit »jeder« zeitnah einen persönlichen Nutzen spürt.

22 In dieser ebenso wie in den folgenden Detailanalysen von Primärtexten gebe ich zunächst den jeweiligen Text in seiner vollständigen Zitierweise an, und beziehe mich danach auf den Text, der gerade Gegenstand der Detailanalyse ist, in Vermeidung unnötiger Wiederholungen durch die bloße Angabe der Seitenzahlen.

Als »Kandidaten für Knotenpunkte« können damit vorerst gelten:

»umfassend« / »jeder«

»einfach«

Die im Text enthaltenen substanziellen Zielforderungen sind folgende:

»keine Gefährdung des Gemeinwohls durch Interessenpolitik für eine Klasse« (122)

»kein Durcheinanderbringen der bestehenden industriellen Organisation« (122)

»bessere Beziehung zwischen den verschiedenen Parteien in der Industrie« (122)

»kein Hunger« (123)

»keine Armut« 2 x (124, 124)

»Recht der Kinder auf Leben« (124)

»Gefühl von Sicherheit« (126)

»kein Betteln mehr« (126)

»Verschwender sollen nicht lange hungern« (126)

»effektive Anwendung moderaten Kommunismus« (128)

Die Forderung, es dürfe »keine Armut« mehr geben, kommt am häufigsten vor; ihre Prominenz erscheint noch größer, wenn Hunger, fehlende Chancen für Kinder und Betteln unter »Armut« subsumiert werden. Die Forderung nach besserer Zusammenarbeit der Klassen bzw. die sinngemäße Absage an »Klassenkampf« (ein Signifikant, der nicht wörtlich vorkommt) kommt mehrmals vor; für das Gewicht dieser Position im Diskurs der Milners spricht auch, dass die von ihnen betonte Notwendigkeit der Stabilität der »industriellen Organisation« offenbar auf denselben Punkt zielt, da sie im direkten Zusammenhang mit der Absage an ein Ausspielen von Klasseninteressen gegen die Allgemeinheit genannt wird (122). Die Aussage, dass der »State Bonus« auf die effektivere Anwendung des »moderaten Kommunismus« bzw. der »Elemente von Kommunismus« ziele, die bereits vielen bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen wie den Armengesetzen, der Krankenversicherung und Wohltätigkeitsorganisationen zugrunde lägen, ist sinngemäß prominent, da es sich um eine Charakterisierung des vorgeschlagenen Programms als Ganzes handelt. Die Stellung dieser Aussage in der argumentativen Struktur des Pamphlets kann jedoch nicht als »prominent« bezeichnet werden: Es handelt sich um den zweiten von drei Aufzählungspunkten »erwarteter Wirkungen«, auf den an keiner anderen Stelle Bezug genommen wird.

»Knotenpunkt-Kandidaten« wären somit:

»keine Armut«

»kein Klassenkampf«

Dass diese beiden Forderungen *sinngemäß* im Diskurs der Milners prominent sind, habe ich deutlich gemacht, ebenso die Tatsache, dass die Verwendung des Begriffs »Klassenkampf« in diesem Zusammenhang auf mich zurückgeht. Ob in den Texten des Ehepaars Milner ein anderer Signifikant wörtlich vorkommt, mit dem diese selbst die Absage an konfrontative Klassenpolitik auf den Punkt brachten, wäre zu analysieren, falls sich im Zuge meiner Analyse herauskristallisieren sollte, dass dieser Absage die zentrale Rolle in der Strukturierung des gesamten Diskurses und möglicherweise beim Versuch, diesen zu schließen, zukommt. Solange dieses nicht der Fall ist, erscheint es mir vertretbar und im Interesse der übersichtlichen Strukturierung meiner Befunde sinnvoll, eine eigene Formulierung zu verwenden, die eine zentrale Aussage der Autor_innen so verständlich wie knapp benennt.

Als wenig konkrete Mittelforderungen in *Scheme for a State Bonus* können gelten:

»bessere Aufteilung von Einkommen« (122)

»gerechtere Methode der Geldzahlung in allen Branchen und Klassen« (122)

»große Reformen in der Organisation der Industrie« (122)

»große Reformen in der Bildung« (122)

»große Reformen im Wohnungswesen« (122)

»Recht der Kinder auf Geldzahlung« (123)

Der Begriff »Reformen« kommt in der Bezeichnung von drei verschiedenen Forderungen vor; ebenso häufig sind die Bezüge auf Zahlung von Geld bzw. Einkommen. Die genannten »Reformen« spielen in der diskursiven Struktur eine explizit untergeordnete Rolle: Dass sie, obgleich wünschenswert, sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit den Problemen nicht gerecht werden, ist Teil der Begründung, dass eine andere Lösung erforderlich sei (122). Die Verteilung von Einkommen gilt den Milners hingegen als Schlüssel: Hier müsse die Überwindung des Mangels ansetzen.

Deshalb darf als weiterer Knotenpunkt-Kandidat gelten:

»Einkommensverteilung«

Darüber hinaus erfährt der Kandidat »kein Klassenkampf« dadurch Bestärkung, dass die entscheidend wichtige »gerechtere Methode der Geldzahlung« als Teil der Etablierung besserer Beziehungen zwischen den Parteien in der Industrie dargestellt wird (122).

Konkrete Mittelforderungen sind:

- »Pläne des Whitley-Berichts«²³ (122)
- »Scheme for a State Bonus« 2x (122, 125)
- »wenn Geld an Trinker, dann auch an Sparer« 2x (123, 124)
- »Familienzahlung an alle Familien, durch unabhängigen Akteur« 2x (123, 124)
- »keine Fragen oder Armutstest« (124)
- »Bonus gerade ausreichend, um Leben und Freiheit zu bewahren« 2x (125, 125)
- »Bonus nicht zu hoch« (125)
- »absolute Verlässlichkeit des Bonus« (125)
- »Beitrag von jedem« 2x (126, 126)
- »einfache Beitragserhebung« (126)
- »kurzer Auszahlungsrhythmus« (126)
- »standardisierte Kaufkraft des Bonus« 2x (126, 127)
- »Finanzierung durch Flat-Tax in Höhe von 20%« 2x (127)

Während mehrere dieser Mittelforderungen zweimal vorkommen, ist »Scheme for a State Bonus« davon im Textzusammenhang eindeutig am prominentesten, denn dieser Signifikant knüpft alles zusammen: Der State Bonus ist die Antwort auf die Gerechtigkeitsanforderung, dass jemand, der sparsam gelebt hat, nicht gegenüber jemandem benachteiligt sein sollte, der sein Geld »vertrunken« hat, und dadurch arm genug ist, um Anspruch auf eine staatliche Pension zu haben (123), sowie zugleich eine Konkretisierung der »Zahlung an alle Familien«, ohne »Fragen oder Armutstest«. Die anderen Forderungen können alle als Konkretisierungen des State-Bonus-Konzepts verstanden werden, außer den »Plänen des Whitley-Berichts«, die qua Kontext untergeordnet sind, weil die Langsamkeit der Fortschritte in diesem Bereich nach Milner und Milner gerade einen Grund dafür darstellt, dass ein neuer Plan geboten ist (122). Von den verschiedenen Charakteristika des State Bonus Scheme werden dessen »absolute Verlässlichkeit« und die »Bewahrung von Leben und Freiheit«, die durch die Zahlung sichergestellt werden müsse, von den Autor_innen besonders herausgestellt – als die ersten beiden *essentials* der zu zahlenden Leistung (125). Diese beiden

23 Der *Whitley Report* ist der 1917 dem Kriegskabinettt vorgelegte Bericht eines Komitees, das mit der Erarbeitung von Vorschlägen für die Verbesserungen der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beauftragt worden war. Das Komitee empfahl die Gründung von *Joint Standing Industrial Councils*, branchenspezifischer Organisationen, in denen jeweils beide Seiten vertreten sein sollten, und die sich u.a. mit größeren Mitbestimmungsmöglichkeiten, Fragen der Arbeitsbedingungen und Bezahlung sowie der Schaffung regulärer Verhandlungsverfahren zur Prävention bzw. geregelter Lösung von Differenzen befassen sollten (Ministry of Labour 1917: 9, 12f). Die Vorschläge wurden vom Kriegskabinettt positiv aufgenommen (vgl. ebd.: 1).

Forderungen sind logisch eng miteinander verknüpft: Der State Bonus ist besonders dann zur Bewahrung von Leben und Freiheit wichtig, wenn alles andere ausfällt – diese Funktion kann er in der Darstellung der Milners gerade deshalb erfüllen, weil er sich von den anderen, vielfach fluktuierenden Einkommensquellen durch seine absolute Verlässlichkeit abhebt. Die »standardisierte Kaufkraft des Bonus«, also dessen Anpassung an die Preisentwicklung (die dadurch sichergestellt sei, dass der Bonus durch die »Flat-Tax-Finanzierung« direkt an die Summe der in der Gesamtwirtschaft realisierten Einkommen geknüpft sei), sowie der »kurze Auszahlungsrhythmus« (der verhindern solle, dass Verschwender lange hungern müssten) erscheinen als nachgelagerte Konkretisierungen bzw. Teilforderungen. Der Hinweis, dass der Bonus »nicht zu hoch« sein solle, ermöglicht den Milners, Einwänden zu begegnen, ihr Konzept befördere »Faulenzerei«; dennoch kommt diesem Hinweis im Textzusammenhang des Pamphlets keine große Prominenz zu.

Ergo – Kandidaten für Knotenpunkte:

»*State Bonus*«

»*Verlässlichkeit*«

Außerdem erfahren die Kandidaten »einfach« und »jeder« Bestärkung, weil sie bei den konkreten Mittelforderungen erneut im Text auftauchen – dieses Mal im Zusammenhang mit der Erhebung der Beiträge.

Als Forderungen, die in die Äquivalenzkette P eingebunden sind, lassen sich somit nennen:

»*Einbeziehung von jedem*« - »*einfache Lösung*« - »*erfahrbare Vorteile für alle*« - »*Vertrauen*« - »*Verlässlichkeit*« - »*Beseitigung von Armut*« - »*Kooperation zwischen den Klassen*« - »*gerechtere Einkommensverteilung*« - »*längerfristige Reformprojekte*« - »*State Bonus*« - »*standardisierte Kaufkraft*« - »*Flat-Tax*« - »*moderate Höhe*« - »*kurzer Auszahlungsrhythmus*« - »*große Reformen im Wohnungswesen / in der Bildung / in der industriellen Organisation*« - »*effektive kommunistische Elemente*« - ...

Diese Aufzählung erfolgt selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wie schon diskutiert, kommen in vielen Fällen verschiedene Formulierungen für einzelne Glieder der Äquivalenzkette in Frage. Wenn es bei Milner / Milner zum Beispiel an einer Stelle »...it is [...] necessary to remove [...] destitution« (124) und weiter unten auf derselben Seite »destitution must not exist« (ebd.) heißt, kann ich als eingebundenen Signifikanten »Beseitigung von Armut« ebenso wie »keine Armut« nennen. Die

Festlegung auf einen einzigen Signifikanten ist hierbei nicht nötig, weil die einzelnen »Glieder der Äquivalenzkette« in der diskursiven Praxis ohnehin immer in einem spezifischen Zusammenhang präsentiert werden. Die Formulierung »standardisierte Kaufkraft« hat einen Sinn in ihrem Bezug auf die Höhe des zu zahlenden State Bonus über die Zeit. Dass sich Mitglieder der State Bonus League mit Schildern auf die Straße stellten, auf denen ohne erkennbaren weiteren Bezug »standardised purchasing value« zu lesen war, ist mehr als unwahrscheinlich. Eher vorstellbar ist zum Beispiel, dass Dennis Milner in einer Diskussion problematisierte, eine bestehende oder vorgeschlagene sozialpolitische Geldleistung verliere durch die Inflation an Kaufkraft, weshalb sie den Betroffenen nicht genügend Sicherheit gebe. Auch wenn seine Formulierung dabei nicht wörtlich mit derjenigen im Pamphlet *Scheme for a State Bonus* identisch ist, ließe sich hier möglicherweise zurecht behaupten, er bringe dieselbe in die Äquivalenzkette P seines Diskurses eingebundene Forderung ins Spiel. Bei dem Vorhaben, diskursive Strukturen in übersichtliche und bezüglich zentraler Charakteristika aussagekräftige Darstellungen zu bringen, muss ich von vielen Formulierungsnuancen abstrahieren. Dennoch können selbstverständlich auch scheinbar leichte Änderungen von Formulierungen bedeutsam sein. Dieses gilt dann, wenn bisher fest verwendete Begriffe ausgetauscht bzw. abgeändert werden – hier sei exemplarisch an die von Glasze ausgemachte Verschiebung von »langue française« hin zu »francophonie« erinnert (vgl. Kapitel 3.3). Umso wichtiger ist es, bei der Prüfung der »Kandidaten« auf mögliche Erfüllung der Funktion eines leeren Signifikanten sorgfältig vorzugehen, denn bei Knotenpunkten besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die genaue Wortwahl von Bedeutung ist.

In die (re-)konstruierte Äquivalenzkette P sind verschiedene Subjektpositionen eingebunden. Diejenigen dieser Subjektpositionen, die am weitesten und allgemeinsten gefasst sind, in dem Sinne, dass sie Identifikationsmöglichkeiten anbieten, die von der größten Menge an Subjekten wahrgenommen werden können, verdeutlichen, welche Reichweite die Autor_innen für ihren Diskurs beanspruchen. Mit anderen Worten: Wessen »Universalität« soll durch die Beseitigung des Mangels verwirklicht werden? Die »Fülle« oder »Vollkommenheit« welcher Gemeinschaft wird angestrebt? Nach meinen bisherigen Analysen ist bereits klar, dass es nicht nur um eine Teilgruppe der Gesellschaft, wie z.B. die Beschäftigten in einer Branche oder die Angehörigen einer sozialen Klasse, geht: Der wiederholte Bezug auf »jeden« bzw. »alle« kann auch als Angebot einer Subjektposition verstanden werden. Der appellative Charakter des Bezugs wird besonders deutlich, wenn es am Anfang des Pamphlets heißt: »All of us

are expecting to see big reforms...« (122). Die Leser_in wird hier als Teil einer Gemeinschaft angesprochen, um deren »Gemeinwohl« es geht – der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Dass Großbritannien der Bezugsrahmen ist, wird zunächst implizit vorausgesetzt; der nationale Bezug wird klarer, wenn die Milners im Rahmen der Erläuterung der Finanzierung des State Bonus Zahlenangaben machen (126f), und wenn sie verkünden, der State Bonus werde helfen, die während des Krieges entwickelte Zusammenarbeit für ein gemeinsames Ziel in Friedenszeiten beizubehalten (132). Neben dem expliziten Bezug auf »die Gemeinschaft« (124) und auch auf das »gesamte Meinungsspektrum« (132) sprechen die Autor_innen weitere Gruppen an, die so allgemein definiert sind, dass sich im Prinzip ein Großteil der Einwohner_innen Großbritanniens angesprochen fühlen könnte – Arbeitende und Sparende (123) sowie Menschen mit fluktuierenden Einkommen (127). Vielleicht lassen sich unter diese Rubrik auch humanitär eingestellte Menschen fassen (130), und ebenso »the deserving« (123) – eine Formulierung, die stärker als der deutsche Begriff »die Bedürftigen« ausdrückt, dass die Menschen einen moralischen Anspruch auf Unterstützung bzw. Anerkennung hätten. Außerdem werden in dem Text die (organisierten) Parteien in der Industrie angesprochen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer (129), ebenso wie die Gruppensubjekte »Familien«, mit besonderem Bezug auf Kinder (123, 131), und Mitglieder unterschiedlichster Gruppen der Gesellschaft: Frauen (131), verheiratete Männer (123), Witwen mit vielen Kindern (123), Kleingewerbetreibende (130), Reiche mit vielen Abhängigen (130).

(Re-)Konstruktion der Äquivalenzkette Q. Der Äquivalenzkette P steht die Äquivalenzkette Q gegenüber, in der, wie Nonhoff (2006: 277) es ausdrückt, »die Gegenteile desjenigen, was gefordert wird, und die Widerstände gegen die Umsetzung des Geforderten [...] artikuliert werden«. Den ersten Ansatzpunkt für die Identifizierung dieser Kette bieten diejenigen Glieder von P, die klar im Gegensatz zu etwas anderem formuliert sind. Diejenigen Signifikanten, die jeweils in direkter Kontrarität zu einem Bestandteil von P stehen, können im Sinne der Annahme einer antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums als Glieder von Q gelten.

Entsprechende Gegensatzpaare sind:

»kein Hunger« -/- »Hunger«

»keine Armut« -/- »Armut«

»keine Gefährdung des Gemeinwohls durch Interessenpolitik für eine Klasse« -/-
»Klassenkampf« (bzw. »konfrontative Klassenpolitik« oder »egoistisches Ausspielen
klassenspezifischer Interessen«)

»kein Durcheinanderbringen der industriellen Organisation« -/- »Durcheinanderbringen der industriellen Organisation«

»kein Betteln« -/- »Betteln«

»gerechtere Methode der Geldzahlung« -/- »ungerechte Geldverteilung«

»wenn Geld an Trinker, dann auch an Sparer« -/- »Benachteiligung von Sparsamen« bzw. »Bevorteilung von Verschwendern und Trinkern«

»keine Fragen oder Armutstest« -/- »Armutstests«

»Bonus nicht zu hoch« -/- »zu hoher Bonus«

Die diskursiven Einbindungen der »antagonistischen« Signifikanten geben weiteren Aufschluss über die Beschaffenheit der Äquivalenzkette Q, deren Bestandteile und ihre jeweiligen Kontraritätsrelationen zu Gliedern von P.

»Hunger« ist zunächst ein Teil des zu überwindenden Mangels; sein Auftreten in einem Land, dessen Armengesetz im Prinzip allen ihr physisches Überleben garantiert, sei eine Konsequenz der Bedingungen der Unterstützung, des Armutstests und der langfristigen Nachteile, die Menschen davontragen, wenn sie einmal genötigt wurden, ihre Mittellosigkeit zuzugeben (123). So komme es zu der Ungerechtigkeit, dass Menschen, die Unterstützung verdient hätten (»deserving«), darunter auch unschuldige Kinder, Hunger litten, während andere (»undeserving«) Unterstützung erhielten. Als Beispiel für einen »Unverdienenenden« wird ein Mann genannt, der verschwenderisch lebt. Im folgenden Absatz wird deutlich, dass Milner und Milner bei Verschwendern vor allem an Trinker denken, und dass für sie auch »Faulenzer« (*idlers*) zur Kategorie der »undeserving« zählen (123f).

Während die Existenz von Armut einerseits ein Teil des Mangels ist, stellt sie zugleich selbst einen Widerstand gegen dessen Behebung dar, weil sie eine gerechtere Geldverteilung in der Wirtschaft, im Sinne einer Entlohnung in Proportion zu den geleisteten Diensten, verhindere: Die Drohung der Mittellosigkeit zwingt Menschen zur Verrichtung sehr unangenehmer Arbeiten zu niedrigsten Löhnen (124).

Politik im Interesse einer einzigen sozialen Klasse – wie groß diese auch sei (»however large«) – steht im Diskurs der Milners im Gegensatz zum »Wohle aller«, was der eindeutigste Hinweis auf eine Einbindung in die »antagonistische« Kette Q ist. Konfrontative Klassenpolitik ist eng mit dem »Durcheinanderbringen der industriellen Struktur« verknüpft – letzteres wird wiederum praktisch mit der Gefährdung des Gemeinwohls gleichgesetzt (122). Dass Streiks eine Erscheinungsform solcher das Wohl aller gefährdender Politik seien, sagen die Autor_innen nicht unmittelbar; diese Aussage steckt jedoch sinngemäß im Textzusammenhang: Streiks stehen klar in

Kontrarität zur Äquivalenzkette P. Zum einen werden sie als eine Erscheinungsform des anfangs konstatierten Mangels, des »Social Problem«, präsentiert, und dabei mit »Gewalt« in Verbindung gebracht (121); zum anderen ist die Verringerung von Streiks explizit eine der erhofften Wirkungen des vorgeschlagenen State Bonus Scheme (129).

Das Phänomen des »Bettelns«, das mit Hilfe des State Bonus beseitigt werden soll, wird an einer Textstelle im Zusammenhang mit den »unverdienenden« Verschwendern genannt: Ein kurzer Auszahlungsrhythmus solle sicherstellen, dass »spendthrifts« nicht zu lange hungern müssten; direkt im Anschluss heißt es, es dürfe keine Bettelei mehr geben (126). Die Milners suggerieren damit, Betteln werde durch Verschwendung hervorgerufen, womit sie die Bettler persönlich für ihre Not verantwortlich machen. Eine mangelnde Moral der Bettler suggerieren sie ebenso, wenn sie von der »Rechtfertigung« (»excuse«) für Bettelei schreiben, die nach Einführung des von ihnen vorgeschlagenen Grundeinkommens zusammen mit den Rechtfertigungen für »Bagatelldiebstahl« und »kleine Betrügereien« verschwinde (128).

»Ungerechtigkeiten« in der Verteilung von Einkommen im bestehenden System machen Milner / Milner an verschiedenen Punkten fest. Dass sie in einer Benachteiligung von Sparsamen gegenüber »Verschwendern« und in einer mit »Armutstests« einhergehenden Benachteiligung derjenigen, die ihre Mittellosigkeit nicht offenbaren wollen, Ungerechtigkeit erkennen, zeigen meine bereits vorgenommenen Erörterungen eindeutig; überdeutlich wird das Urteil durch die Verwendung der wertenden Begriffe »deserving« / »undeserving«. Darüber hinaus macht das Autor_innenduo explizit eine »Ungerechtigkeit« im industriellen Bereich aus, die darin bestehe, dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten, unabhängig davon, ob sie eine Familie zu versorgen hätten oder nicht, die gleichen Löhne zahlten (123). Forderungen, die Arbeitgeber müssten den Unterhalt der Familienangehörigen bei ihren Lohnzahlungen berücksichtigen, erteilen die Milners jedoch eine Absage: Die Arbeitgeber könnten dies nicht. Überhaupt sollten Arbeitgeber nach ihrer Ansicht kein Feindbild sein; wie ich gezeigt habe, favorisieren die Milners ein besseres Verhältnis zwischen den sozialen Klassen.

Während dieses durch eine bedingungslose Zahlung eines Grundeinkommens durch den Staat ermöglicht werden sollte, dürfe diese Leistung jedoch andererseits nicht zu hoch sein. In diesem Fall würde es zum Problem, dass es einige »Faule« gebe, und diese schon unter dem Stichwort »undeserving« genannten Personen dann zum Nachteil der Gemeinschaft untätig würden (125).

Als einige Glieder der Äquivalenzkette Q lassen sich somit nennen:

»Armut« - »Hunger« - »Klassenkampf« - »Streiks« - »Bettelei« - »Ungerechtigkeit« -
»Armutstests« - »hohe bedingungslose Zahlungen« - »Faulheit« - ...

Ausgehend von den nunmehr zwei (re-)konstruierten Äquivalenzketten gilt es nun, die in Q eingebundenen Subjektpositionen zu identifizieren: Welche Subjektpositionen stehen der Behebung des Mangels und den in P eingebundenen Subjektpositionen antagonistisch gegenüber?

Die explizite Ablehnung trennender Klassenpolitik durch die Milners und ihr wiederholter Bezug auf »alle«, die eingebunden werden und vom State Bonus profitieren sollten, könnte zu dem Schluss verleiten, es gebe in dem betrachteten Diskurs – entgegen Laclaus und Mouffes theoretischen Aussagen zur Funktionsweise von Politik – keine als antagonistisch definierten Subjektpositionen. Tatsächlich stimmt es, dass sich bei Milner / Milner keine antagonistische Gegenüberstellung zwischen zwei sozialen Klassen wie in marxistischen Diskursen findet. Meine obige Analyse der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums zeigt jedoch eine andere Gegenüberstellung entgegengesetzter Gruppen. Die Grenze verläuft demnach zwischen Menschen, die arbeiten und sparen, auf der einen, und »Faulen«, »Verschwendern« und »Trinkern« auf der anderen Seite. Dass die letztgenannten drei Gruppen eng mit Bestandteilen der Äquivalenzkette Q verknüpft sind, heißt allerdings noch nicht notwendigerweise, dass es sie im Diskurs als »widerständige«, sich gegen die Erfüllung der in P artikulierten Forderungen und damit gegen die Behebung des Mangels richtende Subjekte erscheinen. Da z.B. eine Positionierung gegen Armut nicht bedeuten muss, die Armen zu Gegner_innen zu erklären, muss ich genauer betrachten, welche Rolle »Faule«, »Verschwender« und »Trinker« im Diskurs der Milners spielen.

Zunächst erscheinen sie als Profiteur_innen einer Ungerechtigkeit, zu Lasten von Arbeitenden und Spendenden. Dieses Problem liege aber in der Ausgestaltung der bestehenden Systeme der Armenunterstützung begründet, die durch den State Bonus ersetzt werden sollen. Nach dessen Einführung stellten »Faulenzer«, wie dargestellt, eventuell noch ein Problem dar, allerdings nur, wenn die Höhe entgegen der Empfehlungen der Autor_innen zu hoch angesetzt würde. Auch das »Betteln« würde nach Darstellung der Milners durch Einführung des State Bonus verschwinden (130). Daraus folgt, dass aus der Charakterisierung von »Faulheit«, »Verschwendung«, »Alkoholismus« und »Betteln« als »antagonistische« Phänomene, die es zu überwinden gilt, nicht abgeleitet werden kann, die Subjekte, die diese »Übel« praktizieren, müssten

bekämpft werden. Wenn die Umstände, die z.B. dem Bettler Anlass zum Betteln geben, durch das Grundeinkommen verschwinden – handelt es sich dann überhaupt um »antagonistische« Subjektpositionen?

Dies wäre zum einen der Fall, wenn sich die betreffenden Subjekte gegen die Erfüllung der aufgestellten Forderungen wendeten. Davon ist im Text an keiner Stelle die Rede. Zum anderen ließe sich von »antagonistischen« Subjektpositionen sprechen, wenn die Subjekte im Diskurs nicht nur Opfer der widrigen (und zu bekämpfenden) Umstände sind, sondern sich mit ihrem Verhalten in ethisch verwerflicher Weise entgegen des Geforderten verhalten und so gegen das Gemeinwohl richten. In diesem Sinne kann die Subjektposition des »Faulenzers« als antagonistische Subjektposition gelten, denn die Milners sehen nicht nur ein rein strukturelles Problem, sondern auch ein Problem des persönlichen Verhaltens, das pädagogisches Engagement erfordere. Nach der Einführung des State Bonus sei es wünschenswert, dass möglichst viele Personen in den Fonds einzahlten; die Autor_innen hoffen unter anderem auf die motivierende Kraft von Patriotismus und Interesse am Gemeinwohl (»common welfare«) (131f). Verschwendung des eigenen Einkommens, quasi mit Alkoholismus gleichgesetzt, erscheint hingegen eher als ein privates Problem, das auch ein solches bleiben sollte. Eine Disziplinierung soll indirekt durch die künftige Unmöglichkeit des Bettelns erfolgen. Dass Betteln als Verhaltensweise antagonistisch ist, ist eindeutiger. Die oben zitierte Formulierung »excuse« im Zusammenhang mit Betteln und das gemeinsame Auflisten von Betteln und unterschiedlichen »kleineren Vergehen« macht zusammen deutlich, dass die Autor_innen das Praktizieren von »Bettelei« moralisch ablehnen und dass »Bettler« eine antagonistische Subjektposition ist.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Präzisierung, dass die Inhaber_innen der »antagonistischen« Subjektpositionen in dem Pamphlet nie als persönlich zu bekämpfende Feinde dargestellt werden, sondern dass ihnen angeboten wird, andere, in P eingebundene Subjektpositionen, anzunehmen: »Neue Hoffnung für die Gefallenen« ist ein wiederholtes Motiv (125, 131).

Außer »Faulenzern« und »Bettlern« müssen entsprechend der obigen Präzisierung der Arten des »Widerstands« gegen das Gemeinwohl auch diejenigen Subjekte als »antagonistisch« gelten, die sich gegen die Umsetzung des Geforderten wenden. Das wären alle diejenigen, die an den bestehenden Systemen der Armenunterstützung mit ihren restriktiven Bedingungen festhalten wollen, und alle anderen, die die Gesellschaft spaltende Klassenpolitik betreiben. Auch diesen werden wohlgerne Positionen in P

angeboten, wenn das State Bonus Scheme als Gewinn für alle gesellschaftlichen Gruppen dargestellt wird.

Die Analyse der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums kann hiermit als abgeschlossen gelten. Nur einmal hat in dieser Analyse eine Formulierung mit einer semantischen Nähe zu dem mich besonders interessierenden Signifikanten »Sozialismus« eine Rolle gespielt: Es handelt sich um den Bezug auf »effektive Anwendung kommunistischer Elemente«. »Kommunismus« wird hier offensichtlich in einem weiten Sinne verstanden und als solcher weder der einen noch der anderen Seite des geteilten diskursiven Raums zugeordnet. Die Zuordnung erfolgt nach einer Differenzierung: Während auch der zu ersetzenden Armengesetzgebung »kommunistische Elemente« zugrunde lägen, sei eine »effektivere Anwendung« dieser Elemente anzustreben. Die antagonistische Zweiteilung erfolgt hier also nicht zwischen »Kommunismus« und dessen Feinden, sondern zwischen »effektiven kommunistischen Elementen« (in P) und »ineffektiven kommunistischen Elementen« (in Q). Als Gegensatz zu dem effektiven »moderaten Kommunismus« nennen die Autor_innen nicht nur Armengesetz, Krankenversicherung und Wohltätigkeitsorganisationen, sondern auch »complete socialistic schemes, to be arrived at by revolutionary methods«, mit Russland als Beispiel (128). Diese einzige Verwendung des Signifikanten »Sozialismus« legt nahe, dass Milner und Milner nicht zwischen »Kommunismus« und »Sozialismus« unterscheiden: Würden sie »Sozialismus« rundherum ablehnen, müssten sie nicht auch hier eine Differenzierung einführen.

Repräsentation. Das von Laclau entwickelte Theorem des leeren Signifikanten, das ich in Kapitel 2 vorgestellt habe, wird von Nonhoff (2006: 287f) für die konkrete Identifikation dieses Phänomens im empirischen Material in eine klare Formel übersetzt. Der als Repräsentant der Äquivalenzkette P fungierende (leere bzw. geleerte) Signifikant muss demnach nicht nur mit allen Gliedern von P äquivalent sein (was per Definition auf jeden Bestandteil von P zutrifft), sondern auch »zu *allen einzelnen* Elementen der Äquivalenzkette Q in Kontrarität« stehen (Nonhoff 2006: 288; Hervorhebung im Original). Diese Bedingung folgt aus der Anforderung, dass der Repräsentant »die vollständige Behebung des Mangels und all seiner Ursachen« signifizieren soll (vgl. ebd.).

Ein Beispiel für ein Glied von P, das nicht zu allen Bestandteilen von Q in Kontrarität steht, ist die »moderate Höhe«; diese Forderung allein fände sich auch in der Armenunterstützung nach den Poor Laws erfüllt. Außerdem ist klar, dass eine einzelne

Teilforderung wie die besagte »moderate Höhe«, oder auch »standardisierte Kaufkraft (des Bonus)« oder »kurzer Auszahlungsrhythmus« kaum geeignet sein dürften, eine Äquivalenzkette in ihrer Gesamtheit mit ihrem hohen Anspruch angemessen zu repräsentieren. Ein Signifikant wie »Einbeziehung von jedem« könnte dazu schon eher in der Lage sein. Diese Forderung ist in der Tat geeignet, einen Großteil von P zu repräsentieren; es ergibt sich in diesem Fall jedoch das Problem, dass gerade Teilforderungen wie die »moderate Höhe« nicht überzeugend repräsentiert werden. Ähnlich verhält es sich mit den Kandidaten »einfache Lösung«, »erfahrbare Vorteile für alle«, »Vertrauen« und »Verlässlichkeit«. »Beseitigung von Armut« und »gerechtere Einkommensverteilung« repräsentieren nur eingeschränkt die »Kooperation zwischen den Klassen«; Letztere muss nicht automatisch die Form einer »einfachen Lösung« annehmen.

Von den als »Knotenpunkt-Kandidaten« identifizierten Gliedern von P erscheint damit »State Bonus« am ehesten in der Lage, die Äquivalenzkette zu repräsentieren. »State Bonus« steht in der Tat eindeutig in Kontrarität zu allen Bestandteilen von Q. Als Bezeichnung für das Programm, dessen Erläuterung im Zentrum des Pamphlets steht, ist »State Bonus« auch in der Lage, alle Glieder von P zu repräsentieren – außer den »großen Reformen« in verschiedenen Bereichen. Zwar ließe sich der Vorschlag des State Bonus trotz Betonung seiner Einfachheit als große, weil weitreichende Reform bezeichnen; doch dass diese Reform nur ein erster Schritt sei, der weitere Maßnahmen keineswegs überflüssig mache, ist den Milners wichtig. Sie versuchen nicht, den State Bonus als Universallösung zur vollständigen Behebung aller Aspekte des Mangels darzustellen; »State Bonus« kann damit nicht als Repräsentant der Vollkommenheit der Gesellschaft gelten.

Denkbar wäre hingegen prinzipiell, dass die Forderung nach »effektiver Anwendung kommunistischer Elemente«, die hinreichend allgemein formuliert ist, um vielfältige Reformvorhaben darunter zu fassen, geeignet sein könnte, diese Repräsentationsfunktion wahrzunehmen. Weil dieser Forderung, wie oben betont, im Textzusammenhang des Pamphlets keine prominente Stellung zukommt, kommt sie in dessen Zusammenhang jedoch nicht als tatsächlicher Repräsentant in Frage. Es lässt sich somit festhalten, dass sich die Repräsentation in ihrer von Laclau / Mouffe konzipierten und von Nonhoff präzisierten Reinform in *Scheme for a State Bonus* nicht findet, ihre Möglichkeit jedoch in der diskursiven Struktur angelegt ist.

Higher production by a bonus on national output (1920). Ändert sich an diesem Befund etwas, wenn in die Analyse des Diskurses auch die zwei Jahre später allein unter Dennis Milners Namen veröffentlichte Ausarbeitung des Grundeinkommensvorschlags in Buchlänge einbezogen wird? Die Hauptargumente des Pamphlets finden sich in dieser ausführlicheren Abhandlung wieder. Neu ist die Bezeichnung für das Programm: Statt als »State Bonus« wird der Vorschlag als »Minimum Income proposal« vorgestellt. Wie schon der Titel des Buches zeigt, wird die Bezeichnung des zu zahlenden Grundeinkommens als »Bonus« jedoch nicht aufgegeben. In Form der mehrmals im Buch verwendeten Bezeichnung »bonus on national output« wird auf die Zusammenarbeit im gemeinsamen nationalen Interesse angespielt. Wie ich gezeigt habe, spielte der Bezug auf die »Nation« schon im Pamphlet von 1918 eine große Rolle – und wurde in der Tat mehr betont als der »Staat«. Der nationale Bezug bleibt prominent in *Higher Production* – einem Werk, das mit den Worten endet: »[W]ith 45 million people receiving a bonus on National Output, we surely have the key to a national interest in National Welfare.« (Milner 1920: 127) Durch eine explizite Abgrenzung wird der nationale Bezugsrahmen eindeutiger: Der Bonus solle nur an britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gezahlt werden, die in Großbritannien leben. In Irland solle es den Bonus nicht geben; auf der Insel Großbritannien lebende Iren sollten die Zahlung nach einer Mindestaufenthaltsdauer beziehen (27f, 32).

Den in Anknüpfung an *Scheme for a State Bonus* denkbaren Versuch der Diskursschließung mittels »effektiver kommunistischer Elemente« unternimmt Milner nicht, der Signifikant kommt in seinem Buch nicht vor. Gilt dabei weiterhin, dass die Bezeichnung des Grundeinkommenskonzepts nicht für die unmögliche Repräsentation der gesellschaftlichen Vollkommenheit eingesetzt wird? In dem Pamphlet war ein solcher Repräsentationsversuch eindeutig nicht gegeben, weil von den Autor_innen betont wurde, dass der State Bonus weitere Reformen keineswegs ausschließe, sondern diese vielmehr notwendig blieben. Das Spektrum der Maßnahmen, die das als ersten Schritt einzuführende Mindesteinkommen ergänzen könnten, erscheint in *Higher production* eingeschränkt, nicht nur, weil Milner nunmehr klar sagt, dass Altersrenten, staatliche Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung abgeschafft werden sollten (35), sondern auch, weil er die Idee der Verstaatlichung aller wichtigen Industrien als zu groß für ein Experiment bezeichnet (126). An anderer Stelle wird jedoch die Frage, wer das Kapital kontrollieren solle, als »ethische« Frage ausgeklammert (116). Milner stellt sein Modell in dem Buch explizit als »business

proposition« vor, und hat nicht den Anspruch, gesellschaftlich relevante Fragen aus anderen Perspektiven zu beantworten (6). Diese bewusste Einschränkung des Anspruchs und die Charakterisierung des Mindesteinkommens als »Kompromiss« zwischen zu großen und zu kleinen Vorschlägen, dessen Umsetzung probiert und bei Misserfolg wieder zurückgenommen werden könne (126f), lassen es zusammengenommen als geboten erscheinen, weiterhin nicht von einem Versuch der Diskursschließung zu sprechen.

5.2.2 C. H. Douglas

These present discontents (1920c): Überblick über den Inhalt des Textes. In dem Aufsatz, dessen Teile in drei aufeinander folgenden Nummern des *New Age* erschienen (6., 13., 20.5.1920), kritisiert Douglas unterschiedliche Vorschläge für die Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Teile der arbeitenden Bevölkerung wegen ihres Fokus auf Veränderung der »Administration« der Industrie, die nicht zur Befreiung der Menschen führe, weil sie den Aspekt der »Politik« (*policy*) außer Acht lasse. Er argumentiert, dass dieselbe »industrielle und gesellschaftliche Maschine« ebenso Instrument einer »Politik der Freiheit« wie einer »Politik der Herrschaft« sein könne. Der Zweck von Arbeit sei die Befriedigung von Bedürfnissen; der Wert des als Tauschmittel dienenden Geldes beruhe auf dem als »realen Kredit« definierten Vertrauen der Arbeitenden, dass sie durch mehr Produktion mehr Bedürfnisse befriedigen können. »Realer Kredit« sei über Preise mit »finanziellem Kredit« verknüpft. Während diese Verknüpfung immer weiter »gedehnt« werde, weil die Kosten für die zunehmend eingesetzten Maschinen über die Preise der Endprodukte auf die Konsumenten umlegt würden, produzierten die »Preismacher« soviel Kapitalgüter und so wenig Konsumgüter wie möglich. Da im Effekt der Bedarf an Konsumgütern nicht mehr gedeckt werde – und somit der »reale Kredit« zerstört werde – sei eine Kontrolle der Politik (*policy*) der Industrie im Interesse des Konsumenten erforderlich, nicht mittels einer Verstaatlichung der »Administration«, sondern mittels einer »Vergesellschaftung« des Geldwesens. Aus der Zusammenarbeit von Menschen entspringe ein mit zunehmendem Kapitaleinsatz immer größer werdender »Wertzuwachs«, der nicht auf Arbeit, sondern auf Kapital beruhe. Dieses gehöre der Gemeinschaft, deren Mitglieder deshalb bedingungslos davon profitieren sollten. Zu diesem Zweck sollten von demokratisch kontrollierten Banken Dividenden an alle

ausgegeben werden. Bevor universelle Dividenden die Grundlage der Güterverteilung würden, solle durch eine Reduktion der Preise unter die Kosten bei gleichzeitiger Ausgabe »finanziellen Kredits« an die Produzenten mit der Verteilung des »unverdienten Wertzuwachses« (»unearned increment«) an alle Konsumenten begonnen werden.

(Re-)Konstruktion der Äquivalenzkette P. Angesichts der bereits im vorangegangenen Unterkapitel vorgenommenen Anmerkungen und Präzisierungen zum methodischen Vorgehen kann der erneute Einstieg in die Analyse direkt erfolgen. Den Mangel, der seinem Diskurs zugrunde liegt, umschreibt Douglas (1920c: 4) zunächst: Eine große Mehrheit der Weltbevölkerung müsse mit ihrem Los zutiefst unzufrieden sein. Mit Bezug auf die enorm entwickelten technischen Möglichkeiten gibt Douglas an späterer Stelle klarer zu verstehen, dass er sich auf einen sehr niedrigen materiellen Lebensstandard bei gleichzeitiger starker Arbeitsbelastung bezieht: »[T]he struggle for existence is yet probably more intense than ever it was, and large classes of the working population live under conditions which are frankly abominable.« (20)

Zur Behebung dieses Mangels werden verschiedene formale Zielforderungen aufgestellt:

»Wandel« (4)

»nicht irgendein Wandel« (4)

»Wissen über Ursache des Mangels« 3x (4, 4, 21)

»Wissen über Potenzial der industriellen und gesellschaftlichen Maschine« (4)

»neues Motiv in der Industrie« (36)

»Wandel« ist die am allgemeinsten formulierte Forderung, die das Geforderte in seiner Gesamtheit möglicherweise am umfassendsten umschreibt. Ein Knotenpunkt im Diskurs ist »Wandel« gleichwohl mit Sicherheit nicht, denn Douglas distanziert sich explizit von undifferenzierten Rufen nach »Wandel« im Allgemeinen und legt Wert auf eine Spezifizierung, die in »Wissen« begründet sein solle, wie er mehrmals betont. Dass die Industrie für Douglas ein wichtiger Bereich ist, in dem Wandel stattfinden soll, wird durch die letztgenannte Forderung angedeutet. Genauere Definitionen der dort erforderlichen Veränderungen liefert er im Zuge des Textes – eine genauere Betrachtung erfolgt gleich, wenn die beiden nächsten Kategorien von Forderungen Gegenstand sind.

Zunächst lässt sich ein einziger Signifikant als »Knotenpunkt-Kandidat« festhalten:

»Wissen«

Die substanziellen Zielforderungen sind eng mit Douglas' theoretischen Überlegungen verbunden und lassen sich zum Teil nicht sinnvoll in kurzen Formeln zusammenfassen:

»Freiheit« (indirekt, aber nachdrücklich gefordert) (4)

»Möglichkeit der Individuen, einfach von der Gemeinschaft zu profitieren« (4)

»Individuen sollten als Mitglieder der Gemeinschaft bedingungslos von unverdientem Wertzuwachs profitieren« (36)

»Staat soll Nutzen des unverdienten Wertzuwachses zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft aufteilen, also leihen, zum Nutzen der Individuen, der Konsumenten« (36)

»sofortige weite Verteilung des unverdienten Wertzuwachses« (36)

»Wirtschaftssystem soll der Gesamtheit des Volkes (people) die richtige Menge der richtigen Güter bereitstellen, mit möglichst wenig Unannehmlichkeit für alle Beteiligten« (36)

»Kontrolle der Politik (policy) der Industrie im Interesse des Konsumenten« (36)

»Auswahl der Betreiber der Anlagen nach Effizienzgesichtspunkten, unter Wettbewerb« (36)

»fortschreitende Ersetzung der Betreiber der Anlagen durch Maschinen« (36)

»Bank als Dienerin des Konsumenten« (36)

»Bank soll nur an Unternehmungen verleihen, die in Gütern und Dienstleistungen resultieren, die von Individuen gebraucht werden« (36)

»Kapital sollte fest in der Gemeinschaft begründet sein« (36)

»Banken sollen sich an Anforderungen orientieren, die an die Gemeinschaft gestellt werden« (36)

»Banken sollen im Namen der Gemeinschaft Kaufkraft schaffen, damit Mitglieder der Gemeinschaft Anforderungen entsprechen können« (36)

»Re-Identifikation von realem mit finanziellem Kredit« (21)

»Demokratisierung der Politik (policy) der Produktion« (36)

»Freiheit« kommt nur einmal im Text vor, und wird dabei nicht einmal explizit (nach dem Muster »Freiheit ist erforderlich«) gefordert. Aus der Gegenüberstellung der beiden einzigen »Great Policies in the world to-day«, »Herrschaft« als Etablierung einer vollständigen Souveränität, unabhängig von den »feinen Worten«, mit der sie begleitet werde, und »Freiheit«, spricht eine klare Parteinahme für Letztere (4). Die Zuspitzung auf einen zentralen Gegensatz zweier Politiken und die zentrale Stellung dieses Gegensatzes in der Argumentationsstruktur des Textes rechtfertigen, trotz der indirekten Formulierung die Forderung nach »Freiheit« als sehr prominent zu betrachten. Im Text ist an diese Forderung unmittelbar nur eine weitere angeschlossen, die das Verständnis

von Freiheit definiert: Die Individuen sollen die Möglichkeit haben, einfach und ohne unnötige Beschränkungen aus gesellschaftlichem Zusammenschluss Nutzen zu ziehen. Die dritte, vierte und fünfte Forderung in meiner Aufzählung weisen ähnliche Muster auf und können als Konkretisierungen gelten. Dieser wiederholte Bezug deutet darauf hin, dass es sich bei dem Freiheitsbegriff um einen zentralen Maßstab für die Bewertung von Politiken handelt, und dass Douglas bezüglich des Verhältnisses zwischen Individuum und Gemeinschaft vor allem der Nutzen für das Individuum am Herzen liegt. Dass die zentralen Probleme und deren Lösung im Bereich der Wirtschaft begründet liegen, darf an dieser Stelle der Analyse schon als sicher gelten. Insofern darf zunächst auch die auf Konsumgüter für die Menschen verweisende Definition des Zieles des Wirtschaftssystems als eine der prominentesten Forderungen gelten, zumal sie durch weitere Forderungen bestärkt wird, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Letztere beziehen sich, ebenso wie die allgemeine Zieldefinition für die Wirtschaft, alle auf den Dienst am Konsumenten, so dass dieser Bezug als potenzieller Knotenpunkt erscheint, der viele Forderungen zusammenknüpft. Fast alle übrigen Forderungen haben einen Bezug auf die »Gemeinschaft« gemeinsam, doch immer mit Bezug auf die Individuen bzw. Konsumenten, die im Diskurs zentraler bleiben. Die »Re-Identifikation von realem mit finanziellem Kredit« ist ebenfalls von großer Bedeutung, da die »Fehlleitung von Arbeitsaufwand« nach Douglas ein wichtiger Grund für den Mangel ist, und diese Fehlleitung wiederum aus der »Dehnung« der Verknüpfung von finanziellem und realem Kredit hervorgehe (20f). Die »Demokratisierung der Politik der Produktion« findet sich wörtlich nur einmal, jedoch an prominenter Stelle – zumal vorher ganz zentral darauf verwiesen wurde, dass es gerade auf die *policy* ankomme. Dazu kommt, dass das ganz am Ende des Aufsatzes wiedergegebene explizit von Orage stammende Zitat der Formulierung »democracy in economics« Gewicht gibt (37), so dass nahe liegt, dass sie den Leser_innen von *These present discontents* im Gedächtnis bleiben soll.

Als Kandidaten für Knotenpunkte dürfen somit gelten:

»Freiheit«

»Nutzen von Gemeinschaft für das Individuum«

»Dienst am Konsumenten«

»Demokratisierung der *policy* der Produktion«

»Re-Identifikation von realem mit finanziellem Kredit«

Die Mittelforderungen in dem untersuchten Text sind folgende:

- »Den Kapitalisten die Kontrolle entziehen, sofern sie nicht die Güter bereitstellen« (36)
- »Trennung der Preisbildung von finanziellem Angebot und Nachfrage« (21)
- »Knüpfung der Preisbildung an Verhältnis zwischen Kreditwert der Kapitalproduktion und dessen Verringerung durch Konsum« (21)
- »Vergesellschaftung von Kreditausgabe« (36)
- »Reduktion von Preisen unter Kosten und finanziellen Kredit an Produzenten, so dass er Produktion nach orthodoxen Prinzipien aufrecht erhalten kann« (36)
- »Treuhänderische Verwaltung des unverdienten Wertzuwachses durch den Staat und seine Agenten, die Banken« (36)
- »Universalisierung der Dividende« (36)
- »Verteilung der Güter und Dienstleistungen über Dividenden« (36)
- »schnelle Ausweitung der Dividende« (36)
- »notwendiger Mechanismus, um Prinzipien umzusetzen« (36)

Die in meiner Liste erstgenannte Forderung nach Entmachtung der Kapitalisten, die Douglas als eine von geschundenen Arbeitern erhobene Forderung präsentiert, der er sich *inhaltlich* anschließt, könnte theoretisch als Klammer für die Bezeichnung der vorgeschlagenen Maßnahmen dienen. In unmittelbarem Zusammenhang mit seiner inhaltlichen Zustimmung zu der Forderung grenzt sich Douglas jedoch von ihrer »Rhetorik« ab – so dass die polemische Zuspitzung in seinem Diskurs keinesfalls als leerer Signifikant eine Repräsentationsfunktion wahrnimmt. Mehrere der Mittelforderungen sind Aspekte der gesellschaftlichen Kontrolle von Preisbildung und Kreditvergabe – wobei diese beiden zu kontrollierenden Funktionen in Douglas' expliziten Worten nicht voneinander zu trennen sind (36). An einer Stelle des Textes werden beide Funktionen unter »Finanz« bzw. »Finanzwesen« (»finance«) subsumiert (36). Es handelt sich um die Konkretisierung der Zielforderung einer »Kontrolle der Politik der Produktion im Interesse des Konsumenten« bzw. einer »Demokratisierung der *policy* der Produktion«. Der Schlüssel einer solchen Policy-Kontrolle sei die gesellschaftliche Kontrolle, bzw. Vergesellschaftung, des Finanzwesens. Unter diese Forderung nach »gesellschaftlicher Kontrolle des Finanzwesens« lässt sich auch die an prominenter Stelle erhobene Forderung fassen, die wiederum selbst prominent geforderte Verteilung des »unverdienten Wertzuwachses« solle über die Banken laufen, die künftig treuhänderisch im öffentlichen Interesse handeln sollten. Eine andere denkbare Klammer für die konkreten Finanzreformforderungen wäre »Bindung von finanziellem an realen Kredit«, da die als Zielforderung abstrakt formulierte »Re-Identifikation von realem mit finanziellem Kredit« zusammen mit der Mittelforderung

der »Trennung der Preisbildung von finanziellem Angebot und Nachfrage« durch die Vorschläge zur gesellschaftlichen Kontrolle des Finanzwesens eine Konkretisierung erfährt, die durch die bewusste Nutzung des Produktionspotenzials für die Befriedigung von Bedürfnissen auf das orientiert ist, was Douglas »realen Kredit« nennt. Die Umstellung auf eine neuartige Verteilung von Kaufkraft über »universelle Dividenden« ist Gegenstand von drei Mittelforderungen. Doch noch mehr als in der mehrfachen Nennung zeigt sich die diskursive Prominenz der Idee in ihrer direkten Verknüpfung mit der Erreichung des zentralen Werts »Freiheit« (36) und in der Charakterisierung des Beziehers von Dividenden als »Prototyp des Neuen Bürgers« (5). Der konkrete »Mechanismus« für die Umsetzung der vorgeschlagenen Finanzreform ist in der Argumentation hingegen so nachrangig, dass der Autor statt einer genauen Darlegung im Text darauf verweist, er werde die Details gern auf Anfrage erklären (37).

Kandidaten für Knotenpunkte sind damit:

»gesellschaftliche Kontrolle des Finanzwesens«

»treuhänderische Verwaltung des unverdienten Mehrertrags durch die Banken«

»universelle Dividenden«

»Bindung von finanziellem Kredit an realen Kredit«

Als einige Glieder der Äquivalenzkette P können auf der Grundlage meiner Analyse genannt werden:

»Wissen« - »Freiheit« - »Nutzen von gemeinschaftlichem Zusammenschluss für das Individuum« - »Dienst am Konsumenten« - »Befriedigung des Bedarfs an Konsumgütern« - »Demokratisierung der Politik der Produktion« - »gesellschaftliche Kontrolle des Finanzwesens« - »Kontrolle der Kreditvergabe« - »Regulierung der Preise« - »Bindung von finanziellem an realen Kredit« - »treuhänderische Verwaltung des unverdienten Mehrertrags durch die Banken« - »universelle Dividenden« - ...

Wie im Diskurs der Milners finden sich auch bei Douglas Subjektpositionen, die so allgemein formuliert sind, dass sie im Prinzip praktisch allen Personen zur Identifikation angeboten werden. Dies trifft zu, wenn Menschen allgemein als »Individuen« (4, 36), und auch, wenn sie als »Konsumenten« (36) angesprochen werden, die Endprodukte wünschen. An weite Teile der Bevölkerung richtet sich Douglas, wenn er arbeitenden Menschen, die im Elend leben (20) Verbesserungen in Aussicht stellt, und wenn er sich positiv auf eine von »verbitterten Arbeitern« erhobene Forderung bezieht (36). Allgemein wendet er sich an »am Thema Interessierte« (37), und spezifisch spricht er unterschiedliche Gruppen an. An einer Stelle findet sich ein

positiver Bezug auf Forderungen von »Labour«²⁴ (21); und gerade »Labour« würde von der Ausweitung der Dividenden profitieren (36). Dividendenbezieher werden darin bestärkt, dass sie ein Recht auf ein »unverdientes« Einkommen haben (4f); und auch die Produzenten sollen nach der Umsetzung der Reformvorschläge weiterhin ihren Platz haben, und durch die verordnete Senkung der Preise keine Nachteile davontragen (36).

(Re-)Konstruktion der Äquivalenzkette Q. Im ersten Schritt trage ich auch hier die Stellen zusammen, in denen im Text unmittelbar explizite Gegensätze zu den Konzepten formuliert werden, die ich als Glieder von P identifiziert habe.

»Wissen« -/- »Glaube an beliebige Änderung«

»Freiheit« -/- »Herrschaft«

»Dienst am Konsumenten« -/- »Banken als Werkzeug von Finanziers und Preismachern«

»Bedarfsdeckung als Ziel der Wirtschaft« -/- »Schaffung von Beschäftigung als Ziel der Wirtschaft«

»Universalisierung der Dividende« -/- »Abschaffung der Dividende«

»Verleihen von Kaufkraft durch die Banken (als Treuhänderinnen des Staates für unverdienten Mehrertrag)« -/- »Entleihen von Kaufkraft durch den Staat«

Die folgenden beiden Forderungen stehen im Textzusammenhang jeweils zu mehr als einem Konzept in explizitem Gegensatz:

»Demokratisierung der policy der Produktion« -/

/- »policy der Produktion im Interesse von Finanziers und Preismachern«

/- »Änderung des Systems der Administration der Industrie«

/- »Verstaatlichung der Administration der Industrie«

»Gesellschaftliche Kontrolle des Finanzwesens« -/

/- »Verstaatlichung der Administration der Industrie«

/- »den Preisbildungsprozess dem finanziellen Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen«

Ein naiver »Glaube an eine beliebige Änderung« des Systems könnte in Douglas' Befürchtung zu einer vorschnellen Zerstörung der »Maschine« der Industrie und Zivilisation führen. Es müsse zunächst geprüft werden, ob diese »Maschine«

24 Der englische Begriff »Labour« kann sich auf die »Arbeiterschaft« in ihrer Gesamtheit beziehen – oder auf eine konkrete politische Partei mit dem vollständigen Namen »Labour Party«. Ob Douglas bei der Formulierung einer konkreten Textstelle die Arbeiterschaft insgesamt oder die Partei im Sinn hatte, macht für meine Analyse keinen praktischen Unterschied. Hegemonialer Erfolg beruht zum Großteil auf der Rekrutierung »politisch-gesellschaftlicher Kräfte« für Subjektpositionen (vgl. Nonhoff 2006: 177, und meine Ausführungen in Kapitel 3.3); und wenn »die Arbeiterschaft« im politisch-diskursiven Raum als organisierte Kraft in Erscheinung trat, dann am ehesten in Form der hauptsächlich von Gewerkschaften getragenen Labour Party.

möglicherweise auch als Instrument einer »Politik der Freiheit« dienen könnte (4) – eine Vermutung, die durch Douglas' Analyse Bestätigung erfährt (36). »Herrschaft« ist in Douglas' Terminologie das Gegenteil von »Freiheit«. Jede Politik, die eine vollständige Souveränität etablieren wolle, sei eine »Politik der Herrschaft«, egal, ob es sich um die Souveränität eines Kaisers oder z.B. einer Gewerkschaft handele. Der Autor nennt verschiedene Beispiele, unter anderem einen »Labour-Fanatiker«, der das Recht auf Leben von »orthodoxer Arbeit« abhängig mache, und einen »Trust-Magnaten«. Beide werden explizit äquivalent gesetzt, weil es ihnen gleichermaßen um Erlösung durch Zwang gehe, ebenso wie mittelalterlichen Geistlichen mit ihren Menschenverbrennungen (4).

Die Entwicklung des Finanzwesens läuft nach Douglas' Überzeugung auf eine weitere Zentralisierung von Herrschaft hinaus. Dabei stünden die Interessen von »Finanziers und Preismachern« in klarem Gegensatz zu den Interessen des »Konsumenten«. Wichtig ist, dass die »Konsumenten« nicht eine von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sind. Die Forderungen nach Kontrolle der »Politik der Industrie im Interesse der Konsumenten« steht im Zusammenhang der Forderung nach Ausrichtung der gesamten Wirtschaftstätigkeit auf die »Interessen der Gesamtheit des Volkes«. Wer sich gegen die Interessen der Konsumenten wendet, steht folglich in Douglas' Diskurs in direktem Gegensatz zum Gemeinwohl insgesamt – als »Antagonist« in klassischer Form. Dabei differenziert Douglas in seinem Text nicht klar zwischen den beiden als antagonistisch ausgemachten Figuren. Der »Preismacher« setze die Preise so, dass er die Kosten für die Investitionen in Maschinen dadurch ersetzt bekomme, und die Kontrolle über Anlagen, Produktion und Preise behalte; in direktem Gegensatz zum Gemeinwohl wolle er zur Disziplinierung der Arbeiter den Eindruck der Knappheit und Notwendigkeit harter Arbeit aufrecht erhalten, weshalb er an Stelle von Konsumgütern vorzugsweise mehr Kapitalgüter herstellen lasse (21). Einige Formulierungen über die enge Verbindung von Preisbildung und Kreditvergabe legen nahe, dass »Preismacher« und »Finanziers« identisch sind (4f); doch was sie genau im »finanziellen Spiel von Angebot und Nachfrage« tun, und ob der Fabrikeigentümer auch dieselbe Figur ist oder nicht, bleibt im Text unklar. Auf jeden Fall wird die Kontrolle der Wirtschaft durch die »Finanziers und Preismacher« als undemokratisch dargestellt.

Der Gegenentwurf dazu müsse eine »Demokratisierung der *policy* der Produktion« sein, und ein Glaube, diese Änderung der Kontrolle sei über eine Änderung der

»Administration« der Produktion zu erreichen, beruhe auf Unwissen über die »industrielle und gesellschaftliche Maschine«. Entsprechende Vorschläge liefen nicht nur ins Leere, sondern führten, wenn sie auf eine »Verstaatlichung der Administration« hinausliefen, sogar zu einer effektiveren Unterordnung der Menschen unter die Struktur (4, 36), ein klarer Fall von »Politik der Herrschaft«. Als Vertreter solcher »staatssozialistischer« Konzeptionen nennt Douglas explizit Sidney Webb, die Fabian Society, die »orthodoxen« bzw. »Mehrheits-Gildensozialisten«, sowie die Bolschewisten. Über die wechselseitigen Abgrenzungen zwischen diesen Gruppen macht sich Douglas lustig. Er konstatiert, dass allen ihren Konzeptionen Mechanismen der Unterordnung gemeinsam seien, und dass keine sozialistische Körperschaft effektive Perspektiven aufzeige (4).

»Schaffung von Beschäftigung« sei kein »legitimes Ziel des allgemeinen produktiven Prozesses«; wie die Interessen der »Preismacher« an der Produktion von relativ zu wenig Konsumgütern stehe die Fixierung auf Beschäftigung dem ausgegebenen Ziel der Bedürfnisbefriedigung entgegen. Es handele sich um ein Ziel im Dienst des »verbrauchten Finanzsystems« (36). Wenn die Umorientierung der Wirtschaft auf die Deckung der Bedarfe der Konsumenten eine Abkehr von Erwerbseinkommen als primärer Methode der Verteilung von Kaufkraft und deren fortschreitende Ablösung durch Dividenden erfordert, steht folglich eine Forderung nach »Abschaffung von Dividenden« einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft entgegen. Nach Douglas' Ansicht beruht diese in den Reihen der Arbeiterschaft vertretene Forderung auf falschen Einschätzungen, und er hofft, dass sich ihre Vertreter überzeugen lassen, ihre Haltung zu ändern (36). Im Zusammenhang mit der Universalisierung der Dividende müsse dem Staat eine neue Rolle zukommen: Die Banken müssten seine Treuhänderinnen werden, statt den »Interessen der Finanziers und Preismacher« zu dienen; damit würde in Douglas' Vorstellung einhergehen, dass der Staat nicht mehr Schuldner ist, der Kaufkraft entleiht (36).

Entsprechend sind einige Glieder der Äquivalenzkette Q:

»Unwissen« - »Zerstörung der Maschine der Zivilisation« - »Herrschaft« - »Interessen von Finanziers« - »Interessen von Preismachern« - »Verstaatlichung« - »Staatssozialismus« - ...

Mehrere Subjektpositionen, die auf die eine oder andere Weise in die Äquivalenzkette Q eingebunden sind, wurden im Zuge der Analyse schon genannt. Zunächst sind natürlich die »Finanziers« und »Preismacher« zu nennen, die Interessen

verfolgten, welche sich gegen das Gemeinwohl richteten. An einer Stelle ist von den »Kapitalisten« die Rede, denen die Kontrolle entzogen werden müsse – vor dem Hintergrund der Ausführungen über die Kontrollmacht des »Preismachers« scheint es sich bei dem Begriff »Kapitalisten« um ein Synonym zu handeln. Wenngleich die Subjektpositionen der »Finanziers«, »Preismacher« und »Kapitalisten« in Q eingebunden sind, weil sie aufgrund ihrer Interessen Widerstand gegen die Beseitigung des Mangels leisten, erklärt Douglas sie nicht persönlich zu Feinden, weil er die Probleme auf einer systemischen Ebene sieht: Viele »sogenannte Kapitalisten« seien redlich; sie könnten nicht anders, als Geld zu machen (36). Die besten Ergebnisse würden nicht von einer Person oder Klasse verhindert, sondern seien unerreichbar – woran die Forderung nach einer neuen Kontrolle der *policy* der Produktion angeschlossen wird.

Mit den »Kapitalisten« werden in Q Subjektpositionen äquivalenziert, deren Träger_innen nach eigenem Selbstverständnis gegen den »Kapitalismus« arbeiten: Es handelt sich um die genannten »Staatssozialisten« und ihre Teilgruppen – Fabians, »Mehrheits-Gildensozialisten«, Bolschewisten. Ebenso, wie die vermeintlich dem entgegengesetzten Lager zugehörigen »Trust-Magnaten« zielten sie auf »Erlösung durch Zwang«. Douglas' Wortwahl und besonders seine Äquivalenzierung mit der Subjektposition des »Menschenverbrenners« legt eine enorme Bösartigkeit nahe. Ein genauerer Blick macht jedoch klar, dass Douglas weniger bösen Willen und mehr Fehlannahmen am Werk sieht. Auch wenn »orthodoxe Sozialisten« und »fanatische Labour-Theoretiker« durch ihre Verneinung eines Rechts auf »unverdientes Einkommen« und ihre Knüpfung des Rechts auf Leben an Arbeitsleistung Widerstand gegen die Erfüllung von Douglas' Forderungen leisten (4f), glaubten viele dieser »Möchtegern-Reformer«, auf Freiheit hinzuarbeiten.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die »Preismacher« aufgrund ihrer Interessen im bestehenden System, nicht aufgrund unveränderlicher Persönlichkeitszüge, in antagonistischen Subjektpositionen erscheinen. Hier sei noch angemerkt, dass den »Produzenten« bzw. Fabrikeigentümern sogar explizit ermöglicht werden soll, im veränderten System weiter tätig zu sein (36) – wobei auf der Textgrundlage von *These present discontents* allein unklar bleibt, ob es sich bei diesen um dieselben Subjekte wie die »Preismacher« handeln soll. Eindeutiger als den »Finanziers«, »Preismachern« und »Kapitalisten« wird den ebenfalls in die Äquivalenzkette Q eingebundenen Sozialisten und Labour-Vertretern ein Platz in der P-

Kette des Diskurses angeboten. In Bezug auf »Labour« hat sich das schon im Zuge der Identifizierung der in P eingebundenen Subjektpositionen gezeigt; es gilt offenbar auch für die »Staatssozialisten«, die Douglas davon überzeugen will, dass ihre eigenen Intentionen nur durch die von ihm vorgeschlagene Vergesellschaftung (»socialisation«) des Finanzwesens zu erreichen seien (36). Bemerkt werden sollte im Übrigen, dass sich Douglas an keiner Stelle gegen »Sozialismus« oder »Sozialisten« im Allgemeinen wendet. Seine Kritik gilt einerseits den diversen »Staatssozialisten«, andererseits der Perspektivlosigkeit der veröffentlichten Vorschläge aller »sozialistischen Körperschaften« (4), was nicht notwendigerweise auf deren Mitglieder in ihrer Gesamtheit gerichtet ist.

Repräsentation. Die Frage ist nun wieder, welcher Signifikant zu allen einzelnen Bestandteilen der Äquivalenzkette Q in Kontrarität steht und zugleich geeignet ist, die Äquivalenzkette P mit allen ihren Gliedern im Diskurs zu repräsentieren – was darauf hinausliefere, dass er seines Inhalts tendenziell entleert wird und für die abwesende Universalität der Gemeinschaft steht.

»Wissen« ist in Douglas' Diskurs essenziell für die Überwindung des Mangels, doch mit »Wissen« geht nicht notwendigerweise die ebenso erforderliche normative Entscheidung für »Freiheit« einher. Mit den Konzepten »Freiheit«, »Nutzen gemeinschaftlichen Zusammenschlusses für das Individuum« und »Dienst am Konsumenten« verhält es sich umgekehrt – wie wir gesehen haben, kann das *commitment* zu Werten und Zielen in Douglas' Ansicht durch Unwissen fehlgeleitet werden. »Treuänderische Verwaltung des unverdienten Mehrertrags durch die Banken« und »universelle Dividenden« repräsentieren nicht alle Glieder von P, da Letztere weitere Maßnahmen umfassen. Ähnliches gilt für »Re-Identifikation von realem mit finanziellem Kredit« und »Bindung von finanziellem an realen Kredit«: Es ist fraglich, inwiefern durch diese Forderungen auch »universelle Dividenden« oder »Konsumentenorientierung der Wirtschaft« repräsentiert würden. »Demokratisierung der *policy* der Produktion« kommt den Anforderungen schon näher – allerdings kann Unwissen wiederum dazu führen, dass bei Versuchen der »Demokratisierung« nicht der richtige Ansatzpunkt gewählt wird. Douglas meint herausgefunden zu haben, dass der Schlüssel die »gesellschaftliche Kontrolle des Finanzwesens« ist. Dieses Konzept erscheint tatsächlich geeignet, alle Glieder von P zu repräsentieren, während es zu allen Bestandteilen von Q in Kontrarität steht. Da es sich bei der Formulierung jedoch um eine von mir vorgenommene Zusammenfassung, nicht um ein von Douglas selbst

verwendetes Schlagwort handelt, sollte ich »gesellschaftliche Kontrolle des Finanzwesens« nicht zum Repräsentanten von P erklären, ohne den Befund zuvor mit weiterem Original-Textmaterial abzugleichen.

The mechanism of consumer control (1920b), der für die Ergänzung der Analyse gewählte Text, ist das Manuskript eines am 7. Dezember 1920 vor der *Sociological Society* von Douglas gehaltenen Vortrags, das kurz darauf in drei Teilen im *New Age* abgedruckt wurde. Die Thematik ist die gleiche wie in *These present discontents*: Die zentralen Argumente finden sich alle wieder. Dabei ist das Vortragsmanuskript anders aufgebaut. Douglas (1920b: 78) stellt zunächst seine Definition von »realem« und »finanziellem Kredit« vor, und gelangt über die Gegenüberstellung der beiden Aufgaben der Industrie, Güter herzustellen und Kaufkraft zu verteilen, zu der Schlussfolgerung, dass ein Festhalten an der Verteilung von Kaufkraft über Arbeitsentgelte dazu führe, dass es immer mehr Menschen an Gütern fehle. Danach gibt Douglas eine Definition des »kapitalistischen Systems« als ein System, in dem alle Kosten zusammengezählt und in Form von Preisen von den Konsumenten zurückgewonnen werden (78). Nach dieser Definition müssen seine alternativen Vorschläge als anti-kapitalistisch gelten; und der Signifikant »Kapitalismus« ist Teil der Äquivalenzkette Q des Diskurses. Die darauf folgende Diskussion der Mechanismen des Preis- und Kreditsystems und der Ursache der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten schafft ein Stück mehr Klarheit in Bezug auf die Konzeption der »antagonistischen« Subjekte. In *These present discontents* hieß es, der »Preismacher« kontrolliere die Produktion (vgl. Douglas 1920c: 21). In *The mechanism of consumer control* wird nachdrücklich festgestellt: »[T]he banks, through their control of credit facilities, hold the volume of production at all times in the hollow of their hands.« (88) »Preismacher« und »Finanzier« sind also in Douglas' Diskurs tatsächlich dieselbe Figur; die Fabrikeigentümer hingegen haben in ihrer Abhängigkeit von den Banken selbst keine Macht. Douglas behauptet, die wirtschaftliche Krise sei von den Banken in einer »bewussten« Aktion ausgelöst worden, betont allerdings erneut, dass es nicht um persönliche Anschuldigungen gehe. Es handele sich um »automatisches Handeln nach den Spielregeln«, und eine Öffentlichkeit, die diese Regeln billige, habe keinen Grund, sich zu beschweren (88)²⁵.

25 Obwohl es Douglas in den beiden in dieser Arbeit analysierten frühen Texten explizit ablehnt, »Finanziers« persönlich zu beschuldigen, ist klar, dass seine Konstruktion Anknüpfungspunkte für antisemitische Diskurse bietet. Auch wenn sich meine Untersuchung auf den Zeitraum zwischen 1918 und 1922 beschränkt, will ich nicht unerwähnt lassen, dass sich Douglas selbst in späteren Jahren teilweise positiv auf die »Protokolle der Weisen von Zion« bezog (vgl. Finlay 1972: 103-105), und dass zumindest Teile der späteren Social-

Der Schlüssel zur Lösung der Probleme liege in der »Kontrolle des Kredits«. Inhaltlich ist diese zentrale Aussage nichts Neues; was aber deutlicher als im zuvor betrachteten Text wird, ist, dass Douglas nicht nur die Kreditvergabe an Produzenten, sondern auch die Mechanismen der Preisbildung unter »Kredit« subsumiert (102). »Kontrolle des Kredits« und »Kontrolle des Finanzwesens« sind also in Douglas' Diskurs als synonym zu verstehen. Doch wer soll diese Kontrolle ausüben? In seinem Vortrag macht sich Douglas über den Begriff der »öffentlichen Kontrolle« lustig. Es geht nicht um »this alleged entity, the public«, sondern um die Individuen bzw. um die Konsumenten (102). Der ermittelte leere Signifikant, der bei Douglas das »Allgemeine« repräsentiert, muss also umformuliert werden, im Sinne der von Douglas selbst im Titel seines Vortrags genannten Bezeichnung »consumer control«. Auf Deutsch könnte es dann »Kontrolle des Kredits im Interesse der Konsumenten« heißen.

5.2.3 Labour Party

Labour and the new social order. A draft report on reconstruction (1919a [1918]).
Überblick über den Inhalt des Textes. Vor dem Hintergrund der Zerstörungen des (Ersten) Weltkriegs stellt die Labour Party in dem Dokument ihr Programm für den Wiederaufbau dar – verstanden als ein umfassender Plan für den erforderlichen Wiederaufbau der Gesellschaft selbst. Anstelle einer Wiederbelebung des kapitalistischen Systems, das sie zusammenbrechen sieht, drängt die Partei auf die Errichtung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auf der Grundlage der Brüderlichkeit. Sie schlägt einen »umfassenden Plan« vor und spricht dabei metaphorisch von der Errichtung eines Hauses. Entsprechend werden die einzelnen Vorschläge in vier Rubriken präsentiert, die für die »Pfeiler« stehen, auf denen das »Haus« ruhen solle: »universelle Durchsetzung des nationalen Minimums«, »demokratische Kontrolle der Industrie«, »Revolution in den nationalen Finanzen« und »Überschuss-Reichtum für das Gemeinwohl«. Ergänzt werden die so gruppierten Vorschläge durch Forderungen zur internationalen Politik sowie im letzten Abschnitt des Textes durch die Betonung, dass guter Wille allein nicht ausreiche, und wissenschaftliche Erkenntnisse in die Weiterentwicklung der Programmatik der Partei auf Grundlage ihrer Zielsetzung einfließen müssten.

Credit-Bewegung antisemitische Propaganda verbreiteten (vgl. Stingel 1997).

(Re-)Konstruktion der Äquivalenzkette P. Der Mangel, von dem der Diskurs seinen Ausgang nimmt, könnte umfassender und allgemeiner nicht sein: Eine industrielle Zivilisation sei in ihrer Gesamtheit kollabiert (vgl. Labour Party 1919a [1918]: 298). Die Darstellung erinnert an Laclaus (1996c: 44) Charakterisierung einer Situation, in der »Ordnung« selbst zum leeren Signifikanten werde und deren Inhalt von nachrangiger Bedeutung sei. Einer solchen alleinigen und undifferenzierten Fixierung auf »Ordnung« an sich tritt die Partei jedoch entgegen, wenn sie warnt: »At such times of crisis it is easier to slip into ruin than to progress into higher forms of organization.« (298) Dieses sei das Problem, dem sich die Labour Party gegenüber sehe. Mit anderen Worten: Der Mangel an gesellschaftlicher Ordnung an sich müsse überwunden werden, ohne dabei den Mangel zu erneuern, den das bisherige, auf ständigem Kampf aufbauende »individualistische System kapitalistischer Produktion« mit sich brachte.

Die Zahl der Forderungen, die zur Überwindung des Mangels (in beider Hinsicht) aufgestellt werden, ist auf den ersten Blick unüberschaubar, da in weiten Teilen des Textes ein Programmpunkt nach dem nächsten aufgelistet wird – dieses mitunter sehr detailliert. Meine analytische Arbeit beruht zu einem nicht unwesentlichen Teil auf der Gruppierung von Forderungen und deren Zusammenfassung, wie ich im Unterkapitel 5.2.1 dargelegt habe. Angesichts der großen Menge der Forderungen in *Labour and the new social order* erscheint es unumgänglich, bei der Analyse dieses Textes noch mutigere Zusammenfassungen vorzunehmen als bei den vorangegangenen Analysen, weil ohne eine solche Komplexitätsreduktion kaum sinnvolle und im Kontext meiner Untersuchung zielführende Aussagen über die Argumentationsstruktur des Textes getroffen werden können. Die inhaltliche wie semantische Nähe mancher Forderungen zueinander, sowie das Vorkommen vieler detaillierter Teilforderungen, von denen ganz offensichtlich keine einzige allein für eine prominente Funktion in der Struktur des Diskurses in Frage kommt, sprechen dafür, dass dieses Vorgehen sinnvoll und gerechtfertigt ist. Um meinen Leser_innen dennoch einen Rückbezug auf den Text zu ermöglichen, werde ich im Folgenden die Auflistungen der Forderungen in drei der vier Kategorien nicht nur in der stark zusammengefassten Form, sondern zuvor auch jeweils in einer weniger komprimierten Form wiedergeben.

Formale Zielforderungen sind, in dieser umfassenden, weniger komprimierten Form:

»ganzheitliche Betrachtung des Problems« (297)

»systematischer, umfassender Plan« 2x (297, 298)

»höhere Organisationsformen« (298)

- »Haus bauen« (299)
- »Gemeinwohl« (305)
- »Schutz der Interessen der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit« (308)
- »Berücksichtigung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse« (309)
- »Verbesserung der Unternehmungen der Gemeinschaft« 2x (311, 311)
- »Aufhellung des Lebens derjenigen, die bisher zu fast unaufhörlicher Arbeit verdammt sind« (311)
- »mehr Wärme in der Politik« (313)
- »weniger Apathie« (313)

In der zusammengefassten Form ist die Auflistung der formalen Zielforderungen wie folgt:

- »umfassend / ganzheitlich« 4x (297, 297, 298, 298)
- »Haus bauen« (299)
- »Gemeinwohl« (305)
- »Interessen der Gemeinschaft« (308)
- »wissenschaftliche Fundierung« (309)
- »gemeinschaftliche Kooperation« 2x (311, 311)
- »Interessen der Ausgebeuteten« (311)
- »Wärme« 3x (311, 313, 313)

Besonders häufig sind der Bezug darauf, dass die Lösung in einem durchdachten, »umfassenden« Plan bestehen müsse, sowie der Bezug auf die »Gemeinschaft«. Die Metapher des »Bauen eines Hauses« dient im Aufbau des Textes als Klammer für die verschiedenen Teilbereiche des Programms. Als Signifikant ist das »Haus« selbst weniger prominent als die Bezeichnungen der einzelnen Teilbereiche, das Bild erhöht vielmehr das diskursive Gewicht der mit den Signifikanten »umfassend« und »ganzheitlich« bezeichneten Idee. Die »Interessen der Ausgebeuteten« sind ein weniger zentraler Bezugspunkt als das Wohl der Allgemeinheit, im dem sie eng verknüpft werden (311). Ganz im Sinne dieser Verknüpfung soll »Wärme« speziell den Benachteiligten zugute kommen, und zugleich ein grundlegendes Motiv der gesamten vorgeschlagenen Politik sein. Der Verweis auf die »Wissenschaft« kommt in der Kategorie der formalen Zielforderungen nur einmal in einem Teilbereich vor. Diese bisherige Grundlage reicht nicht, um den Signifikanten als sehr prominent zu charakterisieren.

Die ersten Kandidaten für Knotenpunkte wären somit:

- »umfassend« / »ganzheitlich«

»Gemeinschaft«

»Wärme«

Substanzielle Zielforderungen sind, in wenig komprimierter Auflistung:

- »Begräbnis des wirtschaftlichen und politischen Systems des Kapitalismus« (298)
- »neue soziale Ordnung auf der Grundlage der Brüderlichkeit« (298)
- »materielle Gleichheit« (298)
- »gleiche / effektive Freiheit« 2x (298, 304)
- »Übereinstimmung« 4x (298, 3x314)
- »weitestmögliche Partizipation an wirtschaftlicher und politischer Macht« (298)
- »Demokratie« 2x (298, 304)
- »demokratische Kontrolle aller gesellschaftlichen Aktivitäten« (299)
- »Voraussetzungen für gesundes und würdiges Leben für jedes Mitglied der Gemeinschaft« (299)
- »angemessene produktive Beschäftigung für alle finden« (301)
- »normal bezahlte, produktive Arbeit für alle Arbeitswilligen finden« 3x (302, 303, 304²⁶)
- »der Entstehung von Arbeitslosigkeit vorbeugen« 2x (302, 303)
- »vollständige Sicherheit gegen Not« (304)
- »Steigerung der Produktivität« (305)
- »Gemeineigentum an Produktionsmitteln« (305)
- »gerechtes Teilen der Gewinne zwischen allen Beteiligten (und nur diesen)« (305)
- »Gemeineigentum an Land« (305)
- »Interessen privater Konsumentinnen und Konsumenten²⁷ bzgl. der Preisentwicklung schützen« (308)
- »Interessen der Lohnabhängigen bzgl. Löhnen und Arbeitsbedingungen schützen« (308)
- »Opfergleichheit (equality of sacrifice)« 3x (309, 310, 310)
- »Reichtum müsste Armut in Großbritannien beendet haben« (311)
- »echte Chancengleichheit« (311)
- »stärkerer freundschaftlicher und kooperativer Austausch zwischen den Völkern der Welt« (312)

Teilforderungen: 3x (3x312)

- »Weiterentwicklung des British Empire in Richtung einer Allianz freier Nationen« (312f)

Teilforderungen: 8x (3x312, 5x313)

- »Ende der Verstrickungen von Geheimdiplomatie und feindlicher Bündnisbildung« (313)
- »Internationale Liga der Nationen« (313)

Teilforderungen: 2x (2x313)

26 An dieser Stelle (304) ist vom Finden bezahlter Beschäftigung oder (alternativ) »ehrenvoller Unterstützung« die Rede.

27 Hier benutze ich in der Paraphrasierung des historischen Originaltextes auch die weibliche Form, weil explizit von Wählerinnen die Rede ist, für die die Preise der im Haushalt benötigten Waren die praktischste politische Angelegenheit seien.

- »dauerhafter Frieden« (313)
- »demokratische Kooperation« (314)

Zusammengefasst stellen sich die substanziellen Zielforderungen folgendermaßen dar:

- »neue soziale Ordnung auf der Grundlage der Brüderlichkeit« 2x (2x298)
- »gleiche / effektive Freiheit« 3x (298, 304, 304)
- »Übereinstimmung« 4x (298, 3x314)
- »Demokratie« 4x (298, 304, 298, 299)
- »Vollbeschäftigung« 6x (301, 302, 3x303, 304)
- »(vollständige) Sicherheit gegen materielle Not / Mindestlebensstandard« 4x (299, 304, 311, 308)
- »Gemeineigentum« 2x (305, 305)
- »materielle Gleichheit« (298)
- »Leistungsgerechtigkeit« 2x (305, 308)
- »Opfergleichheit (equality of sacrifice)« 3x (309, 310, 310)
- »echte Chancengleichheit« (311)
- »Steigerung der Produktivität« (305)
- »demokratische Kooperation« (314)
- »Frieden« 5x (5x313)
- »freundschaftliche Kooperation zwischen Völkern« 14x (8x312, 6x313)

Das »Begräbnis des Kapitalismus« ist *sinngemäß* zentral, in einer solchen drastischen negativen Formulierung allerdings nicht. Im Text spielen positiv formulierte und dabei relativ allgemein gehaltene Formeln eine größere Rolle. So könnte zum Beispiel »Brüderlichkeit« möglicherweise als Klammer zwischen vielen Programmpunkten dienen – in Kontrarität zum »Kapitalismus« artikuliert (298) und (mindestens assoziativ) mit »Kooperation« und dem Prinzip der »Opfergleichheit« verknüpft. Auf ähnliche Weise könnten »Freiheit«, »Übereinstimmung« oder »Demokratie« vieles zusammenknüpfen und so den Diskurs strukturieren. Das weniger abstrakte Ziel der »Vollbeschäftigung« tritt sehr häufig auf und spielt eine zentrale Rolle. Damit verbunden wird »Sicherheit gegen Not« als ein besonders vordringliches Ziel, gar als »erstes Prinzip« (299) präsentiert. »Gemeineigentum« (an Land und an Produktionsmitteln) hat als Signifikant in vielen Zusammenhängen eine große symbolische Bedeutung und ist auch in der untersuchten Programmschrift nicht unwichtig, dabei aber immerhin so konkret, dass sich relativ klar sagen lässt, dass sich viele einzelne Maßnahmen nicht darunter fassen lassen. Der Signifikant

»Gemeineigentum« allein scheint im Argumentationszusammenhang dieses konkreten Textes nur begrenzt als Knotenpunkt geeignet zu sein – wofür auch spricht, dass er weder häufig noch in allzu prominenter Position auftaucht. »Gleichheit« tritt in unterschiedlichen Konkretisierungen als wichtiges Prinzip auf. Die Forderung nach »Steigerung der Produktivität« ist hingegen nicht sonderlich zentral. »Kooperation« ist wichtiger, und erscheint dabei, wie bereits angedeutet, in diskursiver Nähe zur »Brüderlichkeit«. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass das quantitative Herausstechen von »Kooperation« daher ruht, dass ich selbst als Analysierender in der Zusammenfassung diesen Signifikanten gewählt habe. Der Großteil der Nennungen ist zudem einem einzigen inhaltlichen Teilbereich der Programmschrift, dem der internationalen Beziehungen, zugeordnet. Letzteres gilt auch für die innerhalb dieses Bereichs häufige und nur dort vorkommende Forderung nach »Frieden«.

Folgende weitere Knotenpunkt-Kandidaten haben sich damit ergeben:

- »Brüderlichkeit«
- »Freiheit«
- »Übereinstimmung«
- »Demokratie«
- »Vollbeschäftigung«
- »Sicherheit gegen Not / Mindestlebensstandard«
- »Gleichheit«
- »Kooperation«

Als wenig konkretisierte Mittelforderungen lassen sich folgende Punkte nennen:²⁸

- »geplante Kooperation / umfassende Planung in Produktion und Verteilung« 2x (298, 300)
- »demokratische Kontrolle der Industrie« 3x (299, 305, 308)
- »Privatkapitalisten die Kontrolle über die Industrie entziehen« (305)
- »Arbeitende zum Dienst an der Gemeinschaft befreien« (305)
- »Revolution in den nationalen Finanzen« 2x (299, 309)
- »Mehrwert für das Gemeinwohl« 4x (299, 311, 311, 312)
- »nationales Minimum« 3x (299, 304, 304)
- »Rücksicht auf Beschäftigung bei Umstellung auf Friedenswirtschaft« (301)
- »Wissenschaft nutzen / wissenschaftliche, gemeinwohlorientierte Reorganisation der Industrie« 3x (305, 305, 306)

28 Mehrere dieser Punkte ließen sich ebenso gut als »substanzielle Zielforderungen« einordnen. Da ich die Kategorisierung der Forderungen zur Verbesserung der Übersichtlichkeit und nicht zwecks unterschiedlicher Behandlung der Forderungen entsprechend ihrer jeweiligen Einordnung vornehme (vgl. Kapitel 5.2.1), sollten Fragen der Kategorisierung bestimmter einzelner Forderungen für meine Untersuchung nicht von großer Bedeutung sein.

»Nutzung der Erfahrungen mit staatlichen Importen und Industriekontrolle in Kriegswirtschaft« (308)

Die zentrale Stellung von »Kooperation« bekräftigt den Status dieses Signifikanten als Knotenpunkt-Kandidaten. Ebenso findet sich die Wichtigkeit von »Demokratie« bestätigt. Deren konkrete Artikulation mit der »Kontrolle der Industrie« verweist auf einen von verschiedenen Aspekten der »Demokratie«, ist zugleich aber auch als Indiz für eine antagonistische Beziehung zwischen »Demokratie« und »Kapitalismus« interpretierbar. So soll den Kapitalisten im Interesse der »Gemeinschaft« die Kontrolle über die Industrie entzogen werden, so dass die dort Arbeitenden fortan, statt im Dienst der privaten Interessen ihres Arbeitgebers, im Dienst der Gemeinschaft tätig sein können. Dieses wird als »Befreiung« dargestellt. So findet sich die Bedeutung der Signifikanten »Freiheit« und »Gemeinschaft«, ihre enge Verknüpfung miteinander und mit »Arbeit« bestätigt. »Revolution in den nationalen Finanzen« und »Mehrwert für das Gemeinwohl« sind jeweils prominent, doch da sie im Text explizit als zwei von vier »Pfeilern« präsentiert werden (299), ist klar, dass sie nicht einzeln eine gesamte Äquivalenzkette repräsentieren können. Dieses Argument gilt in Bezug auf das »nationale Minimum« nur begrenzt, obwohl dieses formell ebenso einer der »Pfeiler« ist. Als Programmatik zur Verwirklichung der explizit als besonders wichtig und vordringlich charakterisierten »Sicherheit gegen Not« kommt dem »nationalen Minimum« im Vergleich zu den anderen »Pfeiler«-Bezeichnungen eine prominentere diskursive Bedeutung zu. Die letzten drei aufgelisteten Forderungen bestärken den Kandidaten »(Voll-)Beschäftigung« und das Gewicht von auf das Gemeinwohl gerichteter Kooperation (im Gegensatz zur Steuerung der Industrie aufgrund privater Interessen); außerdem deutet sich durch den erneuten Bezug auf »Wissenschaft« an, dass dieser Signifikant möglicherweise doch eine prominente Rolle spielen könnte.

Als neue Kandidaten für Knotenpunkte können neben den bestätigten, bereits genannten Kandidaten gelten:

»nationales Minimum«

»Wissenschaft«

Die Zahl der konkreten Mittelforderungen ist wesentlich höher. Zunächst seien sie in wenig komprimierter Form genannt:

»Labour-Programmpunkte« (298)

»Verbesserungen der Gesetze, die auf nationales Minimum zielen« (300)

- »bessere Ausführung der Gesetze, die auf nationales Minimum zielen« (300)
Teilforderungen: 5x (5x300)
- »Einbeziehung der Gewerkschaften bei Umstellung auf Friedenswirtschaft« (301)
Teilforderungen: 1x (301)
- »Nutzung von Arbeitsvermittlungen« (301)
Teilforderungen: 3x (3x301)
- »Rücksicht auf Haltung des Lebensstandards bei Umstellung auf Friedenswirtschaft« 3x (301, 302, 302)
Teilforderungen: 3x (3x302)
- »öffentliche Arbeiten« (303)
Teilforderungen: 9x (9x303)
- »Arbeitszeitverkürzung« 2x (303, 303)
- »Verlängerung der Regelschulzeit« (303)
- »mehr Stipendien« (303)
- »Unterstützung unfreiwillig Erwerbsloser, mit ehrenamtlicher Arbeit bzw. Fortbildung« 2x (303, 303)
Teilforderungen: 2x (304, 304)
- »keine privaten Wohltätigkeitsorganisationen oder Armengesetze« (304)
- »Aufhebung der Beschränkungen der bürgerlichen Freiheiten« (304)
- »vollständige politische Rechte« (304)
Teilforderungen: 2x (305, 305)
- »vollständiges Wahlrecht« (305)
Teilforderungen: 3x (3x 305)
- »gleiche Rechte für beide Geschlechter« (305)
- »Verstaatlichung von Infrastruktur« 2x (305, 306)
Teilforderungen: 8x (5x305, 3x306)
- »Verstaatlichung der Kohleindustrie« (306)
Teilforderungen: 4x (3x306, 307)
- »Verstaatlichung von Versicherungsgesellschaften« 2x (307, 307)
Teilforderungen: 2x (2x307)
- »kommunale Regulierung von Alkoholproduktion und -verkauf« (307)
- »Verstaatlichung weiterer Industrien« (307)
- »Ausweitung kommunaler öffentlicher Dienste« (307)
Teilforderungen: 4x (3x307, 308)
- »Aufrechterhaltung der staatlichen Kohleimporte« (308)
- »Steuersystem, das notwendige Einnahmen generiert« (309)
- »Steuersystem, das nicht dem Mindestlebensstandard entgegensteht« (309)
- »Steuersystem, das Produktion nicht behindert« (309)
- »keine Schutzzölle« (309)
- »starke Begrenzung indirekter Steuern« (309)

- »direkte Besteuerung von Einkommen oberhalb der Kosten des Familien-Lebensunterhalts, sowie von privaten Vermögen« (309)
- »gründliche Reform der Einkommensteuer und der (auf hohe Einkommen zusätzlich erhobenen) Supertax« 2x (309, 311)
 - Teilforderungen: »Bemessung nach Familien« (310), »Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums« (310), »neue, steile Progressions-Skala« 2x (310, 311), »Erfassung von Profiten, die bisher dem Fiskus entgehen« (310), »weitere Differenzierung zwischen unterschiedlichen Einkommensarten« (310)
- »besondere Kapitalsteuer für die Abbezahlung eines Großteils der Staatsschulden« (310)
- »vorübergehend höhere Steuer auf Bergbaurechte« (310)
- »direkte Besteuerung von Bodenwert« (310)
- »Reform, Erhöhung und Neubetrachtung von Erbschaftssteuer« (310)
- »öffentliche Unterstützung für Kranke, Alte, Behinderte, Arbeitsunfähige« (311)
- »Bildung« (311)
- »größere öffentliche Unterstützung von Wissenschaft« 3x (311, 314, 314)
 - Teilforderungen: 2x (314, 314)
- »Entwicklung von Erholungsmöglichkeiten« (311)
- »öffentliche Kulturförderung« (311)

Stärker zusammenfassen lassen sich diese konkreteren Mittelforderungen als:

- »Labour-Programmpunkte« (298)
- »Maßnahmen zur Verwirklichung des nationalen Minimums« 7x (7x300)
- »Maßnahmen zur Beschäftigung« 25x (7x301, 4x302, 14x303)
- »Unterstützung für unfreiwillig Erwerbslose und nicht Arbeitsfähige« 6x (2x303, 3x304, 311)
- »politische Rechte« 7x (304, 6x305)
- »gleiche Rechte für beide Geschlechter« (305)
- »Verstaatlichungen« 15x (6x305, 3x306, 6x307)
- »Ausweitung öffentlicher Dienste / öffentlicher Aktivitäten« 13x (4x307, 308, 4x311, 4x314)
- »Bildung und Wissenschaft« 5x (311, 4x314)
- »staatliche Steuerung bestimmter Wirtschaftszweige« 2x (307, 308)
- »Finanzierung von Staatsaktivitäten über Besteuerung der wirtschaftlich Starken« 17x (7x309, 9x310, 311)

Der Verweis auf »Labour-Programmpunkte« schlägt allgemein den Bogen zu anderen, zuvor gefällten Beschlüssen der Partei und ist in dieser Funktion in *Labour and the new social order* nicht prominent. Die Bedeutung des »nationalen Minimums« und vor allem der »Beschäftigung« wird durch die große Menge der darauf bezogenen Forderungen unterstrichen. Die »Unterstützung für unfreiwillig Erwerbslose« erfüllt dabei eine wichtige verbindende Funktion: So kann die Partei das Ideal einer

»Vollbeschäftigung« verfolgen, in der alle Menschen ihren Lebensunterhalt aus Erwerbseinkommen bestreiten, und auch im Angesicht einer offensichtlichen Unmöglichkeit, dieses Ideal zu erreichen, einen Mindestlebensstandard versprechen, da allen unfreiwillig Erwerbslosen staatliche Unterstützung zukomme. Dieser enge Zusammenhang mit der Norm der Erwerbsarbeit äußert sich darin, dass die Konkretisierungen der entwickelten Programme zugleich die oben aufgeführten Zielforderungen nach wirtschaftlicher Partizipation *nur* der »Beteiligten« und nach Unterstützung *nur* derjenigen, für die keine Erwerbsarbeit gefunden wurde, umsetzen, und kann durch eine Formulierung des Signifikanten als »Unterstützung für unfreiwillig Erwerbslose und Arbeitsunfähige (und nur diese)« auf den Punkt gebracht werden.

Die verschiedenen genannten »politischen Rechte« und die »Gleichberechtigung beider Geschlechter« werden zwar nachdrücklich gefordert, stellen sich aber als einzelne Aspekte des Programms dar, die als solche nicht die Universalität der Gemeinschaft repräsentieren können – es sei daran erinnert, dass »Demokratie« im Sinne der Programmschrift auch eine entsprechende Kontrolle der Industrie umfassen muss, sich also gerade nicht auf bürgerliche und politische Freiheiten reduzieren lässt. »Verstaatlichung«, »staatliche Steuerung« und »Ausweitung öffentlicher Dienste« bezeichnen jeweils wichtige Punkte des Programms, die als solche nebeneinander stehen. Sinngemäß ließen sich die Punkte als »Ausweitung staatlicher Kontrolle« zusammenfassen. Ein solches neues Konzept einzuführen, ist jedoch nicht nötig, da verschiedene bereits in meiner Analyse benannte Signifikanten für die Funktion einer Klammer zwischen den unterschiedlichen Forderungen in Frage kommen. Denkbar wären etwa »Brüderlichkeit« oder »Kooperation«, denn gerade in ihrer Verknüpfung mit einer Umverteilung durch Besteuerung stehen die vorgeschlagenen Staatsaktivitäten diskursiv im Gegensatz zur privaten Aneignung von Überschüssen. Die Mittelforderungen im Bereich der »Bildung und Wissenschaft« nehmen zwar im Text weniger Raum ein als manche anderen Aspekte, sind aber inhaltlich prominent eingebunden. Zudem spielte »Wissenschaft« schon in zwei zuvor untersuchten Forderungs-Kategorien eine Rolle – zusammen Grund genug, ihren Status als Knotenpunkt-Kandidat bestätigt zu sehen.

So lässt sich zusammenfassend feststellen, dass durch die Analyse der konkreten Mittelforderungen nur ein zusätzlicher Kandidat für die Funktion eines Knotenpunkts identifiziert wurde:

»Unterstützung für unfreiwillig Erwerbslose und Arbeitsunfähige (und nur diese)«

Daneben erscheinen mehrere bereits zuvor ermittelte Kandidaten als solche gestärkt.

Zunächst können zusammenfassend einige Glieder der Äquivalenzkette P genannt werden:

»umfassend« - »ganzheitlich« - »Gemeinschaft« - »Wärme« - »Brüderlichkeit« -
»Freiheit« - »Übereinstimmung« - »Demokratie« - »Beschäftigung« -
»Vollbeschäftigung« - »Sicherheit gegen Not« - »nationales Minimum« -
»Unterstützung für unfreiwillig Erwerbslose und Arbeitsunfähige (und nur diese)« -
»Gleichheit« - »Kooperation« - »Bildung« - »Wissenschaft« - »Verstaatlichung« -
»öffentliche Dienste« - »progressive Einkommensteuer«...

Darin eingebunden sind Subjektpositionen unterschiedlichster Reichweite. An verschiedenen Stellen bezieht sich die Partei auf die »ganze Gemeinschaft«, und wendet sich entsprechend an »jedes Mitglied der Gemeinschaft« (299, 304), sogar an »jeden Menschen« (298). Im Zusammenhang verschiedener Programmpunkte wird betont, es handele sich nicht um Klassenpolitik, sondern gehe um die gesamte Gemeinschaft. Hierbei wird eine Gleichheit der Interessen postuliert: »If any, even the humblest is made to suffer, the whole community and every one of us [...] is thereby injured.« (299) Nach diesem Prinzip werden nicht nur, ähnlich wie bei Douglas, die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten mit denen der Gemeinschaft gleichgesetzt (309), sondern auch die Interessen aller Lohnabhängigen und spezifischer diejenigen aller besonders stark Ausgebeuteten (302f, 311). An mehreren Stellen ist – zum Teil ohne direkten Bezug auf die Form eines Erwerbsarbeitsverhältnisses – von denjenigen die Rede, die »mit Hand oder Kopf« einen Beitrag zur Gesellschaft leisten oder dieses zumindest wollen. Wenn die Interessen der »Arbeitswilligen« mit denen der Gesellschaft explizit gleichgesetzt werden (302), so geschieht dieses allerdings nicht nur nach dem zitierten Prinzip der grundsätzlichen wechselseitigen Verbundenheit aller Gesellschaftsmitglieder. Dass diese Gleichsetzung eine appellative Dimension hat, wird am deutlichsten, wenn es im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Unterstützung der heimkehrenden Soldaten und entlassenen Arbeiter der Munitionsfabriken heißt: »What every one of them who is not wholly disabled will look for is a situation in accordance with his capacity.« (301) In Übereinstimmung mit diesem Ethos werden auch die Labour-Mitglieder selbst als Menschen porträtiert, die mit »Hand oder Kopf« arbeiten, und die dadurch »in engem Kontakt mit den Tatsachen« stünden, was sie im Vergleich zu rein theoretisch geschulten Akademikern kompetenter mache (298f). Doch auch für Wissenschaftler als Träger spezieller fachlicher Kompetenz werden im Diskurs

Subjektpositionen eingerichtet. Dies gilt für Politikwissenschaftler, deren Erkenntnisse in die Weiterentwicklung des Labour-Programms einfließen sollen (314) ebenso wie für Ökonomen, deren Lehren zeigten, dass eine Politik im Sinne der Interessen der Lohnabhängigen auch unter dem Blickwinkel wirtschaftlicher Vernunft geboten sei (309).

Verschiedenen institutionellen Subjekten werden Plätze in der diskursiven Ordnung angeboten, darunter Gewerkschaften (301, 304), Kooperativen (308) und Berufsverbänden (301). »Kapitalistische Arbeitgeber« sollen in *Joint Committees* eingebunden und durch das gute Beispiel der Regierung beeinflusst werden. Gegen ihre Einbindung in die Äquivalenzkette P sprechen andere Formulierungen, nach denen Druck auf sie ausgeübt werden solle (301f).

Als bestimmte gesellschaftliche Gruppen werden die Lohnabhängigen und Teilgruppen wie die Geringqualifizierten sowie die Frauen unter ihnen angesprochen (300, 304), aber nicht nur. Es finden sich Angebote an Familien, Kinder und Jugendliche sowie Alte (309, 311). In Bezug auf die Verteilung finanzieller Lasten seien die Interessen von vier Fünfteln der Bevölkerung identisch, darunter exemplarisch die der Schreibkräfte, Lehrer, Geistlichen, der Handwerker und der durchschnittlichen Einzelhändler (310f). In dieser Konstruktion einer Koalition gleicher Interessen deutet sich an, dass auch im Labour-Diskurs trotz der Behauptung, im Interesse der gesamten Gesellschaft zu handeln, antagonistische Subjektpositionen auftauchen.

(Re-)Konstruktion der Äquivalenzkette Q. Auch in diesem Text sind einige »antagonistische« Signifikanten unmittelbar und explizit Gliedern von P gegenübergestellt.

»Ganzheitliche Lösungen« -/- »Flickwerk«

»Wärme« -/- »Apathie« und »Zynismus«

»Brüderlichkeit« -/- »Kampf«

»(Voll-)Beschäftigung« -/- »Arbeitslosigkeit«

»Sicherheit gegen Not« / »nationales Minimum« -/- »Armut« / »Not«

»Kooperation« -/- »Konkurrenzkampf«

»Gemeinwohl« -/- »profiteering« bzw. »Vergrößerung individueller Vermögen«

»Dienst der Arbeitenden an der Gemeinschaft« -/- »Kontrolle der Industrie durch Kapitalisten«

»Flickwerk« sei keine Lösung angesichts des Todes einer industriellen Zivilisation, die nicht wieder aufgebaut werden solle. In deren Mittelpunkt stehe das

»individualistische System kapitalistischer Produktion«, charakterisiert durch Privateigentum an Land und Kapital, durch das von den Kapitalisten aufgrund des »Gesetzes ihres Seins« betriebene »*profiteering*«²⁹ und durch ständigen »Konkurrenzkampf«, zum Nachteil derjenigen, die Arbeit leisten, in »Lohnsklaverei« (298). Verbreitete »Armut« und »Not« seien Folge der privaten Aneignung des Reichtums durch individuelle Eigentümer (311): So ist »Individualismus« nicht nur eng mit »Kapitalismus« artikuliert, sondern steht auch selbst in direktem Gegensatz zur »Brüderlichkeit« und zum »Gemeinwohl«. Die Reichen werden als Untätige porträtiert, deren müßiges Leben mit »Apathie« und »Zynismus« einhergeht, und die ihren Reichtum nicht eigener Leistung, sondern glücklichen Umständen zu verdanken haben (311, 313). Ihre auf »*profiteering*« gerichteten Interessen stünden im Gegensatz zu den Lehren der Wissenschaft, die zeigten, wie sich Probleme wie die Arbeitslosigkeit durch Kooperation überwinden ließen, und im Gegensatz zum Gemeinwohl insgesamt (305f). An die Stelle der erzwungenen Herrschaft müsse Kooperation mit Blick auf das Gemeinwohl treten.

Eine – wie immer unvollständige – Zusammenstellung von Gliedern der Äquivalenzkette Q kann damit so aussehen:

»Flickwerk« - »Kapitalismus« - »Individualismus« - »Privateigentum an Land« - »Privateigentum an Produktionsmitteln« - »profiteering« - »Ausbeutung« - »Konkurrenzkampf« - »Ungleichheit« - »erzwungene Herrschaft« - »Zynismus« - »Arbeitslosigkeit« - »Armut« - »Not« - »sinnloser Luxus« - »müßiges Leben« - »Gesetz des Seins der Kapitalisten« - »Profitinteressen« - ...

Aus dem bisher Gesagten folgt, dass von den »besitzenden Klassen« Widerstand gegen die Erfüllung der Labour-Forderungen und damit gegen die Überwindung des konstatierten Mangels zu erwarten ist. Im Zusammenhang mit der angestrebten »Revolution in den nationalen Finanzen« werden explizit »Grundherren«, »Finanzmagnaten« und »Vermögende« genannt, die »als Klasse« gegen das Vorhaben der Labour Party ankämpfen würden (310). Die »besitzenden Klassen«, auf deren Interessen das bestehende ungerechte Finanz- und Steuersystem zurückgehe, werden in ihrer Gesamtheit als »antagonistische« Subjekte in die Äquivalenzkette Q eingebunden, zusammen mit den unterschiedlichen Teilgruppen, zu denen auch die »Finanziers« gehören (309). Während »Kapitalisten«, deren »*profiteering*«-Interessen sich direkt

29 Der Ausdruck lässt sich mit »Geschäftemacherei« oder auch »Wucherei« übersetzen. Da bei einer Entscheidung für eine dieser Optionen Sinn verloren ginge und das Konzept einen wichtigen Bezugspunkt darstellt, bleibe ich bei der englischen Originalformulierung.

gegen das Gemeinwohl richten, damit schon per Definition Bestandteil von Q sind, könnte die bereits erwähnte Artikulation der Perspektive, die Regierung könne (in Fragen der Arbeitsbedingungen) die kapitalistischen Arbeitgeber mit ihrem guten Beispiel beeinflussen sowie sie in *Joint Committees* einbinden, in Nonhoffs (2006: 234) Sinne als »gezieltes Durchbrechen der antagonistischen Grenze« verstanden werden. In diesem »Strategem« wird die Grenzziehung grundsätzlich beibehalten, was wegen des klaren Überwiegens der negativen Bezüge im betrachteten Fall außer Frage steht. Zu bemerken ist, dass die »Regierung« hier selbst als mögliches Subjekt der Durchführung geforderter Maßnahmen als Teil von P erscheint, während die »gegenwärtige Regierung« an anderen Stellen kritisiert wird, zusammen mit der Konservativen und der Liberalen Partei, die als Vertreterinnen der Interessen der »besitzenden Klassen« klar Teile von Q sind (301). Dass sich die Subjektposition der »Regierung« im Diskurs einer Partei, die die aktuelle Regierung ersetzen will, abhängig vom jeweiligen Bezug auf die Gegenwart oder die Zukunft nach dem Machtwechsel unterschiedlich darstellt, kann nicht überraschen.

Die Besitzenden werden als träge und untätig charakterisiert, im Gegensatz zu den Arbeitenden und Arbeitswilligen. Somit lässt sich von einer in die Äquivalenzkette Q eingebundenen Figur des »arbeitsscheuen Reichen« sprechen. Angesichts des wiederholten positiven Bezugs auf arbeitswillige Angehörige der benachteiligten Klassen (und deren Einbindung in P) liegt die Frage nahe, ob auch *nicht reiche* »Arbeitsunwillige« bzw. »Faule« als entgegengesetzte Subjektposition und somit als Teil von Q gelten müssen. Tatsache ist, dass eine solche Figur in dem Dokument nicht vorkommt. Dass sie im Diskurs nicht vorgesehen ist, kann zwar, wie ausgeführt, auch als appellativ verstanden werden; doch ich kann nicht deshalb vorwegnehmen, dass eine Dislokation des Diskurses durch das Auftreten »arbeitsunwilliger Armer« *tatsächlich* durch deren Verbannung in die »antagonistische« Äquivalenzkette zu lösen versucht wird.

Repräsentation. Welcher Signifikant ist in der Lage, als Vertreter des (unerreichbaren) »Allgemeinen« zu fungieren? Bei »Sicherheit gegen Not« bzw. »nationales Minimum« handelt es sich ebenso wie bei der vielzitierten »Beschäftigung« bzw. »Vollbeschäftigung« um Bezeichnungen einzelner Bereiche des Programms. Dem »nationalen Minimum« kommt dabei allerdings, wie bereits erörtert, als besonders wichtiges und besonders dringliches Vorhaben eine besondere Stellung im Diskurs zu. Zu den meisten Elementen von Q steht es in Kontrarität, wenn das auch etwa bei

»müßigem Leben« und »sinnlosem Luxus« nicht ganz eindeutig ist. Es sind jedoch Zweifel angebracht, ob dieses verhältnismäßig bescheiden formulierte Etappenziel die hohen Ambitionen der Labour Party insgesamt repräsentieren kann. Es stellt zwar für in P artikulierte weitergehende Forderungen eine wichtige Grundlage dar, wird dabei aber nicht so stark herausgehoben, dass sie sagen ließe, der ganze Diskurs fokussiere diese Grundlage. »Nationales Minimum« spielt bei Labour eine weniger zentrale Rolle als »State Bonus« im Diskurs der Milners. Folglich kann es nicht als leerer Signifikant gelten – und die mit ihm verbundene Forderung nach »Unterstützung für unfreiwillig Erwerbslose und Arbeitsunfähige (und nur diese)« ebenso wenig. »Umfassend« oder »ganzheitlich« repräsentiert dem Anspruch nach die Glieder von P in ihrer Gesamtheit; bei solch allgemein gehaltenen Ausdrücken liegt aber nicht auf der Hand, dass sie zu jedem einzelnen Bestandteil von Q in Kontrarität stehen. Vermutlich ginge die Repräsentation mit einem ein wenig »spezifischeren« Begriff besser. So stehen »Gemeinschaft« und »Kooperation« zu mehr Gliedern von Q in direktem Gegensatz, allerdings nicht unbedingt zu »Flickwerk«. Außerdem ist die Repräsentation von »Freiheit« durch »Gemeinschaft« oder »Kooperation« nicht ohne Weiteres gegeben. »Wärme«, »Brüderlichkeit« und »Übereinstimmung« repräsentieren »Wissenschaft« nicht und sind jeweils allein schwerlich geeignet, um etwa »Vollbeschäftigung« und alle auf dieses Ziel gerichtete Maßnahmen zu repräsentieren. »Gleichheit« spielt in unterschiedlichen Konkretisierungen eine Rolle, doch nicht in der gesuchten Zuspitzung. »Freiheit« wird insgesamt nicht oft erwähnt, und dabei zum großen Teil im Zusammenhang der »bürgerlichen« und »politischen« Freiheiten, die selbst als eine Voraussetzung von »Demokratie« erscheinen. Letztere ist prominenter, und könnte als Knotenpunkt eine Rolle spielen. Zwar könnte bezweifelt werden, ob der Signifikant »Demokratie« allein z.B. die propagierte Bedeutung der »Wissenschaft« auf angebrachte Weise repräsentieren kann, doch angesichts der prominenten Stellung der Spezifizierung »Democratic control of society in all its activities« (als Grundlage des zu errichtenden »Hauses«, 299) ist eine Repräsentationsfunktion von »Demokratie« immerhin denkbar. Die im Gegensatz zu »Profitinteressen« stehende »Wissenschaft« selbst ist am Ende des Dokuments sehr prominent und wird als unabdingbar dargestellt. Ihre Rolle ist dabei dennoch begrenzt: So repräsentiert sie die ebenfalls geforderte »Wärme« nicht. Sie soll zwar die konkreten Vorschläge der Labour Party weiterentwickeln helfen, doch nicht deren »Zielsetzung«, die auf ewig unverändert bleiben sollte (314). Hierin findet sich ein klarer Versuch einer Diskursschließung. Die von der Labour Party vorgeschlagene Verwirklichung der Universalität der

Gemeinschaft mit »Zielsetzung der Labour Party« zu repräsentieren, wäre allerdings kein klassischer Fall der von Laclau und Mouffe theoretisch konzipierten Strukturierung eines Diskurses: Der Signifikant ist von vornherein so leer gehalten, dass die Behauptung der »Repräsentation« als Tautologie gelten könnte, und andererseits so spezifisch auf die Partei zugeschnitten, dass keine andere »politisch-gesellschaftliche Kraft« mit ihr um »die Zielsetzung der Labour Party« als leeren Signifikanten konkurrieren würde.

Somit lässt sich festhalten, dass die Position des repräsentierenden Knotenpunkts nicht eindeutig vergeben ist, dass »Demokratie« allerdings am ehesten als geeignet erscheint, diese Funktion wahrzunehmen.

»Sozialismus« kommt wörtlich nicht in dem Dokument vor. Allerdings wird mit dem entschieden negativen Bezug auf den »Kapitalismus« suggeriert, das Programm verkörpere »Sozialismus«, zumal auch »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« gefordert wird, was einer gängigen Definition von Sozialismus entspricht. Wie wir gesehen haben, ist die Stellung des »Gemeineigentums« im Textzusammenhang allerdings nicht so prominent, dass es in der Kartografie des gerade untersuchten Diskurses als Knotenpunkt betrachtet werden könnte. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass »Sozialismus« oder »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« in einer Weiterentwicklung des Diskurs eine stärker in diese Richtung gehende Rolle spielen könnte. Prinzipiell wäre auch ein Zusammenziehen des »Sozialismus« mit anderen Signifikanten wie »Demokratie« und/oder »Kooperation« zu einer neuen Phrase denkbar, die bei der Strukturierung des Diskurses helfen könnte.

5.3 Interaktion

5.3.1 Milner / Milner: *Labour and a Minimum Income for all*

Das 1920 erschienene Pamphlet des Ehepaars Milner mit dem Titel *Labour and a Minimum Income for all* besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird der Vorschlag des Mindesteinkommens zusammen mit einem Überblick über zu erwartende Wirkungen vorgestellt. Im zweiten Teil wird das Konzept mit dem Programm der Labour Party in Beziehung gesetzt. Da dessen wünschenswerte Ziele nicht kurz- oder mittelfristig zu erreichen seien, sei ein einfacher Plan erforderlich, der kurzfristig die Nöte aller lindern

könne. Das Mindesteinkommen sei dafür geeignet: Es stehe im Einklang mit den Zielen der Labour Party und führe zur jeweils teilweisen Realisierung der Vorteile vieler Labour-Programmpunkte. Es sei dabei nicht als Alternative zu den anderen Maßnahmen, sondern als eine ergänzende Methode zu verstehen.

Neben der Wiederholung von Argumenten, die den Leser_innen meiner Arbeit inzwischen bekannt sind, nehmen Milner und Milner in ihrem Text eine Reihe von Verknüpfungen vor, die sich in ihrem bisherigen »allgemeinen Diskurs« so nicht finden. Zum großen Teil handelt es sich um Einbindungen weiterer Signifikanten in die Äquivalenzketten. So beziehen sich die Milners explizit positiv auf die »Ziele von Labour«, die sie auf diese Weise in P einbauen (Milner / Milner 1920: 8, 12). Die »von der Labour Party vorgeschlagenen Maßnahmen« in ihrer Gesamtheit werden hingegen nicht pauschal auf einer Seite des Diskurses eingebunden. Die Autor_innen beziehen sich auf sieben sozialpolitische Pläne der Labour Party und würdigen, deren Präsenz habe hinsichtlich der Notwendigkeit größerer Sicherheit für die Individuen eine pädagogische Wirkung auf das Land ausgeübt. Andererseits geben sie zu bedenken, dass die große Zahl der vorgeschlagenen Maßnahmen unvermeidlich Bürokratie, Zwang und Eingriffe in die persönliche Freiheit mit sich bringe (9). In meinen an Laclau und Mouffe angelehnten Analyseketten ließe sich sagen, dass ein Signifikant namens »Debatten über von Labour vorgeschlagene Maßnahmen« in die Äquivalenzkette P und der Signifikant »Kombination vieler Maßnahmen« in Q eingebunden wird. Eine Differenzierung im Diskurs kann also dazu führen, dass sich ein Signifikant – in der »klassischen« Form eines einzelnen Wortes oder in einer zusammengesetzten Form wie hier »von Labour vorgeschlagene Maßnahmen« – nicht nur in einer Äquivalenzkette, sondern in unterschiedlicher Ausdifferenzierung in beiden Äquivalenzketten findet. Das widerspricht nicht dem Postulat der strengen Zweiteilung des diskursiven Raums, da die Bedeutung eines Signifikanten von seiner Einbindung in Differenzrelationen herrührt. Entscheidend ist also, dass sich gegensätzliche Artikulationen gegenüberstehen, denn die Identitäten der jeweils eingebundenen Signifikanten beruhen dann unter anderem auf der antagonistischen Relation zwischen P und Q.

Ein ähnliches Phänomen der Differenzierung eines Konzepts und der gegensätzlichen Einbindung der verschiedenen Ausprägungen findet sich in den Bezügen auf »gestaffelte Besteuerung« (»graduated taxation«). Wie wir gesehen haben, ist eine gestaffelte bzw. »progressive Einkommensteuer« ein Programmpunkt der Labour Party, während das zuerst unter der Bezeichnung State Bonus vorgeschlagene

Konzept die Einführung einer Flat-Tax, das heißt einer Einkommensteuer mit einheitlichem Steuersatz, umfasst. In Bezug auf ihre Verteilungswirkung wird die Kombination aus Grundeinkommen und Flat-Tax nun mit einer »gestaffelten Besteuerung« äquivalent gesetzt, wenn es heißt: »[T]he very rich would contribute and the very poor would benefit, on a perfectly graduated scale« (10, vgl. auch 4). Während sie die »Staffelung« auf diese Weise in P einbinden, sorgen die Milners mit einer Differenzierung dafür, dass eine Ablehnung des von ihnen vorgeschlagenen einheitlichen Steuersatzes mit Verweis auf das Prinzip der Steuerprogression dennoch als Widerstand gegen die Behebung des Mangels in die »antagonistische« Kette Q verbannt wird: Um die für das Mindesteinkommen erforderliche Summe aufzubringen, würde keine »gewöhnliche Staffelung« ausreichen (4f). Somit ist nicht die Progression als Prinzip Teil Q, wohl aber ihre Umsetzung in »ordinary graduations«.

Das Einfügen zusätzlicher Signifikanten in den Diskurs geht mit einer Reartikulation von Signifikanten einher, die schon im bisherigen »allgemeinen« Diskurs der Milners in die Äquivalenzketten eingebunden waren, wie wir an der von Anfang an als Teil von P artikulierten »Flat-Tax« gesehen haben, der nunmehr im Zusammenhang des Mindesteinkommenskonzepts der »Effekt einer gestaffelten Besteuerung« zugeschrieben wird. Eine tiefgreifende Reartikulation lässt sich an der Einbindung von »Streiks« beobachten, die bisher als Erscheinungsform des Mangels und durch den State Bonus zu bekämpfendes Phänomen in der Äquivalenzkette Q zu verorten waren. In dem Pamphlet *Labour and a Minimum Income for all* wird die Absicherung von Streikenden und die dadurch sichergestellte Möglichkeit von Streiks dann als eine positive Wirkung des vorgeschlagenen Konzepts dargestellt (4, 6), was als Neueinbindung der »Streiks« in P interpretiert werden kann. Dieses geschieht zum einen aus der – explizit einer »nationalen Perspektive« zugeordneten – Sorge um die Gefahren, die von der Verzweiflung hungernder Streikender ausgehe (4). Zum anderen wird die materielle Absicherung bei Streiks als Garantin dafür präsentiert, dass die »Arbeiterbewegung« sich effektiv gegen mögliche Versuche der Kapitalisten wehren könne, ihre zusätzliche Steuerlast über Preiserhöhungen auf die Konsumenten abzuwälzen (6). Diese stärkere Betonung von Interessengegensätzen und der wünschenswerten Stärkung der abhängig Beschäftigten prägt den Tenor des auf Labour bezogenen Pamphlets und macht ihn deutlich anders als den der zwei Jahre zuvor erschienenen Schrift *Scheme for a State Bonus*. So wird zum Beispiel auf die Möglichkeit, zu schlecht bezahlte Arbeit abzulehnen, die schon im allgemeinen Diskurs der Milners eine Rolle spielte, mit Formulierungen verwiesen, die eher die Assoziation

eines Kräftemessens von Gegnern mit entgegengesetzten Interessen aufkommen lässt: »What man will ever let his wage be forced down when he has a permanent income of his own?« (7) Ein »Arbeitgeber« oder »Kapitalist«, der Löhne zu drücken versucht, trägt zur Aufrechterhaltung des Mangels bei, erscheint also im Diskurs über eine neue in Q artikulierte Subjektposition. Da eine »nationale Perspektive«, die sich im Diskurs der Milners zuvor in der Betonung klassenübergreifender Kooperation für gemeinsame Interessen geäußert hatte, weiterhin eine Rolle spielt, wäre die Behauptung, »Kapitalisten« und »Arbeitgeber« seien nun pauschal zu Antagonisten erklärt worden, irreführend. Richtiger ist, von neuen »antagonistischen« Subjektpositionen der »Ausbeuter« oder »Wucherer« zu sprechen, mithin derjenigen Kapitalisten, die sich bestimmter Mittel bedienen, die in ihrem eigenen Interesse nicht geboten seien: Eine Besserstellung der Arbeiter führe zu mehr Effizienz, hatten die Milners schon in ihrem ersten Pamphlet argumentiert (vgl. Milner / Milner 1918: 129, 131). Ob sie zur Bezeichnung dieser Sorte von »Kapitalisten« auch das Wort »profiteers« verwendet hätten, liegt im Bereich der Spekulation.

Dass der von mir in Kapitel 5.2.3 aufbereitete Diskurs der Labour Party als konkurrierender Diskurs gelten kann, den Milner und Milner mit Hilfe ihres Pamphlets manipulieren wollten, liegt hingegen nahe. In den neuen Verknüpfungen, die das Ehepaar in *Labour and a Minimum Income for all* vornimmt, liegen Gegensätze zu dem Labour-Diskurs. Bei einer angenommenen Manipulation durch die Milners, in dem Sinne, dass die von den Milners neu vorgenommenen Verknüpfungen Eingang in den Labour-Diskurs fänden, würde sich dieser wie folgt verändern.

Durch die Verknüpfung der »Ziele der Labour Party« mit dem Vorschlag des »Mindesteinkommens« würde dieses zum Bestandteil der Äquivalenzkette P im Labour-Diskurs. Bestärkt würde diese Stellung des Signifikanten »Mindesteinkommen« zum einen durch die über die Verbindung zu »Streiks« indirekt erfolgte Äquivalenzierung zur Subjektposition der »Gewerkschaften«, zum anderen dadurch, dass die eben diskutierte Kontrarität des »Mindesteinkommens« zu sich auf bestimmte Weise verhaltenden »Kapitalisten« bei ihrer Einbindung in den Labour-Diskurs in einer antagonistischen Beziehung zwischen »Mindesteinkommen« und dem in der Parteirhetorik prominenten Schlagwort »*profiteering*« resultieren würde. Auch die »Flat-Tax« erführe in Form ihrer Verbindung mit dem »Mindesteinkommen« Eingang in die Äquivalenzkette P – verknüpft mit dem »Prinzip der progressiven Einkommensteuer«. Die diskursive Differenzierung bezüglich der Steuerstaffelung

fände auch hier statt: Als »gewöhnliche Staffelung der Einkommensteuer« müsste die bisher geforderte »progressive Einkommensteuer« in die gegenüberliegende Kette Q weichen. Dort fände sich fortan auch die »Kombination vieler Maßnahmen« – ein Umstand, der geeignet sein könnte, den veränderten Diskurs wieder zu destabilisieren bzw. zu »dislozieren«, weil leicht ein Widerspruch zwischen der Ablehnung der »Kombination vieler Maßnahmen« und dem noch bestehenden Forderungskatalog auf der P-Seite ausgemacht werden könnte. Außer der »gewöhnlichen Steuerprogression« wäre die einzige Forderung, die mit der Aufnahme des »Mindesteinkommens« quasi automatisch in Q verbannt würde, die »Unterstützung *nur* für unfreiwillig Erwerbslose und Arbeitsunfähige«.

Der in Kapitel 3.5 vorgestellte von Quentin Skinner und James Tully vertretene Analyseansatz geht davon aus, dass durch die Manipulation ideologischer Konstrukte politisches Handeln umbewertet wird. Es ist leicht, in der eben abgeleiteten Manipulation des allgemeinen Diskurses der Labour Party, sofern sie tatsächlich versucht wurde, eine Umbewertung der Bestrebungen von Parteimitgliedern zu erkennen, die Aufnahme von Mindesteinkommen bzw. State Bonus in die Programmatik der Partei zu erreichen.

Wie in Kapitel 4 dargestellt, gab es in den Reihen der Labour Party Zustimmung zu den von der State Bonus League vertretenen Vorschlägen. Nachdem 1919 auf dem jährlichen Parteitag der Beschluss getroffen wurde, dass das Konzept untersucht werden solle, gab es für die Milners Anlass zur Hoffnung, dass 1920 oder 1921 ein weitergehender Antrag, nunmehr mit einem klaren Bekenntnis zu dem Modell, verabschiedet werden könnte. Um hierfür eine Mehrheit innerhalb der Partei zu gewinnen, kam es darauf an, Mitglieder vom Mindesteinkommen zu überzeugen, die sich mehr oder weniger mit dem Diskurs identifizierten, der in dem im Juni 1918 von der Parteimehrheit beschlossenen Programm *Labour and the new social order* vertreten wurde. Folglich lag es im Interesse der Milners, diesen Diskurs so zu verändern, dass in ihm die Aufnahme des Mindesteinkommens in die Programmatik der Partei und das Engagement dafür als richtig und als konsequent im Sinne der Ziele der Labour Party erscheint. Eine *erfolgreiche* Manipulation des Diskurses in diesem Sinne wäre per Definition gleichbedeutend mit der Gewinnung einer großen Zahl von Labour-Mitgliedern für das Projekt der State Bonus League.

Vor dem spezifischen historisch-politischen Hintergrund stellen sich verschiedene der einzelnen in *Labour and a Minimum Income for all* vorgenommenen Artikulationen

so dar, dass es gut denkbar ist, dass sie bewusst geplanter Teil eines wie eben beschriebenen diskursiven Manövers waren. Der grundsätzlich positive Bezug auf das Programm der Labour Party ist für ein solches Unterfangen die erste wichtige strategische Grundlage. In einer Partei, die sich zwei Jahre zuvor erstmals offiziell ein Programm gegeben hatte, und die stolz darauf war, sich eine programmatische Partei nennen zu können, wäre es mit einer grundsätzlichen Ablehnung des Programms höchstwahrscheinlich noch wesentlich schwieriger gewesen, sich Gehör zu verschaffen (vgl. Kavanagh 2000: 1). So könnte zum Beispiel auch die Äquivalenzierung des vorgeschlagenen Konzepts mit dem Prinzip der progressiven Besteuerung, das seit Kurzem offiziell beschlossener Programmpunkt der Partei war, als Versuch gelten, sich auf eine respektierte Norm zu berufen. Ob der zwischen 1918 und 1920 vollzogene Wechsel von der Bezeichnung »State Bonus« zu »Minimum Income« möglicherweise mit einer gewünschten semantischen Nähe zu dem im Labour-Programm grundlegenden »National Minimum« zu tun hatte, lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Literatur nur spekulieren. Die große Bedeutung des verabschiedeten Programms für das Selbstverständnis der Labour Party heißt nicht, dass es unumstritten gewesen wäre. Von gildensozialistischer Seite gab es Kritik an der etatistischen Ausrichtung; die Warnung der Milners vor zu viel Bürokratie hatte also die Chance, zumindest für Teile der Mitgliedschaft anschlussfähig zu sein (vgl. Thorpe 1997: 45f). Mit »Preiserhöhungen« griffen die Milners ein Thema auf, das während des Krieges eine große Rolle gespielt hatte (vgl. ebd.: 41). Die Reartikulation von »Streiks« könnte durch das noch weiter gestiegene Gewicht der Gewerkschaften innerhalb der Partei und der Gruppe der Labour-Parlamentarier, und auch durch Erfolge, die 1919 und 1920 von Gewerkschaften durch Streiks erzielt wurden, motiviert sein: Vor diesem Hintergrund wäre ein rein negativer Bezug auf Streiks wahrscheinlich auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen (vgl. ebd.: 44-49).

Zusammengenommen plausibilisieren diese Überlegungen und Hintergrundfakten die Sichtweise der in dem Pamphlet *Labour and a Minimum Income for all* vorgenommenen Artikulationen als bewussten Versuch der Milners, den Mehrheitsdiskurs der Partei so zu manipulieren, dass mehr Mitglieder bereit sind, die Aufnahme des Mindesteinkommens in die Programmatik der Labour Party zu unterstützen. Dieser Versuch kommt ohne die Verwendung des Begriffs »Sozialismus« aus. Eine Bezugnahme auf dieses Konzept findet allenfalls indirekt über das Bekenntnis zu den »Zielen der Labour Party« statt, deren Artikulation mit »Sozialismus« die Milners nicht diskutieren, sondern den parteiinternen Debatten überlassen.

5.3.2 Labour Party: *Memorandum on State Bonus*

Der offizielle Bericht der Labour Party zum »State Bonus Scheme« wurde von einer Kommission, dem *Advisory Committee on Trade Policy and Finance*, erstellt und später vom National Executive gebilligt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die im »Memorandum« vorgenommenen Artikulationen im Sinne des Führungsgremiums der Partei waren. Die Beauftragung der Kommission und die Billigung des Berichts können deshalb in meiner Untersuchung zusammengefasst wie eine unmittelbare Positionierung des NEC behandelt werden. Als gewähltes Gremium, das zwischen den jährlichen Parteikonferenzen die Geschäfte der Partei führte und die Partei nach außen repräsentierte, vertrat das National Executive Committee mit offizieller Legitimation im Namen der Partei den im Parteiprogramm beschlossenen Diskurs – welcher selbst maßgeblich von dem Vizevorsitzenden des NEC, Sidney Webb, geprägt wurde. Die Aussagen des Berichts lassen sich also zunächst als Fortschreibung und ggf. Abänderung des Diskurses aus *Labour and the new social order* lesen.

Kernaussage des Memorandums, das als Teil des Parteitagberichts 1921 veröffentlicht wurde, ist, dass Dennis Milner die richtige Sache mit falschen Mitteln erreichen wolle (vgl. Labour Party 1921: 60). Diese Differenzierung zwischen »Milners Intention«, allen eine Lebensgrundlage zu garantieren, die klar in die Äquivalenzkette P eingebunden wird, und den »Prinzipien«, mit denen er das Ziel erreichen wolle, sowie der »politischen Zweckmäßigkeit« seines Modells auf der anderen Seite, ist das Organisationsprinzip der gesamten Argumentation. Ähnlich, wie die Milners im zuvor analysierten Text zwischen dem »Prinzip der Steuerprogression« und deren »Umsetzung in gewöhnlicher Progression« differenzieren, wird in dem Labour-Memorandum der »State Bonus« nicht pauschal eingeordnet. Während in »Milners Intention«, allen eine Lebensgrundlage zu sichern, eine Übereinstimmung mit gleichen Zielen der Labour Party erkannt wird, was die »Intention« in die Äquivalenzkette P einbindet, würde eine Umsetzung des Konzepts laut des Berichts wegen zu erwartender »Steuerhinterziehung« sowie Schwierigkeiten bei der Steuererhebung und Verwaltung zu »Finanzierungsproblemen« führen – die offensichtlich der Überwindung des Mangels entgegenstehen und damit Bestandteil von Q sind (61). Außerdem führe der State Bonus zu Preissteigerungen, die in direkter Kontrarität zu der in P eingebundenen Forderung nach »Schutz der Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten bzgl. der Preisentwicklung« stehen. Des Weiteren führe das »Konzept« zu »industrieller Zerrüttung« (*industrial disorganisation*). Dieser Signifikant wird wiederum

differenziert. Die Labour Party müsse ihr Programm in drei Perioden einpassen, die »gegenwärtige kapitalistische Phase«, die »Übergangsphase« und die »letzte Phase«. In der letzten Phase sei die »disorganisation« erforderlich, weil die Labour Party »Individuen zu einer neuen Vorstellung führen müsse«; zu Beginn der »Übergangsphase« würde die von der Einführung des State Bonus ausgehende Zerrüttung jedoch die Hürden vergrößern, der sich die Partei mit ihren Vorhaben ohnehin gegenüber sehe (60f). Darüber hinaus wird bemängelt, dass die vorgeschlagene »Flat-Tax« mit den beschlossenen Prinzipien der Labour Party in Konflikt stehe. Der Argumentation der Milners, dass die Kombination von Grundeinkommen und Einheitssteuer progressiv wirke, wird keine Beachtung geschenkt (61). Die Frage der Effekte auf die Reichtumsverteilung wird an einem anderen Punkt angesprochen: Der Bonus würde in der Tat die Kaufkraft der Arbeiter stärken; dieses sei jedoch mit weniger »Störung« durch die bekannte Labour-Politik der Erhöhung von Löhnen und Begrenzung von Gewinnen zu erreichen (62). Das gleiche Muster findet sich auch in Bezug auf einige andere zu erwartende positive Wirkungen des Bonus, die nicht bestritten werden, aber durch die bestehende Labour-Programmatik bereits abgedeckt würden (61).

Unterm Strich scheint es nicht treffend, von einer Einbindung des Signifikanten »State Bonus« in die »antagonistische« Kette Q des Labour-Diskurses zu sprechen. Die »Intention des State Bonus Scheme« findet sich wie gesagt in P. Naheliegender ist, davon auszugehen, dass die »Prinzipien des State Bonus Scheme« und die »politische Zweckmäßigkeit des State Bonus Scheme« als Signifikanten jeweils Teil von Q sind. Die Abgrenzung der »Prinzipien« von der »Intention« mag dabei nicht unmittelbar auf der Hand liegen; sie entspricht aber der Wortwahl der Autoren des Berichts (60). Bei dieser Art der Differenzierung finden sich die »Prinzipien des State Bonus Scheme« innerhalb der Äquivalenzkette Q mit »industrieller Zerrüttung in der Übergangsphase« verknüpft. Hier zeigt sich noch einmal, was im letzten Unterkapitel erläutert wurde: Die diskursive Zweiteilung des antagonistischen Raums lässt sich nicht mit einer Betrachtung erfassen, bei der Signifikanten aus ihrem spezifischen Artikulationszusammenhang gerissen werden. Genauso, wie es vorkommen kann, dass sich derselbe Begriff in jeweils unterschiedlicher Artikulation in beiden Äquivalenzketten findet, können sich zwei unterschiedliche Signifikanten auf den gegenüberliegenden Seiten der antagonistischen Grenze befinden, ohne unmittelbar zueinander in Kontrarität zu stehen. So steht die sinngemäß in P einzuordnende »Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter« als eine von prinzipiell zu erwartenden

Wirkungen des State Bonus Scheme zu dessen »Prinzipien« nicht direkt in Kontrarität. Wegen der Verbindung der »Prinzipien« mit »industrieller Zerrüttung in der Übergangsphase« würden diese dennoch einen Widerstand gegen die Behebung des Mangels darstellen, sodass die »Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter« nicht mit ihnen äquivalent gesetzt werden kann – wohl aber mit verschiedenen Labour-Programmpunkten.

Dass die Verfasser des Berichts und das National Executive sich mit ihrer Positionierung gegen die Bestrebungen der State Bonus League wandten, der Diskurs der Milners somit als »konkurrierender Diskurs« gelten kann, liegt auf der Hand. Die Adressat_innen des Berichts waren jedoch nicht die Mitglieder der State Bonus League als solche, sondern die Mitglieder der Labour Party. Formal ist dieses eindeutig: Der Bericht wurde unter Bezug auf den 1919 in Southport getroffenen Beschluss veröffentlicht, und wurde den der Partei angeschlossenen Organisationen zugesandt (60). Und auch der in Kapitel 4 und im vorangegangenen Unterkapitel 5.3.1 dargestellte politische Zusammenhang legt nahe, dass das National Executive vor allem die Parteimitglieder, die sich bereits für eine Aufnahme des State Bonus in die Programmatik der Partei einsetzten, sowie diejenigen, die potenziell davon überzeugt werden könnten, im Blick hatte. Die unmittelbare Konkurrenz bestünde in diesem Fall nicht im »allgemeinen« Diskurs der Milners, sondern gerade in den diskursiven Versuchen, das Mindesteinkommen speziell für Labour-Mitglieder interessant zu machen. Einen solchen Versuch habe ich in den vom Ehepaar Milner in ihrem Pamphlet *Labour and a Minimum Income for all* vorgenommenen Reartikulationen ausgemacht.

Wie würde sich ein von den Milners zugunsten des State Bonus manipulierter Labour-Diskurs durch eine erneute erfolgreiche Manipulation, dieses Mal vom National Executive ausgehend, verändern? Die »Intention« hinter dem State Bonus fände sich nach wie vor in die Äquivalenzkette P eingebunden, nunmehr von den »Prinzipien« und der »politischen Zweckmäßigkeit« des Modells getrennt. Diese Signifikanten würden, verknüpft mit neu im Diskurs auftauchenden »Finanzierungsproblemen« und der ebenfalls neuen »industriellen Zerrüttung in der Übergangsphase«, in Q eingebunden. Doch was geschieht mit der Äquivalenzierung zwischen »Mindesteinkommen« und »Streiks«, und der Kontraritätsrelation zwischen dem »Mindesteinkommen« und »profiteering«? Für diese Beziehungen wäre in der erneut veränderten diskursiven Ordnung kein Platz mehr. Im ersten Fall besteht die in dem Memorandum verwirklichte Lösung in einem Bestreiten der Verknüpfung, mit dem Argument, im Falle eines Streiks

auf nationaler Ebene könne die Regierung den Streikenden ihren Bonus verweigern (61f). Dass die »Regierung« Gegnerin der Streikenden sei – was in den von mir verwendeten Kategorien heißt, dass sie zum Widerstand gegen die Verwirklichung des »Allgemeinen« gezählt werden muss und damit Teil von Q ist –, wird scheinbar als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht weiter erörtert. Im zweiten Fall wird die Annahme, dass das Mindesteinkommen die Möglichkeiten der Arbeitnehmer verbessere, ihre Interessen zu wahren, nicht rundherum bestritten, aber differenziert: Dieser Effekt sei nur in gut organisierten Branchen zu erwarten; in den so genannten »sweated trades«, deren Beschäftigte zu besonders schlechten Bedingungen arbeiten, würde es wahrscheinlich im Gegenteil zu Lohnkürzungen kommen (62). Wenn das Mindesteinkommen somit zur Verstärkung der Ausbeutung beiträgt, bestätigt das, dass die »Prinzipien«, mit denen die gute Intention umgesetzt werden soll, nicht Teil der Äquivalenzkette P sein können – auch, wenn sich der negative Effekt nur auf einen Teilbereich der Wirtschaft bezieht, denn schon dann kann nicht mehr die Überwindung des Mangels in *allen* seinen Dimensionen repräsentiert werden. Das Mindesteinkommen steht damit auch nicht mehr in Kontrarität zu »profiteering«. Die »Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter«, auf die das Mindesteinkommen im Sinne der von Milner / Milner vertretenen Artikulationen hinauslief, wird vom im Namen der Partei auftretenden National Executive aus der Verknüpfung mit dem Mindesteinkommen gelöst, und zugleich wird, wie schon angedeutet, ihre Verknüpfung mit bisherigen Labour-Programmpunkten bestärkt. Gegen die von den Milners vorgenommene Äquivalenzierung ihres Vorschlags mit dem »Prinzip der Steuerprogression« wird hingegen nicht direkt etwas unternommen. Die bloße Erinnerung, dass eine Flat-Tax der Politik der Labour Party widerspreche, wäre wahrscheinlich nicht geeignet, ein Subjekt, das sich mit dem Labour-Diskurs in der von den Milners geschaffenen »Pro-Grundeinkommens-Version« identifiziert, zur Änderung seiner Position zu bewegen.

Unabhängig von solchen Lücken in der Argumentation läuft der Text des Memorandums zusammengefasst auf eine Umbewertung des Engagements für die Einfügung des Mindesteinkommens in die Labour-Programmatik hinaus, nach der dieses trotz richtiger Intentionen den Zielen der Partei zuwiderlaufe. Dass die von der Labour Party vertretenen Prinzipien und Ziele als Bewertungsmaßstab dienen, bestätigt, dass das NEC sich an Parteimitglieder wandte, und hoffte, dass diese die angebotenen Verknüpfungen und die durch diese nunmehr modifizierte Subjektposition des »Labour-Mitglieds« annehmen. Dass dies den tatsächlichen Intentionen des National Executive

entsprech, ist plausibel: Dass das Gremium die Aufnahme eines bedingungslosen Mindesteinkommens im Sinne der State Bonus League in die Politik der Partei nicht wünschte, geht aus dem Text hervor – unabhängig von der Frage nach den Motiven dieser Ablehnung, die vielleicht mit Überzeugungen, vielleicht auch mit der Sorge um Machtpositionen, auch im Hinblick auf eine mögliche baldige Regierungsübernahme, zu tun gehabt haben könnten. Dass es auf das Erreichen von Parteimitgliedern ankam, ist vor dem Hintergrund möglicher Parteitagsbeschlüsse klar.

Dass sich positiv auf »Milners Intentionen« bezogen und die Kritik auf andere Dimensionen des Mindesteinkommensvorschlags fokussiert wurde, könnte von der Überlegung motiviert gewesen sein, dass eine noch grundsätzlichere Konfrontation sich negativ auf die Bereitschaft der Angesprochenen auswirken könnte, sich auf die Argumente einzulassen. Möglicherweise war auch eine Diskussion über Ziele nicht gewünscht, bei der eventuell in Bezug auf die Frage, ob die Gewährung staatlicher Leistungen an Arbeitswilligkeit geknüpft werden sollte, grundsätzlichere Meinungsunterschiede deutlich geworden wären. Hier lohnt sich ein Blick auf eine Resolution, die vom jährlichen Parteitag 1921 verabschiedet wurde, in der es unter anderem heißt: »That this Conference affirms: (1) That the right to live is the inalienable right of every citizen. [...] (4) That these rights are independent of the performance of work, which is, however, a duty devolving on all who are capable of performing it.« (Labour Party 1921: 9) Das Verfassen und die Billigung des Berichts zum State Bonus lagen zeitlich vor der Parteikonferenz, so dass der zitierte Beschluss selbst nicht die im Bericht vorgenommenen Artikulationen beeinflusst haben kann; doch der Beschluss ist ein Indiz, dass grundsätzliche Bekenntnisse zur Bedingungslosigkeit sozialer Rechte in der betreffenden Zeit in der Partei potenziell mehrheitsfähig waren. Eine Debatte über Ziele hätte Milners Anhängern eventuell eine Chance gegeben, durch die Betonung eines Widerspruchs zwischen einem grundsätzlichen Bekenntnis zu einem unveräußerlichen, bedingungslosen Recht auf Leben und der in *Labour and the new social order* festgehaltenen Beschränkung staatlicher Unterstützung auf »unfreiwillig Erwerbslose und nicht Arbeitsfähige« eine »Dislokation« des Labour-Diskurses hervorzurufen. Doch auch unabhängig von diesem konkreten Risiko, das eine Zieldebatte mit sich gebracht hätte, kann die Ausklammerung von Zielen und die Fokussierung auf die relative Eignung unterschiedlicher Mittel dazu geeignet sein, eine Diskussion zu einem »Expertendiskurs« zu machen, so dass viele Personen vor einer Einmischung zurückschrecken.

5.3.3 Labour Party: *Labour and Social Credit*

Zwischen dem eben untersuchten Bericht über den Vorschlag des State Bonus und dem jetzt zu betrachtenden »Bericht über die Vorschläge von Major Douglas und dem 'New Age'« gibt es eine Reihe von Parallelen. Es handelt sich in beiden Fällen um Berichte, die von Kommissionen erstellt und vom National Executive gebilligt worden waren – so kann ich auch *Labour and Social Credit* als offizielle Fortschreibung eines »Labour-Diskurses« sehen, bei der ich in der Analyse nicht zwischen der Kommission und dem NEC als artikulierenden Subjekten unterscheiden muss. Diese Sichtweise findet in Bezug auf den Bericht über Social Credit weiterhin durch die Tatsache Bestärkung, dass das prominente Executive-Mitglied Sidney Webb zugleich Mitglied in der Kommission war, die zur Untersuchung von Douglas' Vorschlägen gebildet worden war. Auch in Bezug auf Social Credit war schon auf der jährlichen Parteikonferenz (1921 in Brighton) ein Antrag auf Untersuchung gestellt worden – der, wie der ein Jahr zuvor von Dennis Milner gestellte Antrag, an das NEC verwiesen worden war (vgl. Labour Party 1921: 213).

Die Konstellation war aber im Vergleich zu den Geschehnissen um den Vorschlag des State Bonus insofern anders, als dass Major Douglas und das ILP-Mitglied Orage sich nicht in den parteipolitischen Prozessen im engeren Sinne engagierten. Entsprechend seines Selbstverständnisses als »Berater« hatte Douglas 1920 vor einem Komitee der schottischen Labour Party für seine Ideen geworben (vgl. Finlay 1972: 198); es lag ihm aber fern, sich wie Milner ernsthaft auf die Parteidiskurse einzulassen, um aus diesen heraus für die Übernahme seiner Ideen zu werben. Wie wir in Kapitel 5.2.2 gesehen haben, gibt es zwar an einigen Stellen seiner Texte Aussagen, dass die von ihm geforderten Reformen auch im Interesse von »Labour« seien – wobei sich daneben wieder beißender Spott zumindest über Teile der Partei findet.

Am Anfang des Berichts *Labour and Social Credit* wird darauf hingewiesen, dass Douglas und Orage eine Einladung zu einer Diskussion mit den Kommissionsmitgliedern abgelehnt hätten, weshalb sich die Untersuchung allein auf schriftliche Quellen stützen müsse (vgl. Labour Party 1922: 1). In der Folge wird an mehreren Stellen auf Unklarheiten im Textmaterial hingewiesen (3, 4). Der Bericht hat zunächst Douglas' Analyse der finanziellen Mechanismen einschließlich des A+B-Theorems zum Gegenstand und kommt zu dem Schluss, dass Douglas' Aussagen auf verschiedenen Fehlern basieren. Die Kritik an der Einbeziehung der Kosten der Vorprodukte in die Preisbildung sei im Grundsatz unbegründet. Zudem gebe es keine

Alternativen; Douglas' Vorschlag zur Preisregulierung baue auf falschen Annahmen auf, sei nicht praktikabel und hätte im Falle seiner Umsetzung verheerende wirtschaftliche Konsequenzen (2-7). Das im *Draft Mining Scheme* ausgearbeitete Konzept einer »Producers' Bank«, an der alle im jeweiligen Wirtschaftszweig Tätigen beteiligt sein sollen, sei ebenfalls unpraktikabel (8). Douglas' Hinweis auf die in der Tat essenzielle Bedeutung der Kontrolle des Kreditwesens sei ein Verdienst, doch seine Vorschläge seien ungeeignet, diese Kontrolle zu realisieren (9). Er gehe von einer zu scharfen Trennung zwischen Finanziers und Arbeitgebern aus – Letztere könnten keine Partner sein, weil in letzter Instanz die Interessen des Kapitals zusammenstehen würden. Das Übel liege nicht nur im Kreditwesen, sondern im gesamten kapitalistischen System begründet. Es handele sich jedoch nicht nur um unterschiedliche Einschätzungen. Vielmehr konstatieren die Autoren des Berichts einen deutlichen Unterschied in den Zielen, weil Major Douglas nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel anstrebe (9-10). Als Alternative zu Douglas' Vorschlägen zur Kontrolle des Finanzwesens werden auf den letzten Seiten des Berichts Pläne zur Verstaatlichung der Banken dargelegt (11-15).

Damit wird ein »staatliches Banksystem« unmittelbar in die Äquivalenzkette P des Labour-Diskurses eingebaut, zusammen mit dem »Bewusstsein für die Wichtigkeit von Kredit« und im Gegensatz zum »bestehenden Finanzsystem«. Dieses wird jedoch als ein kleiner Teil des »Kapitalismus« artikuliert, der in seiner Rolle als »eigentliches Übel« bestärkt wird. Entsprechend steht die »Annahme, das Übel liege allein im Finanzsystem« der Überwindung des Mangels entgegen. Auf »Unwissen« beruhend, steht diese in Q artikuliert Annahme in Kontrarität zu der im Diskurs als wichtig eingebundenen »Wissenschaft«. »Douglas' Lösungsvorschläge« werden aufgrund ihres »illusorischen Charakters« in ihrer Gesamtheit in Q eingebaut (15). Das Gleiche geschieht in Bezug auf das geforderte System der Preisregulierung als ein Teilbereich der Vorschläge: Es findet in einer Richtung eine Äquivalenzierung mit den »Trugschlüssen« statt, auf denen der Vorschlag beruhe, in der anderen Richtung eine Äquivalenzierung mit den Lebensbedingungen der »schlimmsten Kriegszeiten«, die durch eine Umsetzung der Vorschläge zurückkehren würden. Douglas' Preisregulierungssystem würde also nicht zur Überwindung des Mangels beitragen, sondern diesen im Gegenteil wieder verstärken – ein eindeutiger Fall eines Teils des in Q zu verortenden Widerstands gegen die Verwirklichung des »Allgemeinen«. Das Konzept der »Produzentenbank« wird ebenfalls mittels einer »technischen« Argumentation für unpraktikabel erklärt, also ebenfalls mit »Unwissen« verknüpft in Q

eingebunden. Wenn Douglas beispielsweise davon ausgehe, dass die einzurichtenden Banken im Austausch für Anteilspapiere an den Unternehmen deren Investitionen finanzieren sollen, übersehe er, dass die dafür notwendige Menge an Kapital nicht aus den Ersparnissen der Bergarbeiter und Angestellten aufgebracht werden könne (8). Zusätzlich wird das Konzept an dem Maßstab gemessen, ob es auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinauslaufe. Dieses sei nicht der Fall: Auch wenn eine von Gewerkschaften geführte Bank durch den Erwerb von immer größeren Anteilen an den produzierenden Unternehmen eines Tages deren Mehrheitseignerin würde und sie somit durch eigene Vorstände kontrollieren könne, müsse immer noch ein jährlicher »Tribut« an die anderen Gesellschafter gezahlt werden (10).

So wird selbst ein Konzept, das von Douglas (und Orage) im Sinne konkreter Schritte für einen Übergang zu einem neuen Finanzsystem konzipiert wurde, an dem langfristig angelegten Perspektivziel vergesellschafteter Produktionsmittel gemessen. Wie wir im vorangegangenen Unterkapitel gesehen haben, wurde dieser Maßstab an die Vorschläge der Milners nicht angelegt: Die Zielsetzung, allen Mitgliedern der Gemeinschaft ihren Lebensunterhalt zu sichern, wurde akzeptiert, und ansonsten das Augenmerk nur auf die Art der geforderten Realisierung des Ziels gelenkt, obwohl das Ziel der ökonomischen Grundsicherung keineswegs notwendigerweise mit der »sozialistischen« Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel einhergeht. Dabei besteht auch Douglas darauf, dass allen Mitgliedern der Gemeinschaft bedingungslos ein Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zukommen und dadurch in zunehmendem Maße die Lebensgrundlage der Einzelnen unabhängig von ihren jeweiligen Erwerbseinkommen gesichert werden solle. Dieser Aspekt seiner Schriften wird von der Kommission der Labour Party nicht gesondert diskutiert. Bei der Beurteilung des Konzepts der »Produzentenbank« wird keine grundsätzliche Kritik an der darin enthaltenen Idee formuliert, dass alle Einzelnen in zunehmendem Maße Dividenden beziehen sollten – die Kritik richtet sich auf die vermeintlich unrealistische Art der Umsetzung und ihre Verbindung mit der mindestens teilweisen Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Die Grundeinkommensperspektive in Douglas' Werk wird also weitgehend ausgeblendet.

So zieht sich der Gegensatz zwischen der »erforderlichen« anti-kapitalistischen bzw. sozialistischen Perspektive einerseits und unzureichenden Alternativen andererseits durch alle Teile des Berichts zu »Social Credit«, was diesen trotz mancher anderer Parallelen deutlich von dem Memorandum zum State Bonus unterscheidet. Die

Verortung des »Übels« im Finanzsystem allein wird einer grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus gegenübergestellt; Problematisierungen einzelner Aspekte der Mechanismen des Finanzsystems, die Douglas auf Grundlage seines theoretischen Modells vornimmt (etwa die grundsätzliche Problematisierung der Verrechnung aller Vorkosten in die Preise), werden immer wieder mit Kritiken an kapitalistischem »profiteering« kontrastiert (wie der Kritik an zu hohen Preisen wegen der Eintreibung exzessiver Profite) (5). In diesem Schema findet sich Major Douglas persönlich als Subjektposition in die »antagonistische« Äquivalenzkette Q eingebunden: Seine Ziele seien nicht die der Labour Party (10); sein Modell sei nicht nur theoretisch fehlerhaft und praktisch nicht umsetzbar, sondern auch »fundamentally opposed to the principles for which the Labour Party stands« (11).

Der veröffentlichte Bericht richtete sich also unmissverständlich gegen C. H. Douglas und seine politischen Bestrebungen. Diese waren auch für das National Executive ein wichtiges Thema geworden, weil sich, wie in Kapitel 4 dargestellt, auch ohne Douglas' gezielte Bemühungen um Gehör im Labour-Diskurs eine wachsende Zahl von Parteimitgliedern seine Vorstellungen zu Eigen machte. Analog zu der Argumentation in Bezug auf die Bewegung für einen State Bonus könnten im Prinzip Diskurse, die die Social-Credit-Ideen in den innerhalb der Partei bisher hegemonialen Labour-Diskurs einbinden, als unmittelbar konkurrierende Diskurse gelten. Da kein entsprechender Text von Douglas existiert, kann ich nicht wie im Unterkapitel 5.3.2 vorgehen. Doch auch so lässt sich erkennen, dass mögliche positive Artikulationen von Douglas' Finanzreformvorschlägen mit den Zielen der Labour Party durch den Bericht umbewertet werden: Douglas' Bestrebungen und das Projekt der Labour Party werden als unvereinbar präsentiert. Im Vergleich zur Bewertung des Engagements für ein Mindesteinkommen nach Milner wird der Widerspruch hier auf einer grundsätzlicheren Ebene angesiedelt: Douglas' Forderungen zu vertreten, bedeute nicht nur die Wahl eines falschen Mittels, sondern die Unterstützung eines in jeder Hinsicht antagonistischen Projekts. Diese Artikulation kann als Aufforderung an alle Mitglieder der Labour Party mit Sympathien für Douglas' Ideen verstanden werden, sich klar zwischen diesen und einer (sozialistischen) Identität eines Labour-Mitglieds zu entscheiden. Dass das National Executive in seiner offensichtlichen Gegnerschaft zu »Social Credit« durch das Ausüben eines solchen moralischen Drucks die parteiinternen Diskussionen über das Thema abwürgen wollte, ist plausibel. Diese Interpretation deckt sich mit Finlays (1972: 197) Feststellung: »There was [...] a split within the Labour Party between a rank and file which was eager to discuss novel financial ways out of an ever-deepening industrial

depression and a leadership which was not sympathetically inclined towards them.« Hier wird einmal mehr deutlich, dass ein Gruppensubjekt nicht mit der Summe seiner Mitglieder gleichzusetzen ist. Wenn zwischen den jährlichen Parteitag, die offiziell im Namen der Partei Beschlüsse fällten, Veröffentlichungen des National Executive in den relevanten Diskursen im Allgemeinen als Positionierungen der »Labour Party« in Erscheinung traten, müssen diese Äußerungen in einschlägigen Diskursanalysen als durch das Subjekt »Labour Party« vorgenommene Artikulationen gelten – unabhängig davon, inwiefern sich die Mitglieder dadurch repräsentiert sahen.

Was sind aber denkbare Erklärungen dafür, dass die Ablehnung der zur Diskussion stehenden Alternativen im Fall von »Social Credit« so viel grundsätzlicher und damit schärfer ausfiel? Neben strategischen Gründen wäre im Prinzip auch der Einfluss persönlicher Motivationen denkbar, so könnte Douglas' Polemik gegen »Staatssozialisten« und gegen Sidney Webb als Person schärfere Abwehrreaktionen von deren Seite begünstigt haben. Solche psychologischen Faktoren sollen hier aber nicht weiter diskutiert werden, zumal es andere Erklärungsansätze gibt. Die Rezeption von Douglas' Ideen in den Reihen der Labour Party fand zeitlich versetzt zur Rezeption des State Bonus Scheme statt. Wie im vorangegangenen Unterkapitel erörtert, spricht einiges dafür, dass die Mitglieder des NEC gehofft hatten, gerade mit einer Fokussierung »technischer« Dimensionen das Aufkommen größerer Debatten über den Mindesteinkommensvorschlag verhindern zu können. Als das »Memorandum« 1921 veröffentlicht wurde, konnte der Eindruck entstehen, dass es für einen solchen Versuch inzwischen zu spät war: Das State-Bonus-Konzept traf zunehmend auf Sympathie an der Parteibasis; wie erwähnt, gab es auf dem Parteitag in Brighton drei verschiedene Anträge zu dem Thema. Inzwischen war auch das Thema »Social Credit« auf der *Annual Conference* angekommen; und vor dem Hintergrund, dass Douglas eine wesentlich größere öffentliche Wirkung als Milner hatte (vgl. Van Trier 1991: 135), erschien es dem National Executive möglicherweise schlicht zu riskant, auf eine Taktik zu setzen, die schon in der Auseinandersetzung mit dem weniger einflussreichen Gegner nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, so dass es dieses Mal »schwereres Geschütz« wählte.

5.3.4 Douglas: *The Labour Party and Social Credit*

Douglas' Antwort auf den eben untersuchten Bericht, mit *The Labour Party and Social Credit* fast wortgleich wie dieser betitelt, ließ nicht lange auf sich warten. Ausgehend von der Feststellung, der Bericht enthalte keine kompetente Kritik an seinem Modell, sei aber dennoch wichtig, weil er Aufschluss über die Mängel der Organisation der Labour Party gebe, verweist Douglas (1922a: 17) die Leser für eine Widerlegung der »technischen Befunde« des Berichts auf einen Anhang. Im Zentrum des Pamphlets steht eine Kritik an der Zusammensetzung der Kommission und an den Umständen, unter denen der Bericht zustande gekommen sei. Douglas' und Orages Ablehnung der Einladung zu einer Sitzung der Kommission wird mit ihrer zu kurzen Frist, ihrer unklaren Themendefinition und Auseinandersetzungen über die personelle Besetzung des Gremiums in Verbindung gestellt; ein entsprechender Briefwechsel findet sich im Anhang dokumentiert. Douglas übt harsche Kritik an der Labour-Parteiführung und betont ihre vermeintliche Interessenkonvergenz mit der »Hochfinanz«, illustriert durch zwei längere Zitate aus Publikationen aus Bankkreisen.

Wie meine Analyse in Kapitel 5.2.2 gezeigt hat, wurden die »Staatssozialisten« und die »Finanziers« in Douglas' Diskurs schon zuvor äquivalenziert, weil sie gleichermaßen »Politiken der Herrschaft« betrieben. Diese Äquivalenzierung wird nunmehr bestärkt, wenn Douglas den beiden Figuren explizit gleiche Interessen unterstellt. Mit Verweis auf die Verbindung von Kommissionsmitgliedern zu der vom Ehepaar Webb mitgegründeten London School of Economics, die eine »'Banker's' Theory of Banking« vertrete, kommt Douglas zu der Aussage, Sidney Webb und einer der zitierten Bankiers meinten »genau das gleiche« und wollten beide »ökonomische Sklaverei« (24f). Durch die noch engere wechselseitige Verknüpfung der in die Äquivalenzkette Q eingebundenen Subjektpositionen vertieft Douglas somit die antagonistische Zweiteilung seines Diskurses. Diesen Effekt verstärkt er außerdem durch die klarere Aufteilung der Labour Party, die mit seinen Angriffen auf Sidney Webb und die Führung der Partei einhergeht. Hatte er sich bisher gegen »Staatssozialismus« und »Labour-Fanatiker« gewandt, aber nicht klar gemacht, welche Teile der Labour Party er ggf. von dieser Klassifizierung ausnimmt, konstruiert er nunmehr eine klare antagonistische Beziehung zwischen dem »Central Executive« (bzw. NEC) einerseits und der Basis (»rank and file«) andererseits. Die Ziele der Parteiführung – die den Kommissionsbericht bestellt habe – hätten mit denen ihres »alleged adversary the 'Capitalist'« mehr gemeinsam als mit denen der Basis (17).

Hierzu passt auch, dass Douglas als Antwort auf die im Kommissionsbericht formulierte Kritik, sein Konzept der »Producers' Bank« sehe nicht vor, dass sich die Gewerkschaften vom jährlichen »Tribut« an die anderen Anteilseigner der Unternehmen befreien, diese *shareholders* als Menschen charakterisiert, die die Labour Party zu repräsentieren vorgebe, wie z.B. die »Witwe mit einer Kriegshinterbliebenenrente« (27).

Als unmittelbar konkurrierender Diskurs kann der »allgemeine Diskurs der Labour Party« gelten, wie er vom National Executive vertreten wurde, nach den im Kommissionsbericht vorgenommenen Reartikulationen, durch die der Antagonismus zu »Social Credit« explizit gemacht worden war. In seinem Pamphlet greift Douglas diesen Diskurs in seinen Grundlagen an. »The Fabian Society is avowedly a Socialist organisation and its translation of the word Socialism is the substitution of the Supreme State (to which every man must bow, and by whose officials all human activities from the cradle, or before, to the grave, and after, shall be regulated) for individual freedom and initiative«, schreibt Douglas (23). Auch wenn er nach wie vor nicht sagt, »Sozialismus« sei in jeder Form abzulehnen, kann die Erneuerung der Angriffe auf den »Staatssozialismus« der Fabian Society als *grundsätzliche* Ablehnung des in *Labour and the new social order* dargelegten Politikansatzes gelesen werden. »Grundsätzlich« ist nicht als essenzialistische Kategorie zu verstehen, sondern als Verweis auf die Tatsache, dass bei einer Manipulation des Labour-Diskurses durch Douglas, bei der »Staatssozialismus« und alle zugehörigen Forderungen in die »antagonistische« Äquivalenzkette Q umgesiedelt würden, kaum etwas von der bisherigen diskursiven Struktur erhalten bliebe. Deshalb liegt es näher, statt von einer Manipulation des Labour-Diskurses durch Douglas von dessen Angebot an Mitglieder der Labour-Basis auszugehen, Subjektpositionen in seinem eigenen Diskurs anzunehmen. Notwendige Voraussetzung dafür, dass die Angesprochenen eine solche Offerte annehmen, ist, dass sie sich von der Diagnose theoretischer und »technischer« Unzulänglichkeiten in Douglas' Ansatz, wie sie im Bericht der Kommission getroffen wurde, distanzieren. Das ermöglicht Douglas nicht nur mit der »Widerlegung« der »technischen Befunde« im Anhang seines Pamphlets, sondern auch durch die Charakterisierung der Kommission – ihres Zustandekommens und ihrer Arbeit – als politisch motiviert. So wird jeglicher »wissenschaftlicher« Anspruch des vom National Executive vertretenen Diskurses negiert, sodass die politische Diskreditierung der Parteiführung ein Übriges tun kann.

Die im Zusammenhang eines solchen möglichen Identifikationsangebotes wichtigste Modifizierung, die Douglas an seinem Diskurs vornimmt, ist die Klarstellung, dass sich die Abgrenzung von verschiedenen Spielarten des »Sozialismus« nicht gegen die Mitglieder an der Basis der Labour Party richtet. Um zu prüfen, wie sich – in Tullys (1988b: 10) Begrifflichkeit – dieses »ideologische Manöver« als »politisches Manöver« darstellt, müssen wir wieder den Blick auf die erfolgte Umbewertung politischen Handelns richten. In diesem Sinne erscheint ein Engagement von Labour-Mitgliedern für Douglas' Finanzreformvorschläge nicht mehr als ein Wenden gegen die eigenen Grundlagen, denn fortan gilt es als die Annahme eines Diskurses, in der sie einen Platz haben, und stellt nicht eine Abwendung von »Labour« insgesamt, sondern eine Abwendung von einer rundum diskreditierten Parteiführung dar. Es sei daran erinnert, dass das National Executive vermeintlich im Verbund mit den Vertretern des Finanzwesens die Interessen der Labour-Klientel verrät. So wird Parteimitgliedern nahegelegt, dass ihre »Konvertierung« zu Douglas' Diskurs im Sinne derer ist, deren Interessen sie schon bisher vertreten wollten, und sich gegen das auch im Labour-Diskurs als »antagonistisch« konstruierte Finanzkapital wendet.

Dass es den Intentionen von Douglas und dem mit ihm zusammenarbeitenden Orage entsprach, Labour-Mitgliedern eine solche »Brücke« zu Douglas' Diskurs zu bauen, ist gut denkbar. Es liegt nahe, dass Douglas, der seine Ideen weiter verbreiten wollte, auf die gewachsene Zahl von Unterstützer_innen in den Reihen der Labour Party nicht verzichten wollte. Zudem wäre unklar, wer sonst die Adressat_innen des Pamphlets *The Labour Party and Social Credit* gewesen sein sollten. In Versuchen, die Mitglieder des National Executive von seinen Ideen zu überzeugen, sah Douglas spätestens jetzt, als er ihnen vorwarf, ebenso wie die »Finanziers« ökonomische Sklaverei zu wollen, offenbar endgültig keinen Sinn mehr.

6 Fazit

In Bezug auf die in der Einleitung formulierte Fragestellung nach der Rolle des Begriffs »Sozialismus« in den diskursiven Einbindungen der Idee eines Grundeinkommens haben meine teilweise sehr ins Detail gehenden Textanalysen vielfältige Befunde hervorgebracht, die nun zu einer Beantwortung zusammengefasst werden können.

Dennis und Mabel Milner legen sich bezüglich des Verhältnisses des von ihnen vorgeschlagenen Grundeinkommenskonzepts zum »Sozialismus« im Allgemeinen nicht fest. Ihre Bezüge zu »sozialistischen« bzw. »kommunistischen« Ansätzen sind differenziert: Sie postulieren nur zu einer Spielart von »Sozialismus« eine Kontrarität, und auf »kommunistische« Elemente beziehen sie sich unter bestimmten Voraussetzungen positiv. Ob im Grundsatz eine »sozialistische« Politik geboten sei, sagen sie nicht – so, wie sie in ihrem vor der direkten Interaktion mit der Labour Party vertretenen Diskurs allgemein weitgehend offen lassen, welche Politik über die Einführung des durch eine spezielle Flat-Tax finanzierten Grundeinkommens hinaus verfolgt werden sollte. Ihr insgesamt positiver und dabei differenzierter Bezug auf das Programm der Labour Party umfasst einige weitere einige Positionierungen, lässt sich aber, wie ich gezeigt habe, als ein Versuch interpretieren, ein Bekenntnis zu ihrem Mindesteinkommensvorschlag in den Labour-Diskurs zu integrieren. Weil sie damit die grundsätzliche Geltung dieses Diskurses akzeptieren und selbst in ihrer Interaktion mit der Partei keine weiteren Festlegungen in Bezug auf »Sozialismus« treffen, lässt sich sagen, dass sie die entsprechende Positionierung Dritten überlassen.

Auch C. H. Douglas nimmt in den untersuchten Dokumenten nie Bezug auf das Verhältnis seiner Ideen, zu denen neben anderen Punkten die Notwendigkeit eines Grundeinkommens zählte, zu »Sozialismus« im Allgemeinen. Durch die untersuchten Texte, die im Kontext der Zusammenarbeit mit dem »Gildensozialisten« Alfred Richard Orage entstanden waren, zieht sich eine vehemente Ablehnung von »Staatssozialismus«, während ein positiver Bezug auf »Sozialismus« im Allgemeinen allenfalls durch die Konstruktion eines Gegensatzes zum »Kapitalismus« suggeriert wird.

Die Programmschrift und die beiden Berichte der Labour Party enthalten keine wörtliche Erwähnung von »Sozialismus«, wohl aber von »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln«. Dabei handelt und handelte es sich um eine gängige Definition von »Sozialismus«, und in Untersuchungen über die Geschichte der Labour Party wird diese auch in der berühmten *Clause IV* der Parteisatzung von 1918 enthaltene Phrase ebenfalls als »socialist commitment« interpretiert (z.B. in Pelling / Reid 1996: 39). In diesem Sinne lässt sich davon sprechen, dass die Labour Party nach der Programmschrift *Labour and the new social order* »Sozialismus« anstrebe. Die Beurteilung des State Bonus durch die Labour Party, die ohne einen direkten Bezug auf »Sozialismus« auskommt, ließe sich entsprechend dahingehend »übersetzen«, dass die

Intention hinter dem Grundeinkommensvorschlag mit »Sozialismus« im Einklang stehe, das vorgeschlagene BGE aber nicht zur Verwirklichung von »Sozialismus« geeignet sei. Auf Douglas' Forderung eines Grundeinkommens für alle gehen die offiziellen Vertreter_innen der Labour Party nicht direkt ein; sie beurteilen vielmehr Douglas' Projekt in seiner Gesamtheit als antagonistisch zu den Zielen der Labour Party. Hierbei wird das »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« zur Benennung der gegen Douglas zu verteidigenden Ziele herangezogen. Das zitierte »socialist commitment« ermöglicht also eine schärfere Ablehnung von »Social Credit«.

Kurz und knapp kann ich resümieren, dass sich weder das Ehepaar Milner noch Major Douglas auf einen bestimmten Bezug zu »Sozialismus« im Allgemeinen festlegten, und dass auch die Labour Party nicht das Grundeinkommen als solches in eine Beziehung zu »Sozialismus« setzte, sondern die zwei Initiativen, die beide die Einführung eines BGE anstrebten, unterschiedlich beurteilte.

Die Unterschiede kamen dabei in der Beurteilung dessen zustande, was jeweils als Ziel der Vorschläge perzipiert wurde, nicht durch eine genauere Beschäftigung mit den Grundeinkommensvorschlägen selbst. Eine solche genauere Betrachtung hätte im Falle der Vorschläge von Milner und Milner deren Ziele präziser und damit leicht anders erscheinen lassen; in Douglas' Fall wurde die Grundeinkommensperspektive nahezu ganz aus der Betrachtung ausgeblendet. Der Einklang zwischen Milners Zielen und jenen der Labour Party wird konstatiert, aber nicht weiter diskutiert; der negative Bezug auf Douglas' Ziele beruht auf der Zuspitzung der Labour-Ziele auf den Punkt des »Gemeineigentums an den Produktionsmitteln« und der Kontrastierung dieses Punkts mit Douglas' ablehnender Haltung zu Verstaatlichungen. Die Analyse von *Labour and the new social order* hatte gezeigt, dass die Festschreibung der »Zielsetzung« der Labour Party auf Ewigkeit einen Versuch der Diskursschließung darstellt, dabei aber kein Signifikant verwendet wurde, der als »leerer Signifikant« gut geeignet wäre. Die Benennung der »Ziele der Labour Party«, an denen Douglas' Vorhaben gemessen wird, als »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« kann folglich als Neueinführung eines Repräsentanten für die Äquivalenzkette P und damit als Versuch gelten, die Schließung des Diskurses zu vervollständigen.

Die Identifikation dieses wichtigen diskursiven Manövers, das in einer bestimmten Situation der Auseinandersetzung mit einem konkurrierenden hegemonialen Projekt erfolgt ist, hat Implikationen in Bezug auf den theoretischen Ansatz und dessen methodische Anwendung. Erstens illustriert das Beispiel, dass die vielfach

rekonstruierbare nach Laclau / Mouffe typische Diskursstruktur wesentliche Merkmale durch die Interaktion zwischen verschiedenen Subjekten erhalten haben kann. Die Wichtigkeit sozialer (situativer) Interaktion für das Zustandekommen der diskursiven Formationen nach Laclau / Mouffe, für die ich theoretisch argumentiert habe, erfährt somit eine Bestätigung durch die Empirie. Zweitens wird durch das Beispiel klar, dass die mit Hilfe der Einordnung in das jeweilige Hintergrundgeschehen plausibilisierte Sichtweise diskursiver Operationen als möglicherweise von Subjekten vor dem spezifischen Hintergrund beabsichtigte Aktionen im Prinzip auch auf solche Artikulationen zutreffen kann, die in der Herausbildung einer diskursiven Struktur eine überragende Rolle spielen. Meine These von der Vereinbarkeit der Annahme von Intentionalität mit den von Laclau und Mouffe entwickelten theoretischen Grundlagen findet sich damit ebenso bestärkt.

Das soll allerdings nicht heißen, dass im Diskurs der Labour Party genau seit der Auseinandersetzung mit Douglas' Ideen »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« oder »Sozialismus« dauerhaft als Repräsentant des gesellschaftlichen »Allgemeinen« fungiert hätte. Thorpe (1997: 234) schreibt, der Begriff des »Sozialismus« habe der Labour Party als »vereinigender Mythos« gedient, wenn alles andere nicht geklappt habe. Das passt zur Charakterisierung als »leerer Signifikant«, deutet aber auf eine relative Flexibilität in seiner Verwendung bzw. dem Verzicht darauf. In der Tat wies die Entwicklung der »Prominenz« des »Sozialismus« im offiziellen Diskurs der Labour Party offenbar keine einheitliche Richtung auf. So erscheint die Stellung des Signifikanten »Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« in der im Juni 1918 verabschiedeten Programmschrift *Labour and the new social order* weniger prominent als in der bereits im Februar desselben Jahres beschlossenen *Constitution* (vgl. Labour Party 1919b: 176); in *Labour and Social Credit* handelt es sich dann, wie gezeigt, um den zentralsten Bezugspunkt.

Um über das Auftauchen des »Strategems der Repräsentation« bzw. seine Stellung in der Entwicklung des Labour-Diskurses – bzw. in politischen Diskursen im Allgemeinen – mehr Klarheit zu schaffen, erscheint es erforderlich, eine größere Menge von Texten zu untersuchen. So ließe sich ggf. herausfinden, ab welchem Zeitraum es vorkam, dass der »Sozialismus« zur Diskursschließung herangezogen wurde, und auch, ob sich systematische Unterschiede zwischen Texten, die das National Executive in eigener Regie veröffentlichen konnte, und jenen, die erst vom Parteitag beschlossen werden mussten, identifizieren lassen. Da sich bei Milner / Milner anhand des untersuchten

Materials das »Strategem der Repräsentation« nicht identifizieren ließ und in den beiden analysierten Douglas-Texten der vermutete »leere Signifikant« in unterschiedlichen Formulierungen auftrat, erscheint es auch in Bezug auf diese beiden Diskurse sinnvoll, die Befunde mit Untersuchungen von mehr Textmaterial abzugleichen, um auf diese Weise herauszufinden, ob die Milners nicht an anderer Stelle einen Versuch der Diskursschließung unternehmen, bzw. ob »consumer control of credit« auch in einem größeren Korpus von Douglas-Texten so prominent ist, dass seine Bezeichnung als »leerer Signifikant« gerechtfertigt ist.

Die gewonnenen Antworten hätten Konsequenzen. Falls sich bei Milner / Milner noch immer kein Versuch der Diskursschließung mit Hilfe eines privilegierten Signifikanten identifizieren ließe, müssten ggf. Teile der theoretischen Annahmen oder die vorgenommene vorläufige Klassifizierung als »hegemoniales Projekt« revidiert werden. Vielleicht ließe sich auch mit einer Weiterentwicklung der Analysekategorien, etwa von Nonhoffs Konzept der »Hegemonie zweiter Ordnung«, das Vorhaben der Milners überzeugender konzeptualisieren.

Grundlage hierfür wären Untersuchungen größerer Textmengen, die gleichzeitig den weiteren Vorteil hätten, dass so die Wirkungen einzelner interpretativer Entscheidungen, die ich im Verlauf der Untersuchung treffe, im Vergleich zu ihrer Bedeutung bei der Untersuchung weniger Texte möglicherweise relativiert würden. Denn trotz aller Bemühungen, die Wahrscheinlichkeit von Zirkelschlüssen zu begrenzen, habe ich in den einzelnen Schritten meiner Textanalysen immer wieder Entscheidungen treffen müssen, die sich auf die Ergebnisse ausgewirkt haben, und die vermutlich gegenüber dem Einfluss meiner Vorurteile nicht immun waren.

In Bezug auf das Projekt der Milners könnten umfassendere Analysen möglicherweise daran scheitern, dass es nicht gelingt, genügend weiteres Material zu finden; bei Major Douglas und der Labour Party dürfte das weniger problematisch sein. Im Fall der Labour Party könnten Analysen der Diskursentwicklung über längere Zeit es gar ermöglichen, das heutige Verhältnis der Sozialdemokratie zur Idee des BGE in einen ideologiegeschichtlichen Kontext zu stellen, der Verbindungen zu frühen Grundeinkommensdebatten herstellt.

7 Literaturverzeichnis

Barros, Sebastián / Castagnola, Gustavo 2000: The political frontiers of the social. Argentine politics after Peronist populism (1955-1973). In: Howarth, David / Norval, Aletta / Stavrakakis, Yannis (Hg.): Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change. Manchester / New York: Manchester University Press. 24-37

Bridgman, Todd 2007: Freedom and autonomy in the university enterprise. In: Journal of Organizational Change Management 20(4). 478-490

Douglas, Clifford 1919: Economic democracy. In: The New Age 25(6-15). 97-99, 113-115, 131-132, 146-148, 161, 177-179, 195-198, 208-209, 225-226, 243-244

Douglas, Clifford 1920a: Credit-power and democracy. London: Cecil Palmer

Douglas, Clifford 1920b: The mechanism of consumer control. In: The New Age 28(7-9). 78-79, 87-88, 102-103

Douglas, Clifford 1920c: These present discontents. In: The New Age 27(1-3). 4-5, 20-21, 36-37

Douglas, Clifford 1922a: The Labour Party and Social Credit. In: Ders.: These present discontents and The Labour Party and Social Credit. London: Cecil Palmer. 17-44

Douglas, Clifford 1922b: These present discontents and The Labour Party and Social Credit. London: Cecil Palmer

Douglas, Paul 1924: The British discussion of family endowment. In: The Journal of Social Forces 3(1). 118-124

Finlay, John 1972: Social Credit. The English origins. Montreal / London: McGill Queen's University Press

Foote, Geoffrey 1985: The Labour Party's political thought. A history. London u.a.: Croom Helm

Glasze, Georg 2007: The discursive constitution of a world-spanning region and the role of empty signifiers. The case of Francophonie. In: Geopolitics 12(4). 656-679

Glasze, Georg 2008: Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. In: Historical Social Research / Historische Sozialforschung 33(1). 185-223

Howarth, David / Norval, Aletta / Stavrakakis, Yannis (Hg.) 2000: Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change. Manchester / New York: Manchester University Press

Howarth, David / Norval, Aletta 1992: Subjectivity and strategy in South African resistance politics. Prospects for a new imaginary. Essex Papers in Politics and Government 85. Colchester, Essex: Department of Government, University of Essex

Howarth, David / Stavrakakis, Yannis 2000: Introducing discourse theory and political analysis. In: Howarth, David / Norval, Aletta / Stavrakakis, Yannis (Hg.): Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change. Manchester / New York: Manchester University Press. 1-23

Howarth, David / Torfing, Jacob (Hg.) 2005: Discourse theory in European politics. Identity, policy and governance. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan

Howarth, David 2005: Applying discourse theory. The method of articulation. In: Howarth, David / Torfing, Jacob (Hg.): Discourse theory in European politics. Identity, policy and governance. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan. 316-349

Hutchinson, Frances / Burkitt, Brian 1997: The political economy of Social Credit and Guild Socialism. London / New York: Routledge

Kavanagh, Dennis 2000: Labour Party manifestos 1900-1997. Introduction. In: Dale, Iain (Hg.): Labour Party general election manifestos 1900-1997. London / New York: Routledge / Politico's

Keller, Reiner 2007: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Labour Party 1919a [1918]: Labour and the new social order. A draft report on reconstruction. In: Angell, Norman: The British revolution and the American democracy. An interpretation of British Labour programmes. New York: B.W. Huebsch. 297-314

Labour Party 1919b: Report of the nineteenth Annual Conference. London: The Labour Party

Labour Party 1920a: Report of the twentieth Annual Conference. London: The Labour Party

Labour Party 1920b: Resolutions for the twentieth Annual Conference. London: The Labour Party

Labour Party 1921: Report of the twenty-first Annual Conference. London: The Labour Party

Labour Party 1922: Labour and Social Credit. A report on the proposals of Major Douglas and the »New Age«. London: The Labour Party

- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal 1985:** Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics. London / New York: Verso
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal 1990:** Post-Marxism without apologies. In: Laclau, Ernesto: New reflections on the revolution of our time. London / New York: Verso. 97-132
- Laclau, Ernesto 1990:** New reflections on the revolution of our time. London / New York: Verso
- Laclau, Ernesto 1996a:** Emancipation(s). London / New York: Verso
- Laclau, Ernesto 1996b:** Universalism, particularism and the question of identity. In: Ders.: Emancipation(s). London / New York: Verso. 20-35
- Laclau, Ernesto 1996c:** Why do empty signifiers matter to politics? In: Ders.: Emancipation(s). London / New York: Verso. 36-46
- Laclau, Ernesto 2000:** Structure, history and the political. In: Butler, Judith / Laclau, Ernesto / Žižek, Slavoj: Contingency, hegemony, universality. Contemporary dialogues on the Left. London / New York: Verso. 182-212
- Lowrie, Anthony 2007:** Branding higher education. Equivalence and difference in developing identity. In: Journal of Business Research 60(9). 990-999
- Macnicol, John 1980:** The movement for family allowances, 1918-45. A study in social policy development. London: Heinemann
- McKinnon, Katherine 2007:** Postdevelopment, professionalism, and the politics of participation. In: Annals of the Association of American Geographers 97(4). 772-785
- Milner, Dennis 1920:** Higher production by a bonus on national output. A proposal for a Minimum Income for all varying with national productivity. London: George Allen and Unwin
- Milner, E. Mabel / Milner, Dennis 1920:** Labour and a Minimum Income for all. Darlington
- Milner, E. Mabel / Milner, Dennis 2004 [1918]:** Scheme for a State Bonus. In: Cunliffe, John (Hg.): The origins of universal grants. An anthology of writings on basic capital and basic income. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan. 121-133
- Ministry of Labour 1917:** Industrial councils. The Whitley Report, together with the Letter of the Minister of Labour explaining the Government's view of its proposals. London: Ministry of Labour
- Mouffe, Chantal 2005:** On the political. London: Routledge

Nonhoff, Martin 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«. Bielefeld: transcript

Pelling, Henry / Reid, Alastair 1996: A short history of the Labour Party. 11th edition. Basingstoke, Hampshire / London: Macmillan

Pickard, Bertram 1919: A reasonable revolution. Being a discussion of the State Bonus scheme – a proposal for a national Minimum Income. London: George Allen and Unwin

Pugh, Jonathan 2005: The disciplinary effects of communicative planning in Soufriere, St Lucia. Governmentality, hegemony and space-time-politics. In: Transactions of the Institute of British Geographers 30(3). 307-321

Skinner, Quentin 1978: The foundations of modern political thought. Volume 1: The Renaissance. Cambridge u.a.: Cambridge University Press

Skinner, Quentin 1988a: »Social meaning« and the explanation of social action. In: Tully, James (Hg.): Meaning and context. Quentin Skinner and his critics. Cambridge: Polity. 79-96

Skinner, Quentin 1988b: Motives, intentions and the interpretation of texts. In: Tully, James (Hg.): Meaning and context. Quentin Skinner and his critics. Cambridge: Polity. 68-78

Spence, Thomas 1982 [1797]: The rights of infants. In: Dickinson, Harry T. (Hg.): The political works of Thomas Spence. Newcastle upon Tyne: Averro (Eighteenth-Century) Publications. 46-53

Stingel, Janine 1997: Social Credit and the Jews. Anti-semitism in the Alberta Social Credit movement and the response of the Canadian Jewish Congress, 1935-1949. Ottawa: National Library of Canada

Thorpe, Andrew 1997: A history of the British Labour Party. Basingstoke, Hampshire / London: Macmillan

Tomlinson, John 2001: Income insecurity. The basic income alternative. URL (Index): <http://www.wairaka.net/ubinz/JT/IncomeInsecurity/cIndex.htm> (Abfrage 12.11.2008), URL (Kapitel 9): <http://www.wairaka.net/ubinz/JT/IncomeInsecurity/lHistoryGMI.htm> (Abfrage 12.11.2008)

Torfin, Jacob 1999: New theories of discourse. Laclau, Mouffe and Žižek. Oxford / Malden, Massachusetts: Blackwell

Torfin, Jacob 2005: Discourse theory. Achievements, arguments, and challenges. In: Howarth, David / Torfin, Jacob (Hg.): Discourse theory in European politics. Identity, policy and governance. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan. 1-32

Tully, James (Hg.) 1988a: Meaning and context. Quentin Skinner and his critics. Cambridge: Polity

Tully, James 1988b: The pen is a mighty sword. Quentin Skinner's analysis of politics. In: Ders. (Hg.): Meaning and context. Quentin Skinner and his critics. Cambridge: Polity. 7-25

Van Trier, Walter 1991: »State Bonus« or basic income in the age of reconstruction. Antwerpen: Universitaire Faculteiten St.-Ignatius

Van Trier, Walter 2006: A. R. Orage and the reception of Douglas's social credit theory. In: Erreygers, Guido / Jacobs, Geert (Hg.): Language, communication and the economy. Amsterdam / Philadelphia: John Benjamins. 199-229

Vanderborght, Yannick / Van Parijs, Philippe 2005: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt am Main: Campus

Wetherell, Margaret 1998: Positioning and interpretative repertoires. Conversation analysis and post-structuralism in dialogue. In: Discourse & Society 9(3). 387-412

Žižek, Slavoj 1990: Beyond discourse-analysis. In: Laclau, Ernesto: New reflections on the revolution of our time. London / New York: Verso. 249-260

8 Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorstehende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und mich anderer als der im beigefügten Verzeichnis angegebenen Hilfsmittel nicht bedient habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Alle Quellen, die dem World Wide Web entnommen oder in einer sonstigen digitalen Form verwendet wurden, sind der Arbeit beigefügt.

Sören Kiel

Hamburg, den 29. Dezember 2008